

# DISKUS

NACHRICHTENBLATT DER  
VEREINIGUNG VON  
FREUNDEN U. FÖRDERERN  
DER JOHANN WOLFGANG  
GOETHE - UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN E. V.

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

6. Jahrgang — Heft 2 Preis 10 Pfg.

Februar 1956

Verlagsort Frankfurt a. M.

### Hochschule, Staat und Gesellschaft

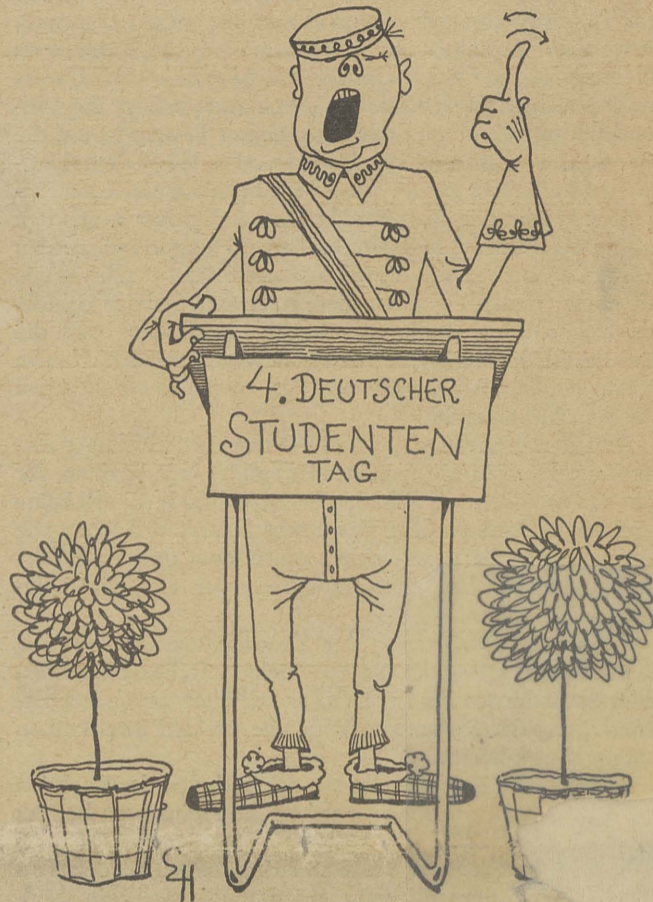
Von der Hochschulreform wurde in den letzten Jahren soviel geredet, daß bei allen Beteiligten eine Ermüdung eingetreten ist. Da der Betrieb inzwischen weitergeht, kann man ernstlich fragen, ob er denn schlecht sei, wie die Reformwilligen behaupten. Zur Beantwortung dieser Frage brauchen wir gar nicht ins Philosophisch-Grundsätzliche auszuschweifen. Wir müssen uns nur Mißstände bewußt machen, an die wir uns schon gewöhnt haben.

Wer denkt noch an einen nachhaltigen Protest gegen die Überfüllung der Hörsäle? Wir erleben sie täglich und halten sie für den Normalzustand. Wer hat erfahren, daß früher ein kleiner Kreis von Studenten sich um einen Professor scharte und in ständiger Diskussion und gegenseitiger Befruchtung reifte? Heute haben sich die meisten damit abgefunden, daß selbst Oberseminare von 100 und mehr Studierenden besucht werden, daß der akademische Lehrer nur einige wenige seiner Schüler kennt und mit diesen den übrigen eine Art gelehrter Schaustellung bietet, welcher sie gelangweilt, amüsiert oder neidisch beiwohnen. Wer stört sich noch daran, daß die Themen wissenschaftlicher Arbeiten nicht entsprechend der eigenen Interessen- und Wissensrichtung selbst vorgeschlagen, sondern aus einer akademischen Pandora-Büchse anonym gezogen werden? Wer fragt, wem mit der Ausarbeitung dieser Themen gedient ist, wo sie Verwendung finden? Wem fällt auf, daß wir unterrichtet werden von Ordinarien, Extraordinarien, außerplanmäßigen Professoren, Gastprofessoren, Honorarprofessoren, Privatdozenten, Oberassistenten, Assistenten und Lehrbeauftragten? Wer kennt die Unterschiede zwischen diesen neuen Kategorien von Lehrkräften? Wer protestiert gegen deren unermessliche Bezahlung bei gleicher Leistung? Wer wundert sich, daß es kaum möglich ist, einmal allein mit einem Dozenten zu reden, sich bei ihm Rat zu holen? Wer fragt, ob die wissenschaftliche Arbeit der Professoren unter ihrer Überlastung mit Verwaltungsaufgaben leidet? Geben wir uns Rechenschaft über den Stand der akademischen Selbstverwaltung?

Sie ist auf zwei getrennte Sphären verteilt, deren eine von den Professoren in Zusammenarbeit mit der Ministerialbürokratie gestaltet wird. Hier wurde den Studenten bestenfalls ein formales Mitspracherecht eingeräumt, das jedoch in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl und ihrer objektiven Funktion im Rahmen des Lehrbetriebes steht. Sie werden weiter als Konsumenten eines von oben zugerichteten Stoffs behandelt und als Objekte von Prüfungen, auf deren Ordnung sie keinerlei Einfluß haben. Und die studentische Selbstverwaltung? Sie bestätigt die Zweigleisigkeit aufs neue. Hier wird ein gewisser kultureller Betrieb exerziert, der die Mangelhaftigkeit der reinen universitären Bildungseinrichtungen noch deutlicher hervor treten läßt. Auch die Erziehungsfunktion ist der Hochschule in einem beschränkten Sinn abgenommen und von Vereinigungen aller Art übernommen worden. Man braucht nur die Programme dieser Vereinigungen zu betrachten, um zu erkennen, was alles von der Universität nicht geboten, von den Studenten aber gewünscht wird. Es ist kaum übertrieben, zu sagen, daß alle „interessanten“ Veranstaltungen auf die Initiative der Studenten zurückgehen. Die demokratisch-parlamentarische Seite der studentischen Selbstverwaltung wollen wir nur kurz berühren. Sie hat etwas Spielerisches, das nur ernst genommen zu werden verdient, insofern sich darin effektive Konstellationen widerspiegeln. Zu einer wirklichen

zu absolvieren und in der übrigen Zeit ein „freier Mensch“ zu sein. So wenig man den Lehrbetrieb, den Stoff, die Prüfungsordnungen beeinflussen kann, so sehr trachtet man auch danach, den Naturschutzpark der privaten Existenz vor universitären Einflüssen abzusperren. Man konsumiert die Bildung und Kultur, die in den nicht ohne Stolz selbst geschaffenen Vereinen geboten wird und verliert das Bewußtsein der Möglichkeit, Arbeitswelt und Privatwelt zusammenzubringen.

Die große Konzeption, die einmal das Gesicht unserer Universitäten bestimmte, existiert nur noch als Beteuerung im Munde der Festredner. Die Universitäten sind nicht mehr die Spitze eines einheitlichen Systems der Erziehung. Sie haben nicht mehr das Monopol für die Heranbildung der qualifizierten Funktionäre der Gesellschaft, weder in der Forschung noch in der Lehre. Für die Forschung fehlt meist das Kapital, das die Industrie für ihre Laboratorien mit Leichtigkeit aufbringt. Die Lehre krankt ebenfalls an den spärlichen Einrichtungen. Fachausbildung wird heute hauptsächlich an den Fachschulen geleistet. Den 17 Westdeutschen Universitäten stehen 50 Fachhochschulen gegenüber. Sämtliche technischen Berufe erhalten ihren Nachwuchs nicht von der Universität. Auch die künstlerischen Berufe sind ausgegliedert. Die Kirchen haben ihre eigenen Akademien errichtet. Es gibt Gewerkschaftsschulen und Akademien für Arbeiter. Die Universität produziert noch Lehrer, Juristen, Mediziner, Naturwissenschaftler und Wirtschaftler. Herrscht schon Überproduktion an diesen, in wieviel größerer Verlegenheit sind erst jene, die nicht mit einem Staatsexamen oder Diplom abschließen! Nicht als philosophische Doktoren können sich Jura-Ärzte oder Radioteleute werden. Die Konkurrenz ist äußerst hart, und es scheint völlig barbarisch, daß der Staat auch auf diesem Sektor die Marktgesetze spielen läßt. Zwar spricht es sich langsam herum, wenn ein Beruf überfüllt ist. Der Zustrom zur Medizin beispielsweise hat merklich abgenommen, nachdem sich die miserable Lage der Jungärzte nicht länger verheimlichen ließ. Aber wie steht es in der philosophischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät? Niemand garantiert, daß die Konjunktur anhält, die allein so viele Studenten zur Nationalökonomie und



Betriebswirtschaftslehre gebracht hat. Wer vermöchte andersseits aus dieser Überproduktion wieder zu folgern, eine Korporation der Studienplätze sei das einzig Richtige? Wer

(Fortsetzung Seite 7)

### Zwischen Frankfurt und Hamburg

Dies ist keine Ortsbestimmung, sondern eine Zeitbestimmung. In Frankfurt hat die Studentenschaft in Fachschaftsversammlungen zur finanziellen Lage ihrer Universität Stellung genommen. Der Studententag in Hamburg soll die Frage beantworten: „Was erwartet die Studentenschaft von der Gesellschaft?“

Beide Veranstaltungen haben es mit dem Gelde zu tun, und dennoch würde die gegenwärtige Situation von Universität und Gesellschaft völlig verkannt, wollte man annehmen, es sei nur eine Frage des Geldes. Doch dies ist zumindest nach den Erklärungen der Frankfurter Studentenschaft auch von solchen Persönlichkeiten gesehen, von denen wir es zu allerletzt erwartet hätten.

In München war für die Studentenschaft die Entscheidung leichter, nicht nur, weil wir innenpolitisch noch nicht so weit vom Zusammenbruch des Jahres 1945 entfernt waren, sondern auch, weil die Studentenschaft dort nicht als fordernde Gruppe auftrat. „Die Verantwortung des Studenten gegenüber dem Staat“, d. h. der Allgemeinheit war nicht zweifelhaft. Die Entscheidung von München war von Anfang an für die Gesellschaft „ungefährlich“.

In Hamburg ist die Frage offen. Gibt es einen Anspruch auf Bildung? Darf die Studentenschaft finanzielle Mittel fordern? Darf der einzelne Student finanzielle Förderung erwarten?

Diese Frage ist allerdings auch schon durch die Proteste der Frankfurter Studenten aufgeworfen worden. Die Tagespresse hat die Vorgänge in der gleichen Art behandelt, in der gewöhnlich Aktionen der Arbeitnehmer oder Beamten journalistisch erörtert werden. Man könnte fast sagen, der Journalismus habe im Übereifer die Art dieser Forderungen verkannt und damit dazu beigetragen, daß man die Fachschaftsversammlungen mit Praktiken des Lohnkampfes oder der Interessensverbände verglichen hat.

Doch die Universität ist weder Gewerkschaft noch akademische Interessenvertretung. Die hessische Verfassung hat sie unter den Schutz des Staates gestellt. Das Grundgesetz gibt ihr den staatlichen Auftrag zu Forschung und Lehre. Damit ist die Universität aber nicht nur Staatsanstalt; sie hat sich auch stets wesensmäßig für etwas anderes als Fachschulen gehalten. Sie ist zugleich — in der ursprünglichen Bedeutung von universitas — Korporation. Die Studentenschaft trägt als Gliedkörperschaft dieses Verbandes eine Verantwortung für das Schicksal ihrer Universität.

In Frankfurt verlangten die Studenten keinen persönlichen Vorteil für den einzelnen, sie forderten auch nichts für den einzelnen Dozenten. Ihre Bitte war eine Mahnung an die Gesellschaft, die Universität könne unter diesen Umständen ihrem ihr von der Gesellschaft übertragenen wissenschaftlichen Auftrag nicht mehr gerecht werden. Damit wurde aber nicht ein Recht auf Bildung geltend gemacht, das einem Anspruch auf Arbeit oder Wohnung vergleichbar wäre.

Es ist dabei kein Argument, daß das Anwachsen der Studentenzahl jede finanzielle Unterstützung wieder zunichte mache. Dies zeigt vielmehr nur, daß auf einer dieser Waagschalen etwas nicht in Ordnung ist. Der freie Zugang zur Universität war eine Forderung der Gesellschaft. Ihre Erfüllung hat die Gesellschaft verpflichtet. Mit der Vertröstung auf die Hochschulreform ist nichts getan.

Die Studentenschaft erkennt dankbar die Bemühungen von Stadt und Staat um den Wiederaufbau und Ausbau ihrer Universität an. Doch sie muß auf das hinweisen, was noch zu tun bleibt. Die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Universität heute bestimmen Richter, Ärzte, Lehrer von morgen. Der demokratische Staat sollte sich ihre Ausbildung angelegen sein lassen.

W. Ebersbach

#### WAHLEN ZUM STUDENTENPARLAMENT!

Mittwoch 15. 2.  
Donnerstag 16. 2.  
Freitag 17. 2.

Die Urnen stehen in der Eingangshalle der Universität und vor der Medizinischen Fachschaft in den Universitätskliniken.

Interessenvertretung haben sich die Asten und Parlamente nicht entwickelt. Die Fluktuation der Studentenschaft, ihre Absorption durch das Studium haben verhindert, daß in diesen Institutionen ein selbstbewußter Widerpart entstand, der der Professorenschaft und der Ministerialbürokratie energische und einheitliche Willenskundgebungen unterbreitet.

Die Trennung von Arbeitswelt und Freizeit, welche die Menschen ihren Beruf als einen mehr oder minder lustlosen Broterwerb bestreiten und sie in der kulturellen und materiellen Konsumwelt nach Genuß suchen läßt, hat auch die Studenten nicht verschont. Man richtet sich mit den bestehenden Zwängen und Normen des Studiums ein, versucht, es so rasch wie möglich

Der Bundeskanzler wird — gegen den Rat der Ärzte — auf seinen Urlaub verzichten. Grund: Die Wehrgesetze müssen verabschiedet werden. Am 1. 4. 56 tritt das Freiwilligen-gesetz außer Kraft. Wenn bis dahin das Soldatengesetz nicht verabschiedet wird, müssen die Soldaten, die wir schon haben, nach Hause geschickt werden.

Dabei steht das Soldatengesetz gar nicht im Mittelpunkt der Diskussion, obwohl doch dieses Gesetz die Wehrpflicht mit allen ihren Konsequenzen bringen wird. Nein, in Bonn wird die Ergänzung — bzw. Änderung — des Grundgesetzes um die Wehrrechtsartikel diskutiert. Zwar ist die Bundes-regierung — entgegen dem Bundesrat — der Meinung, daß eine Verfassungsergänzung nicht notwendig sei. Da aber die gesamte SPD und große Teile der Koalition der Meinung sind, das Soldatengesetz dürfe erst nach Ergänzung des Grundgesetzes verabschiedet werden, ist dieser verfassungs-rechtliche Streit rein theoretischer Natur.

Der größere Teil des Parlaments geht bei seinem Ver-langen, das Grundgesetz zu ergänzen, nicht von verfassungs-rechtlichen Bedenken sondern von dem Gedanken aus, daß vor Verabschiedung des Soldatengesetzes geklärt sein muß, in welchem Verhältnis die Streitkräfte — die FDP nennt sie Wehrmacht, die CSU nennt sie Bundeswehr — zur Demo-kration stehen werden. In der Demokratie erfolgt die Wil-lensbildung von unten nach oben. Dieses Prinzip ist auf die Streitkräfte unanwendbar. Es kann also keine demokrati-schen Streitkräfte geben. Und deshalb interessiert das Par-lament so sehr, wie diese Streitkräfte von den demokratischen Instanzen (insbesondere dem Parlament) kontrolliert werden können. Dabei soll sich die Wachsamkeit nicht so sehr — wie oft angenommen — gegen den einzelnen Offizier richten, als vielmehr gegen die Streitkräfte als Ganzes, weil die Streitkräfte einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor im Staate bilden. Es geht also um den Primat des Politischen vor dem Militärischen.

Drei Forderungen stellt die SPD zur Verwirklichung die-ser Kontrolle: Einrichtung eines Parlamentsbeauftragten, der alle Beschwerden von Soldaten überprüfen soll. Er soll keine Exekutivbefugnisse, aber das Recht haben, sich über alle Vorgänge in den Kasernen zu informieren und an Staats-anwaltschaften, den Verteidigungsminister und das Parla-ment zu berichten.

Die zweite Forderung: Der Verteidigungsausschuß des Bundestages sollte die Rechte eines ständigen Untersu-chungsausschusses haben. D. h. er soll ohne besondere Ermächtigung des Parlaments Vorgänge bei den Streitkräften untersuchen können.

Diese beiden Forderungen werden auch von der Koalition Auseinander aber gehen die Meinungen bei der SPD, der Verteidigungsminister solle dem unmittelbar verantwortlich sein, d. h. der Ver- teidigungsminister soll vom Bundestag durch ein Miß-trauensvotum abberufen werden können. Hier sträubt sich die CDU/CSU, weil diese Einzelverantwortung eines Mini- sters dem Aufbau und Inhalt unseres Grundgesetzes wider- spricht, das nur eine Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, nicht aber der einzelnen Minister gegenüber dem Parlament kennt.

Der Streit um den Oberbefehl ist schließlich dadurch be- endet worden, daß es künftig überhaupt keinen ausdrücklich sogenannten Oberbefehlshaber geben soll; in Friedenszeiten wird der Oberbefehl beim Verteidigungsminister, im Kriege liegt er ohnedies beim Nato-Oberbefehlshaber.

Im Streit um die Frage, wer berechtigt ist, den Krieg zu erklären — d. h. praktisch, den Verteidigungsfall festzustel- len —, einigten sich die Parteien dahin, daß dies im Normal- fall das Parlament sein solle, im Notfall aber (und der dürfte allein eine Rolle spielen) der Bundespräsident nach An- hörung der Präsidenten des Bundestages und Bundesrates.

Bruno

## . . . und in Deutschlands Hauptstadt

„Ich verneine die innere Notwendigkeit einer derartigen Gesetzesvorlage für die Berliner Technische Universität und stelle ausdrücklich fest, daß die Initiative hierzu nicht von der Universität ausgegangen ist.“ Mit diesen Worten nahm vor wenigen Tagen der Rektor der Berliner TU, Prof. Dr.-Ing. Lorenz, zu einer Gesetzesvorlage Stellung, die als Druckvorlage Stellung, die als Drucksache 311/II seit Monaten vom Volksbildungsausschuß des Berliner Abgeord- netenhauses beraten und kürzlich von eben diesem Aus- schuß mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Das Gesetz, das dem Abgeordnetenhaus demnächst zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll, hat eine lange Vorgeschichte.

Als im Sommer 1948 eine Anzahl Studenten und Profes- soren unter öffentlichem Protest die im Ostsektor gelegene Humboldt-Universität verließen, tauchte unmittelbar darauf der Gedanke auf, in den Westsektoren der Stadt eine freie Universität ins Leben zu rufen. „Frei“ — das hieß nach den trüben Erfahrungen der vergangenen Jahre: frei von staat- licher und behördlicher Bevormundung überhaupt. Dies war der eine Hauptpunkt, den die neue Satzung unbedingt zu berücksichtigen hatte. Der andere: entsprechend der ent- scheidenden Rolle, die der Studentenschaft bei der Grün- dung dieser Universität zugefallen war, sollten sie nun auch entscheidend an den Aufgaben der akademischen Selbst-

# Die erste Dekade

*Vor 10 Jahren — am 1. 2. 1946 — wurde die Universität in Frankfurt am Main unter dem Rektorat von Prof. Dr. Georg Hohmann neu eröffnet. Der hier abgedruckte Bericht des dama- ligen Rektors zeigt die vielen großen und kleinen Schwierig- keiten, die dabei zu überwinden waren. Daß dieser Bericht uns heute anachronistisch anmutet, ist wohl der beste Beweis für den seither erzielten Fortschritt.*

Nach der Zerstörung der unter meine Leitung stehenden Orthopädischen Universitäts-Klinik Frankfurt/M.-Friedrichsheim, nach Zerstörung des provisorischen orthopädischen Ambulato- riums in der benachbarten Nervenklinik, von Prof. Kleist uns in entgegenkommender Weise überlassen, schließlich nachdem auch mein Wohnhaus Bockenheimer Landstraße 126 durch einen Luft- schaden zunächst unbewohnbar geworden war, siedelte ich mit meiner Familie nach Gettenbach im Vogelsberg über, wo mein Oberarzt Dr. Mosebach bereits in dem dem Fürsten Ysenburg gehörigen Schloß eine Ersatzklinik eingerichtet hatte. Ich bezog mit meiner Frau eine einfache Holzbaracke für 1¼ Jahr und lebte sorgenfrei, einfach und mit der ärztlichen Arbeit an den orthopädisch Kranken sowie medizinisch-literarischen Arbeiten beschäftigt. Aus dieser Arbeit riß mich im Frühjahr 1945 der Ruf des neuen Bürgermeisters von Frankfurt a. M., der zugleich Kurator der Johann Wolfgang Goethe-Universität war, Wilhelm Hollbach, heraus, welcher zusammen mit Prof. Beutler eines Tages nach Gettenbach kam und mich zum Rektor der wieder- aufzubauenden Universität ernannte. Nach anfänglicher Wei- gerung im Hinblick auf meine ärztliche Aufgabe sagte ich schließ- lich mit dem Vorbehalt zu, daß ich die Hälfte der Woche Getten- bach weiter versorgen, die andere Hälfte der Woche mich der Universität in Frankfurt widmen wolle. In Frankfurt war eine kleine Gruppe von Professoren — ich nenne Prof. Gelzer, Prof. Seddig, Prof. de Rudder, Stadtrat Dr. Heum im Auftrage des Kurators, Privat-Dozent Sauermann, Prof. Beutler, Dr. August de Bary als Vorstand des Senckenberg und einige andere — bereits mit Besprechungen beschäftigt, deren Leitung ich all- mählich mehr und mehr übernahm. Zugleich versuchte ich mit den Amerikanern ins Gespräch zu kommen und habe mit meh- reren dieser sogenannten Universitäts-offiziere Besprechungen über die Ausgestaltung der Universität geführt. Das war anfangs recht schwierig, weil z. B. Mr. Winebrenner mir eines Tages ziemlich barsch eröffnete, daß eine Universität Frankfurt nicht mehr erstehen würde, nur eine Medical School. Ich erwiderte ihm ebenfalls etwas schroff, daß wir darauf verzichten würden. Ich ging am selben Tage aber noch zu dem Oberbürgermeister Dr. Blaum, dem Nachfolger von Hollbach, und teilte ihm dies empört mit. Er beruhigte mich und gab den klugen Rat: Abwar- ten und Weiter-Vorbereiten der Wiedereröffnung der Universität. Wir bauten die einzelnen Fakultäten auf, setzten Dekane nach

dem Wunsche derselben ein und suchten die durch Entlassungen entstandenen Lücken durch provisorische oder definitive Beru- fungen wieder allmählich zu schließen.

Nach einigen Monaten erklärte ich dem nach dem Zwischen- stadium eines planing-committees von uns wieder gebildeten ordentlichen Senats, daß ich nicht länger ein von dem Kurator ernannter Rektor sein wolle, sondern eine ordentliche Wahl durch die Professoren für notwendig hielte, einerlei auf wen ihre Wahl falle. Ich wurde mit allen gegen 1 Stimme von der zu der Wahl eingeladenen zugelassenen Professorenschaft — es waren gegen 20 Professoren — zum Rektor gewählt.

Die Vorbereitungsarbeiten gingen in der Folge langsam aber stetig weiter, wesentlich unterstützt von dem amerikanischen Universitäts-Offizier Dr. Hartshorne, einem Dozenten der Sozio- logie in Harward, einem Manne, dem Frankfurt nicht genug dankbar sein kann. Leider starb er 1 Jahr später durch einen Unglücksfall. Als wir nun mit der Vervollständigung der Liste der Professoren fast fertig waren, und ich erneut den Antrag auf Wiedereröffnung stellte, bemängelte Dr. Hartshorne, daß die Besetzung des Fachs der Physiologie fehle. Ich nannte kurz entschlossen den früheren Inhaber des Lehrstuhls, Geheimrat Albrecht Bethe, obwohl ich ihn nicht um seine Zustimmung ge- fragt hatte. Diese gab er mir aber sogleich. So war die Liste komplett und in der Senatssitzung in der Universität Ende Januar 1946 erklärte Dr. Hartshorne, daß er gegen die Wieder- eröffnung der Universität keine Bedenken mehr hätte. Auf seine Frage, wann wir eröffnen würden, schlug ich kurz entschlossen Freitag über 8 Tage vor. Als er fragte, warum gerade an diesem Tage, erwiderte ich mit einem Scherzwort: Das sei der 1. Februar und am letzten Februar dem 28. sei mein Geburtstag. So könne man meinen Geburtstagsmonat würdig beginnen. Alles lachte, Hartshorne auch und stimmte zu. In rasender Eile gingen die Vorbereitungen der Feier vor sich und am 1. Februar konnte die Universität durch den Oberbürgermeister Dr. Blaum, den Mini- sterpräsidenten Prof. Geiler und mich in der Aula feierlich er- öffnet werden. Meine in 2 Auflagen erschienene Rektorrede legt von dem Geiste, in dem diese Eröffnung stattfand, Zeugnis ab und bezeichnet auch die Richtung, in der wir damals fast ein- mütig die neuerstandene Universität wieder für die Ausbildung der Studierenden eröffneten. Leider hatte ich inzwischen einen Ruf an die Orthopädische Klinik in München und eine Anfrage nach Heidelberg erhalten. Ich nahm wegen der völligen Zer- störung der Frankfurter Klinik den Ruf nach München an und übersiedelte am 15. April 1946 nach München. Als meinen Nach- folger im Rektorat ersah ich den Prof. der Rechte Walter Hall- stein, der auch von der großen Mehrzahl der Professoren gewählt wurde.

Prof. Dr. med. Georg Hohmann

verwaltung beteiligt werden. Die Satzung der neuen West- berliner Universität berücksichtigte diesen Gesichtspunkt im § 4 ihrer Satzung, in der die Studentenschaft als „ein Organ“ der Universität aufgeführt wird, das damit rechtlich neben die herkömmlichen Organe der Universität gestellt wurde.

Diese für deutsche Verhältnisse damals recht ungewöhn- liche Regelung — mitunter etwas pathetisch die „Magna Charta“ der Studentenschaft genannt — hat sich in den zurückliegenden Jahren im großen ganzen bewährt. Unter- dessen wurde von verschiedenen Seiten immer wieder an- geregt, ein einheitliches Hochschulgesetz für die Mehrzahl der Berliner Hochschulen zu schaffen. Als sie diese Anregung vortrugen, dachten die einen an eine grundsätzliche Über-

## FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

tragung der modernen Satzung der FU auf die übrigen ber- liner Hochschulen, während die anderen sich listig ausrech- neten, über ein einheitliches Berliner Hochschulgesetz könne man die Satzung der FU auf kaltem Wege beseitigen.

Nach endlosen Verhandlungen hat nun der Volksbildungs- ausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses jenen Entwurf vorgelegt, auf den sich die angeführte Stellungnahme des Rektors der TU bezieht. Zwar betrifft diese Vorlage nur die TU-Berlin, aber Eingeweihte wollen wissen, daß über kurz oder lang die Satzung der FU-Berlin diesem Gesetz „an- geglichen“ werden soll.

Was sind die Einzelheiten?

Nach der Gesetzesvorlage wird die TU künftig als Körper- schaft der öffentlichen Rechts der Aufsicht des Landes Berlin unterstellt. Die Universitätsbeamten, Angestellten und Ar- beiter stehen im Dienste dieser Körperschaft. Ihre oberste Dienstbehörde ist ein Kuratorium. Dieses Kuratorium setzt sich zusammen aus vier Professoren, einem Studentenver- treter und 11 (elf) Vertretern der Behörden und politischen Parteien. Ferner sieht die Gesetzesvorlage die Überleitung der beamteten Universitätslehrer von „unmittelbaren“ in „mittelbare“ Beamte vor. Die Kompetenzabgrenzung zwi- schen Rektor und Kurator soll in einer vom Universitätssenat auszuarbeitenden Satzung geregelt werden.

Nicht nur dem Wort, sondern auch dem Geiste nach zielt dieses Gesetz nach Ansicht Berliner Universitätskreise gegen jede ernstverstandene akademische Freiheit. Da ist zum Bei- spiel die Wahl des Kurators. Ohne Rücksicht auf den mehr- fach geäußerten Wunsch der TU, zu dieser Wahl Vorschläge des akademischen Senats vorlegen zu dürfen, wurde be-

schlossen, dem Kuratorium (Stimmenverhältnis 11 : 5) das alleinige Vorschlags- und Entscheidungsrecht zu geben. Schwierigkeiten werden sich ferner ergeben in der Frage der Zuständigkeit des Rektors als der maßgebenden akademi- schen Instanz und des Kurators als Leiter der Wirtschafts- verwaltung, da sich in der Praxis häufig Überschneidungen ergeben dürften. Im Bereich gerade einer technischen Hoch- schule gibt es kaum einen wichtigen Vorgang finanziiellwirt- schaftlicher Art, der nicht zugleich für die akademischen Angelegenheiten bedeutsam ist und umgekehrt.

Schon diese beiden Beispiele aus dem Für und Wider in der öffentlichen Diskussion um das neue Hochschulgesetz zeigen, daß die entscheidende Kritik sich immer wieder gegen die Stellung des Kuratoriums bzw. des Kurators richtet. In einem Gutachten hat Prof. Gerber scharfe Worte gegen die Machtbefugnisse dieser beiden Institutionen ge- funden und zum Ausdruck gebracht, daß das Kuratorium nur dann Anspruch auf die Bezeichnung „Organ der Hochschule“ erheben dürfte, wenn darin die Professoren einschließlich der Studentenvertreter eine — wenn auch schwache — Majorität besäßen. Nach der Gesetzesvorlage sei davon je- doch keine Rede, und demnach handle es sich auch nicht um ein Organ der Universität, „sondern um ein Organ der Staatsgewalt“.

Es ist keine Frage, daß nicht nur akademische Kreise, sondern auch der überwiegende Teil der Berliner Öffent- lichkeit der Gesetzesvorlage ablehnend gegenübersteht. Man erblickt darin einen weiteren Fall der Politisierung einer öffentlichen Institution, der man um so mißtrauischer ent- gegensieht, als man im Sender Freies Berlin seit nun anderthalb Jahren das wenig ermutigende Lehrbeispiel für die Folgen einer derartigen Politisierung vor Augen hat.

Gewiß, das neue Hochschulgesetz betut sich viel und breit mit akademischer Autonomie. Aber die Autonomie, die es vermittelt, richtet sich doch an die Körperschaft insgesamt (und in ihr haben nicht die Akademiker, sondern die Politiker und Behördenvertreter das entscheidende Übergewicht). Sie richtet sich nicht an die in der Körperschaft vertretenen Indi- viduen, schon gar nicht an den die Körperschaft vertretenden Rektor. Dessen Stellung wird vielmehr durch die Gesetzes- vorlage entscheidend geschwächt zugunsten des Kurators.

„Wehret den Anfängen“, erklärte neulich ein Studenten- vertreter, als er erfuhr, daß der Volksbildungsausschuß zu seiner letzten Beratung über die Vorlage zusammentrete. Inzwischen ist man über die „Anfänge“ schon ein tüchtiges Stück hinaus. Der Abgeordnete Theiß (SPD) nannte in ebenso naiver wie verräterischer Offenheit das Kuratorium „den verlängerten Arm des Staates“.

Dazu ist kaum noch etwas zu sagen. Höchstens dies noch: Keiner seiner Kollegen aus dem Volksbildungsausschuß hat sich bislang von dieser Äußerung distanziert. Joachim

**DISKUS**  
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Rudi Eberl, Hanns Schreiner, Günter Schwank, Magnus Weber.

Chefredakteur: Werner Schaffernicht.

Redakteure: Udo Kollatz, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.

Korrespondent in Bonn: Peter Scholz.

Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.

Geschäftsführung: Oskar Feiber, Frankfurt am Main, Fontanestraße 26. Anzeigenverwaltung: Eitelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92. Telefon: 5 62 61.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluss.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Eckenheimer Landstraße 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von 1,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

**Im Laufe der Zeit**

Im Laufe der Zeit — so steht es zuweilen harmlos zu lesen — habe sich das eine oder andere ergeben, dieses oder jenes verändert. Was so in der Alltagspraxis derart summarisch festgestellt wird, verdient gemeinhin kritische Aufmerksamkeit, werden mit solchen Wendungen doch oft genug entscheidende Veränderungen bemäntelt oder übergangen. Im Laufe der Zeit — so etwa ließe sich auch in dem Fall, auf den es hier ankommt, berichten — ist der Ortsjugendring in Bad Hersfeld anderen Sinnes als vorher geworden. Dort nämlich beschlossen die Vertreter der Jugendorganisationen bei einer Beratung ihrer Satzung, den Absatz 8 des Paragraphen 2 zu streichen. Ein Vertreter der Sportjugend hatte den Antrag gestellt; sein Kollege von den Christlichen Pfadfindern meinte dazu, es handele sich bei diesem Absatz wohl noch um ein Überbleibsel aus den Tagen der Militärregierung, und ein anderes Mitglied des Jugendringes sagte, die streichenswerte Formulierung stamme aus dem Wortschatz einer Zeit, über die die Entwicklung bereits mit Riesenschritten hinweggegangen sei. Nur einer der Jugendvertreter stimmte gegen die Streichung des Passus, der übrigens aus den Statuten des Bundesjugendringes übernommen worden war. Absatz 8 des Paragraphen 2 der Satzung des Ortsjugendringes in Bad Hersfeld aber lautet: „Aufgabe des Ortsjugendringes ist es, ein Aufleben militaristischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen im Interesse der Jugend mit allen Kräften zu verhindern.“

Zwar wird man nun den Bad Hersfelder Jugendvertreter nicht gleich unterstellen können, daß sie für ein Aufleben militaristischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen seien, doch muß man ihnen Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit gegenüber den Ideen, den Einsichten und der Sorge derer bescheinigen, die in den Nachkriegsjahren den Absatz 8 des Paragraphen 2 formuliert haben. Was in Bad Hersfeld als Überbleibsel aus den Tagen der Militärregierung gilt, kann und darf niemals zu einem Überbleibsel werden; daß der gestrichene Passus aus einer Zeit stammt, über die die Entwicklung — mindestens in Bad Hersfeld — bereits mit Riesenschritten hinweggegangen sein soll, spricht allein für jene Zeit und gegen eine Entwicklung, der zu entsprechen sich der Jugendring so angelegen sein läßt. So scheinen in Bad Hersfeld die Tage nicht mehr fern, wo die Vertreter der Jugendgruppen des „Verbandes Deutscher Soldaten“, der „Reichsjugend“ oder anderer neofaschistischer Jugendbünde, die mancherorts schon wieder kräftig ihre Trommeln rühren, im Jugendring sitzen werden.

Der Bundespräsident hat einmal in einer seiner Neujahrs-Ansprachen erklärt, die Meldung von der Gründung einer Partei der Einheimischen (wider die Vertriebenen) sei für ihn die erschreckendste Nachricht des vergangenen Jahres gewesen. Die Nachricht aus Bad Hersfeld kann für das letzte Jahr bei uns den gleichen Anspruch erheben.

C. Ch. Kaiser

**Der verschwundene Dr. Gäbelein**

In jener Zeit, in der Professoren und Studenten noch gemeinsam an die Arbeit gingen, um Trümmer zu räumen oder beim Bau des Studentenhauses zu helfen, da gab es noch einen besonderen Referenten für studentische Angelegenheiten bei Seiner Magnifizenz. Das alte Rektorenstübchen hatte zwei Türen: die offizielle, von terminkalenderverwaltenden Vorzimmerdamen bewachte, und dann die andere, durch die studentische Belange auch außerhalb der konventionellen Anmeldefristen unverzüglich dem Rektor vorgebracht werden konnten. Diese Institution war so populär, daß die Studenten später jenen metallenen Jüngling, der vor „Empedokles“ den Eingang zum neugebauten Rektorat verzierte, nach einem dieser jugendlichen Referenten einfach „Dr. Gäbelein“ benannten.

Die Jünglingsfigur am Eingang ist dem gesetzteren Empedokles gewichen. (Ein offizielles Gebäude ohne bei Gerhard Marcks bestellte Plastik wäre schließlich kaum vorstellbar!) Aber auch den Referenten hat sein Schicksal ereilt. Nachdem er noch eine Zeitlang fern vom Zimmer des Rektors am entgegengesetzten Ende des weitläufigen neuen Rektorates ein nunmehr selbst Vorzimmer-abhängiges Schattendasein fristen durfte, ist er seit Jahren schon völlig verschwunden. Ein Blick auf den Haushalt belehrt uns, daß er niemals wirklich existierte. Die Stelle wurde aus Spenden und anderen freien Mitteln bezahlt und war zu keiner Zeit auch haushaltsmäßig anerkannt.

Ein Opfer des Kultusministers, der den Haushaltsplan kontrolliert? Rektor und Studenten bedürfen sicherlich keines besonderen Referenten, um Kontakt miteinander zu behalten. Aber besteht nicht die Gefahr, daß man bei einer in dieser Weise fortschreitenden „Normalisierung“ allmählich immer konventioneller, immer offizieller miteinander verkehrt, und ist es nicht ein Symptom, daß niemand das bedauert?

Udo Kollatz

**Geld genügt nicht**

Nach einem alten Sprichwort muß es an der Universität selbst liegen, daß es ihr heute schlecht geht: Gott konnte ihr nicht helfen, weil sie sich selbst zu helfen nicht versucht hat. Die Mittel sind knapp; was würde es aber nützen, wenn die Universitäten etwas mehr Geld erhielten? Wäre damit die Gefahr gebannt, zur Fachschule herabzusinken, wäre damit die Krise beseitigt?

Wer einen Kredit aufnehmen, Geld erhalten will, muß nachweisen, daß die Investition sich lohnt. Hat das die Firma Wissenschaft getan? Nun, man kann neue Hörsäle bauen. Man kann die Ausstattung der Bibliotheken verbessern, neue Assistentenstellen und wissenschaftliche Arbeitsplätze schaffen. Daß man befähigte Ordinarien findet, ist schon nicht ganz so sicher; daß viele Studenten auch bei der besten Bibliothek kaum lesen würden, ist ganz gewiß. Haben sie also ein Recht, „nicht länger zu schweigen“, Forderungen zu stellen an den Staat und die Stadt, die diese Universität dotieren?

Der Fehler liegt wohl darin, daß die Universität mit der Wissenschaft auch die Berufsausbildung bei sich monopolisieren will. Gäbe es mehr Fachhochschulen, die zum Geldverdienen gleich brauchbare akademische Grade verleihen könnten, dann hätte die Universität über Überfüllung nicht zu klagen. Aber gerade die Universität spricht sich immer wieder gegen den Run auf die Fachschulen aus, weil sie glaubt, den jungen Leuten letzten Endes doch Geistigkeit und damit ein Mehr für das Leben zu bieten. Wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß ein hoher Prozentsatz der Studenten gegen Geistigkeit jeder Art vollkommen immun bleibt.

Ehe man Geld verlangt, muß man sich darüber klar sein: Geld allein wird den Zustand nicht bessern. Es ist sogar bedenklich, daß man ihm mit Geld beizukommen versucht. Die

Universität muß sich endlich entscheiden, ob sie durch drastische Beschränkung des allenthalben um sich greifenden Schulbetriebes zu sich selbst zurückfinden oder sich zu einer Superfachhochschule fortentwickeln will. Erst nach der Entscheidung wird man wissen, ob Geld daran zu hängen sich lohnt.

K. Walter

**Moderner Schmuck**

Auch Anhänger, Finger- und Ohringe und anderes Gefunkel und Geglitzter — dazu angetan, die mehr oder minder vorhandene Schönheit des emanzipierten Geschlechts bis zur Vollendung erstrahlen zu lassen — auch diese Schmuckstücke unterliegen dem modischen Geschmack und den Ideen geldwitternder Fabrikanten. Je nachdem also: mal trägt „man“ Diamanten oder Rubine, mal Turmaline oder Opale. Nur teuer muß es sein.

Die Amerikanerinnen haben mit den „traditionellen“ Edel-, Halbedel- und synthetischen Steinen gebrochen: le dernier cri ist eine hellgrüne Masse. Wie sie heißt? — ich kann es Ihnen nicht sagen. Ob sie teuer ist? — ich kann es Ihnen auch nicht sagen. Aber ich weiß, wo diese Masse herkommt und woraus sie besteht. Es ist Wüstensand! Ganz einfacher Wüstensand, der durch die Explosion der ersten Versuchs-Atombombe in Alamogordo in der Wüste Neumexikos schmolz, sinterte und zu einem hellgrünen emailleartigen „Glasfluß“ erstarrte. Natürlich trägt man dieses „Schmuckstück“ in Gold gefaßt. Aber ich weiß wirklich nicht, wieviel es kostet ...

Und wie gesagt: auch Schmuckstücke unterliegen dem modischen Geschmack und den Ideen geldwitternder Fabrikanten.

Waldemar Kunath

**„Unterwäsche“**

Die Meinungsfreiheit feiert rauschende Triumphe. Riesige Menschenmassen begeisterten sich — sogar laut Umfrage — für Hitlers Unterhosen, präsentiert vom Kammerdiener. Nun droht uns neue Unterwäsche! Tilly Höbel, Sprechstundengehilfin und mehr bei dem bedauernswert bekanntgewordenen Zahnarzt Dr. Müller, will sie uns waschen. Frei nach dem Motto:

„Schwebt auch noch das Verfahren,  
Ich schreib die Memoiren.  
Will alles, alles bringen,  
So nur die Groschen klingen.“

Refrain der  
ganz Freien:

„Ob Hitler oder Gatteninord,  
(Wenn auch noch nicht erwiesen),  
In jedem Falle ein Rekord  
Für unsere Devisen.“

Obgleich noch das Verfahren schwebt,  
Die Leser wollens wissen,  
Daß wir, auch wenns uns widerstrebt,  
Die Tilly bringen müssen.

Wir bringen sie, wir bringen sie,  
Schwebt auch noch das Verfahren.  
So etwas lasen Sie noch nie  
Wie diese Memoiren!“

Zum Glück verstehen nur wenige Illustrierten das unter „ganz freier“ Pressefreiheit. Den schwarzen Schafen aber bescheinigen wir hiermit wieder einmal einen Rekord, bei dem uns allen nur schwindlig werden kann. Gespannt sind wir nur auf die Reaktion der Juristen in Kaiserslautern. Zu dem Grauen wächst ihnen nun auch noch der Unsinn über den Kopf.

Horst Helmut Kaiser

**GLUTAMINSÄURE-GRANULAT**  
**· HOMBURG ·**

Originalpackung zu 100 g

Indiziert bei:

nervösen Erschöpfungszuständen, allgemeinen Ermüdungserscheinungen, Vorbereitung auf Examina,  
vor anstrengenden Konferenzen

Erhältlich in allen Apotheken



Chemiewerk **HOMBURG** Aktiengesellschaft  
Frankfurt/Main



**GLUTAMETTEN**  
**· HOMBURG ·**

Originalpackung zu 100 Dragées

# Mangelware Assistenten

Berichte von den Fachschaftsversammlungen

## Auf nach Wiesbaden?

Daß er bei den Juristen an Dozenten und Assistenten mangelt, ist schon seit Jahren allgemein bekannt. So ging es bei der Fachschaftsversammlung in der Hauptsache nicht in die erneute Feststellung dieses Tatbestandes, sondern vielmehr um die Frage, wie man die wenigen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten besser als bisher nützen und die dringend erforderlichen zusätzlichen Mittel am günstigsten anwenden könne.

So zum Beispiel sind die als Vorgriff auf die Studienreform eingerichteten Übungen mit Arbeitsgemeinschaften, deren es bisher nur eine einzige gibt, die sehr notwendigen Wiederholungskurse, für die bis jetzt nur ein Professor zur Verfügung steht, oder die allseits gewünschte Vermehrung der Dozentenstellen und um eine Anfängerübung zur Einführung in die Rechtswissenschaft handelt, das alles ist letzten Endes eine Frage des Geldes.

Mehr Dozentenstellen sind aber die Voraussetzung dafür, daß eine echte Möglichkeit besteht, in das Fachwissen auch in Seminaren zu vertiefen.

Wohl sagten die anwesenden Professoren, daß die Übungen nicht so gut besucht würden, wie das wünschenswert sei, aber das läßt auch den Schluß zu, daß nicht wenige Studenten durch die Gefährdung ihrer materiellen Existenz nicht so intensiv studieren können, wie sie es selbst wollen. Somit ist auch die Forderung nach einer Neuordnung und großzügigeren Praktizierung des Stipendienwesens von elementarer Bedeutung.

Vor allem war man sich darüber einig, daß das Juristische Seminar besser dotiert werden müsse. Sein Etat reicht gegenwärtig kaum aus, um die Sammlungen fortzuführen, Verluste zu ersetzen und die wichtigsten Lehrbücher in wenigstens einem Exemplar neu anzuschaffen. Leidige Tatsache ist, daß nicht selten Bücher entwendet werden. Trotzdem sprachen sich die Professoren dagegen aus, die Bücher zu magazinierten. Gerade der Anfänger wisse nicht, was er von den Büchern zu erwarten habe. Man müsse ihm die Chance lassen, an den Bücherreihen entlang zu gehen, sich hier und dort ein Buch herauszugreifen und darin zu blättern.

Außerdem wollen die Studenten die Forderungen der Gerichtsreferendare auf Unterhaltszuschüsse unterstützen.

Die Juristen wollen, wie ein Teilnehmer sich ausdrückte, zunächst den zivilen Weg gehen und erst bei einem Mißerfolg andere Maßnahmen beschließen. Notfalls wollen sie auch, wie früher schon einmal, nach Wiesbaden fahren und sich demonstrativ vor dem Ministerium versammeln, bis man sie anhört.

U. K.

## „Verschüchterter Haufen von Protest?“

Auch die philosophische Fachschaft tagte. Der Dekan, Professor Weber, stellte neben der erfreulichen Ankündigung eines slawischen und sinologischen Lehrstuhls besonders das Assistentenproblem und die soziale Frage der Studenten in den Mittelpunkt. Vor allem müsse unseren berechtigten Wünschen auch eine geeignete Form gegeben werden, um nicht die entscheidenden Stellen in Wiesbaden (Finanz- und Kultusministerium) durch ungerechtfertigte Vorwürfe vor den Kopf zu stoßen. Nach dem trefflichen Ratschlag, mit Journalisten besonders vorsichtig umzugehen, setzte er sich auch dafür ein, der Öffentlichkeit über die Presse unsere Lage verständlich zu machen. Nur komme es darauf an, statt leerer Deklamationen auch wirklich etwas zu erreichen. Sicher sei es im Sinn eines sozial denkenden Staates wie Hessen, eine begrenzte Lehrmittelfreiheit an den Hochschulen einzuführen und dem Studentenwerk noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um die beklemmende Situation besonders der Werkstudenten lösen zu helfen. Ihm seien Fälle beispielloser Dringlichkeit bekannt. In einer Not, die sich nicht offen zur Schau stelle, aber gerade durch diese Zurückhaltung erschütternd sei. Ein weiteres Problem bildete die Frage der Assistenten, um die es seit je in der philosophischen Fakultät nicht besonders günstig bestellt sei, was ihre Zahl angehe. Forderung: „Sie müssen vermehrt werden!“ Zur „Diskussion“ erhob sich ein Teilnehmer (als einziger!) und bezeichnete es im Zusammenhang mit der begrenzten Lehrmittelfreiheit als einen erschütternden Akt, wie wenig von den Ideen der Hochschulreform übriggeblieben sei. Keine Rede sei mehr vom studium generale und dem Wandel der Universität als geistigem Kompaß. Stattdessen belaste uns im Gegensatz zu ausländischen Universitäten, wie zum Beispiel in den USA, das Kriterium mangelnder Nestwärme. Zum Schluß forderte er die Einstellung eines Public-relation-Managers für 20 000 DM Gehalt jährlich, der mehr erreiche als ein „verschüchterter Haufen von Protest“. Nach erfreulich persönlich gehaltenen Ausführungen zur Hochschulreform, die der Versammlung ursprünglich nicht

als Thema gestellt gewesen wäre, schloß der Dekan, es käme darauf an, „über dem Rock, den man erstrebt, nicht das Hemd auszuschlagen!“ Zum „Public-relation-Manager“ äußerte er sich nicht.

— hkk —

## Neue Institute genügen nicht

Auch die Naturwissenschaftler, das heißt diejenigen von ihnen, die sich auch mal Zeit zu außerfachlichen Überlegungen nehmen, fanden sich zu einer Protestversammlung zusammen. Der erste Punkt der Tagesordnung — die Räumlichkeit betreffend — konnte verhältnismäßig schnell übergangen werden. Die Fakultät ist betreffs neuer Gebäude noch am besten bestellt. Aber der Glanz der neuen Institute ist geeignet, alle sonstigen dunklen Punkte zu überstrahlen. Zunächst sind da die Institutsetats. Spectabilis Hartmann erklärte, daß der Etat für sein neues Institut beispielsweise die Hälfte einer sorgfältig errechneten Minimalforderung ausmacht. Und das ist nur ein Beispiel. Was nützt das beste Institut, wenn darin nicht wirkungsvoll gearbeitet werden kann.

Das zweite Problem ist die Assistentenfrage. Bei der Masse der Studenten ist ein Kontakt mit dem Professor fast unmöglich, das ist eine alte Sache. Aber es gibt den Weg über den Assistenten. — Wenn wir genügend hätten. Die intensive Verbreitung der Lehre und ihr optimaler Effekt ist gegenwärtig nicht mehr gewährleistet. Eben weil es zu wenig Assistenten gibt. Aber man könnte diesen entscheidenden Mangel mit verhältnismäßig geringen Mitteln beheben. Hier muß die energische aber sinnvolle Kooperation zwischen Dozenten und Studentenschaft gegenüber den Finanzträgern wirksam werden. Es war darum erfreulich, daß sich die Diskussionsredner im wesentlichen darauf beschränkten, konkrete Mängel zur Sprache zu bringen, denn nur konkrete Mängel konkret aufgedeckt können konkrete Hilfe herbeirufen.

W. Sch.

## Kochtopf und Hochschulreform

Die Fachschaft der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät hat mit ihren rund 2500 Studierenden am stärksten unter dem Mangel an Lehrkräften und an dem Ungenügen der Räumlichkeiten zu leiden. Es ist daher recht verwunderlich, daß auf der Protestversammlung dieser Fachschaft nicht noch mehr Studenten anwesend waren. Das Thema „Wir wollen nicht länger schweigen“ schien fast von einem Nörgler erfunden zu sein und inaktuell, denn auch die Versammelten schwiegen ausdauernd. Die Möglichkeit zur Diskussion, zur Anklage der bestehenden Zustände, wurde nur von einem Kommilitonen genutzt. Lediglich als der Vorsitzende auf die Mißverhältnisse in der mensa academica hinwies, die durch die Dreiteilung verursacht sind, erhob sich beifälliges Gemurmel.

Die Dinge der Hochschulreform scheinen immer Sache weniger „Irrer“ zu bleiben. Die Masse — leider auch der Akademiker — ist kaum noch aus ihrer Ruhestellung zu bringen. Dennoch darf man nicht resignieren. Die Berechtigung zur Reform läßt sich erst aus der Zahl ihrer Verfechter ableiten, wenn es zu spät ist. Hoffen wir, daß sie Gehör

Erinnert man sich der tatsächlichen Unterschiede zwischen den Theorien und Methoden östlicher und westlicher Politik, so bleibt nichts anderes übrig, als einzugestehen, daß sich die beiden Mentalitäten zueinander wie Feuer und Wasser verhalten.

Die Feststellung dieses Tatbestandes war das Ergebnis einer Diskussion, die die Professoren Preiser und O'Daniel mit Studenten geführt haben. Am Beispiel des Strafrechts und seiner Praxis in Ost und West wurde zwingend nachgewiesen, daß ein Mittelweg, ein Lavieren zwischen den beiden großen Blöcken nicht möglich ist und daß jeder Versuch, sich in dieser Richtung zu bewegen, zwangsläufig auf eine Parteinahme für den Osten hinauslaufen müsse. Die Darlegung der Fakten auf dem Gebiete des Strafrechts — ein Student referierte über das sowjetische Strafrecht, ein Assistent über die Grundlagen des europäischen und amerikanischen — gab der Veranstaltung eine sachliche Atmosphäre, die keinen Raum ließ für politische Willenserklärungen und emotionale Bekenntnisse, wie sie bei solchen Veranstaltungen sonst üblich sind.

Die Wahrung der Freiheit des einzelnen ist das oberste Prinzip der westlichen, demokratischen Welt, seine bedingungslose Unterordnung unter eine Gesellschaftsordnung, die aus doktrinärer Interpretation ihren totalitären Anspruch herleitet, das oberste Prinzip der sowjetischen Gesellschafts- und Rechtsauffassung. Darum ist das sowjetische Recht normenfeindlich, in ständigem Wandel begriffen, hat es sich pausenlos an der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu orientieren, ist es bedingungslos der

finden, ehe es die Universität nur noch dem Namen nach gibt.

Diese Hoffnung mag auch jenen Kommilitonen erfüllen, der bei den Worten des Fachschaftsleiters, man würde nötigenfalls „auf die Straße gehen“, betrübt feststellte, daß bei der Zahl der Aktivisten „auch der Bürgersteig genügend Platz biete“.

h. s.

## Fortuna fiel vom Sockel

Ein entsetzliches Unglück! — wird uns aus A. in Mitteldeutschland geschrieben. (Der Absender des Briefes bürgt — so seltsam und grotesk sich die folgenden Begebenheiten auch ausnehmen mögen — durchaus für seine Mitteilungen.) Im kühlen, halbdunklen Flur eines Patrizierhauses geschah es. Vollreife Göttinnen fristen dort in verstaubten Nischen mit schlanken, lyrischen Hirtenknaben ihr spätantikes Dasein in Gips und aristokratischer Überlegenheit. Die ausgereifte Fortuna jedoch geriet jüngst durch spielende Kinder ins Schwanken. So sehr, daß sie entgegen all ihrer Glücksbestimmung stürzte und zerbrach. Dem verwirrten Hauswirt blieb nichts übrig, als ihren Busen und die zerborstenen Schenkel aufzusammeln und im Aschenkübel zu begraben. Nur das edle Haupt — bis auf die verstümmelte Nase erhalten — geboten ihm Trauer und Pietät, neben die Mülltonne zu setzen. Doch auch es ging den Weg aller Abfuhr. So endete Fortuna. Der leere Sockel des abwesenden Glückes — ein Kennzeichen der gegenwärtigen Lage? — ließ dem Gewissen des verstörten Hausobmanns nicht eher Ruhe, als bis er den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubte. Der eiligst einberufenen Hausversammlung teilte er mit, der Sockel könne nicht länger leer stehen, sondern müsse wieder besetzt werden. Und zwar sei niemand würdiger als — bedeutungsvoll hielt er inne: Ernst Thälmann, der Führer seiner Klasse! Die Anwesenden vergaßen das Klatschen. Die Göttinnen sollen, wie man sagt, auf Befragen nach ihrer Meinung sich nicht geäußert, sondern nur weiter unergründlich geschwiegen haben. (Postscriptum: Inzwischen ist auch noch der Sockel aus der Nische gerissen. Die Ermittlungen laufen.)

## „Materienverkalkung“

Zum zweiten. Da war ein Führer! Der führte die ihm anvertraute Schar, die auf einer Ausstellung ihre Bildung wissenschaftlich vermehren wollte, von dem heliozentrischen System des großen Polen Koppernick (vor 10 Jahren noch deutscher Astronom) zu einer nebulösen Jungfrau namens Andromeda, die sich ihnen spiralnebelverschleiert zeigte. An ihrem Modell wies der wackere Gralshüter der Wissenschaft messerscharf die Absurdität nach, die Absurdität des metaphysischen Geschwätzes der idealistischen Philosophen von der Seele und ähnlich ausgekochter Hirngespinnste (wie etwa Gott): „Wie schnell ist das Licht, Freunde? 300 000 km/sec. So schnell ist das Licht! Und wie weit ist es bis zum Nebel der Andromeda? 500 Millionen Lichtjahre! Eine Seele gibt es also nicht. Wie soll sie denn in den Himmel kommen?“ („Bis da isse vertrocknet“ — Kommentar eines Mitdenkers!) Womit die „Materienverkalkung“ erneut einen Gipfel erreicht haben dürfte. Zufrieden nickend wandte man sich wieder den niederen Gefilden der Wissenschaft zu, den Affen Darwins und dem Neandertaler, dem kapitalistischen Mehrwert und dem Wolgastaudamm. Oben am Himmel aber verhüllte Andromeda errötend ihr Haupt. Und es weinte Sternschnuppen in den kalten und dunklen Januarhimmel.

x—y—z

## Fiktion Koexistenz

Politik und dem dialektischen Prozeß unterworfen, vermag es nicht das Empfinden der Rechtssicherheit zu geben. Was heute Tod bedeutet, kann morgen staatspolitisch wertvolle Handlung sein.

Angesichts der Drohung, die daraus naturnotwendig für die in ihren Erscheinungsformen stark gegliederte Ordnung des Westens entstehen muß, drängte sich die Frage auf, welches wohl der beste Weg sei, sich zu wappnen, und welche Möglichkeiten uns die Wissenschaft anbieten könne, in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu bestehen.

Eine gewisse Ratlosigkeit unter den Studenten war deutlich zu spüren. Auch konnte man erkennen, daß die Problematik in vielen Fällen intellektuell noch nicht bewältigt war, vielleicht deswegen, weil ihnen die Frage noch nie so exakt gestellt worden war, wie an diesem Abend.

Professor Preiser beantwortete die Frage, indem er feststellte, daß nur ein Entweder-Oder möglich sei. Diese Entscheidung sei jedem einzelnen anheimgestellt. Es ist eine Entscheidung des Gewissens. Somit ist jeder zur Stellungnahme aufgerufen, und keine Institution, auch nicht die Universität, kann den einzelnen davor bewahren.

Da die meisten aber darüber hinaus sich Gedanken machten, was konkret getan werden könne, um aus der Defensivposition in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Osten herauszukommen, wäre diese Antwort, die ja nur die Voraussetzung für das Positionergreifen aufzeigte, nicht ganz befriedigt gewesen.

Darum waren die Zuhörer recht dankbar, als Professor O'Daniel gegen Ende der Diskussion der Überzeugung Ausdruck gab, daß im Gespräch von Mensch zu Mensch noch eine echte Chance zur Verständigung liege.

Man darf mit Recht der Überzeugung sein, daß der Mensch trotz doktrinärer Schulung und einseitiger Ausbildung sein ursprüngliches Streben nach Wahrheit und individueller Freiheit nie ganz vergessen wird. Darin liegt unsere Hoffnung und unsere Zuversicht.

Strobel



Junger Hochschul-Nachwuchs und altbewährte Wissenschaftler arbeiten bei uns

gemeinsam: Die Forschung von heute dient der Produktion von morgen!

FARBWERKE HOECHST AG, vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M)-HOECHST

# VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

## Neue Mitglieder

- Dr. Hanns Deuss, Mitglied des Vorstandes der Bankverein Westdeutschland AG., Düsseldorf, Breite Straße 25
- Landgerichtsrat Karl Bornemann, Frankfurt a. M., Klüberstr. 15
- Hanns F. J. Kropff, Frankfurt am Main, Schumannstraße 61 I
- Professor em. Dr. Dr. Friedrich Wachsmuth, Marburg/Lahn, Biegenstraße 52
- Dr. Rolf Jäger, Bad Homburg v. d. H., Immanuel-Kant-Straße 10
- Professor Dr. Wolfram Müller-Freienfels, Marburg/Lahn, Deutschhausstraße 13
- Professor Dr. Hermann Strasburger, Frankfurt am Main, Hamburger Allee 28
- Studienrätin Elisabeth Norgall, Frankfurt/M.-Eschersheim, Schwagerstraße 4
- Bankhaus Hardy & Co. GmbH., Frankfurt a. M., Marienstraße 19
- Notar Werner Meyer, Wuppertal-Barmen, Winklerstraße 9
- Finanzpräsident i. R. Ernst Beck, Wiesbaden, Kapellenstraße 59 I
- Dr. Felix Prentzel, Vorst.-Mitgl. der Degussa, Frankfurt am Main, Broßstraße 9
- Karl Feldmann, Vorst.-Mitgl. der Degussa, Frankfurt am Main, Passavantstraße 17
- Dr. K. A. Preuschen, Friedberg/Hessen, Kettelerstraße 42
- Karl-August Klinge, Vorst.-Mitgl. der Frankfurter Bank, Bad Homburg v. d. H., Tannenwaldallee 30

Professor Dr. Werner Zerweck, Vorst.-Mitgl. der Cassella Farbwerke Mainkur AG., Frankfurt/M.-Fechenheim, Hanauer Landstraße 256

## Orient-Institut Frankfurt am Main

Einladung zu zwei Vorträgen:

Fräulein I sm è n e L a m b r o u, Athen

### „Das Griechenland unserer Zeit“

(mit Farbdias)

am Samstag, 18. Februar 1956, 18 Uhr, pünktlich

Professor Dr. G. M e n s c h i n g, Bonn

### „Buddha und Christus“

am Samstag, 3. März 1956, 18 Uhr, pünktlich

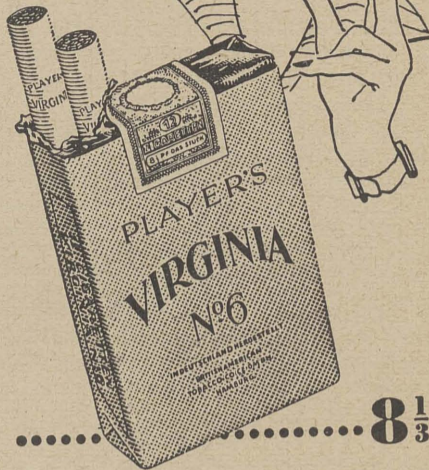
beide im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums.  
Dauer: 1 Stunde.

Eintritt frei für die Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.“ Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Instituts, Savignystraße 65, Telefon 77 41 64, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen Einladungen.

rauche

staune

gute  
Laune



..... 8 1/3

eine echte Player's

## Hochschulnachrichten

### Medizinische Fakultät:

Die Società Italiana di Dermatologia e Sifilografia ernannte Prof. Dr. Dr. Oscar G a n s zum Ehrenmitglied.

Prof. Dr. Eduard G ü n t z wurde vom Herausgeberkollegium der Clinical Orthopedics, the Official Yearly Publication of the Association of Bone and Deutschland gewählt.

Joint Surgents in Philadelphia zum korrespondierenden Herausgeber für

Zum außerordentlichen Professor und Direktor des Neurologischen Instituts (Edinger Stiftung) unter Berufung auf das Extraordinariat für Neuro-pathologie wurde Prof. Dr. Wilhelm K r ü c k e ernannt.

Der ordentliche Professor a. D., Oberregierungsveterinär Dr. Gerhard S c h o o p wurde zum ordentlichen Professor (persönlichen Ordinarius) ernannt.

Dr. Werner H e l l r i e g e l erhielt die venia legendi für „Medizinische Strahlenkunde“.

### Philosophische Fakultät:

Der Frankfurter Romanist Professor (em.) Dr. Erhard L o m m a t z s c h vollendete am 2. Februar sein 70. Lebensjahr. Ihm wurde eine gedruckte Festschrift von ihrem Herausgeber Prof. Ernst Callmischegg (Tübingen) überreicht. Sie enthält wie die erste, die zu seinem 65. Geburtstag erschienen war, zahlreiche Beiträge von Fachkollegen des In- und Auslandes. Erhard Lommatsch ist vor allem durch die Herausgabe des monumentalen „Altfranzösischen Wörterbuchs“ bekannt geworden, von dem bereits 6000 Kolonnen ausgedruckt vorliegen (gegenwärtig befindet sich der vierte Band in Erscheinung). Unter seinen Abhandlungen haben das „Provenzalische Liederbuch (1917) und die „Beiträge zur älteren italienischen Volksdichtung“ (1950-1951, in 3 Bänden) besonders große Bedeutung erlangt. Auch einer breiteren Öffentlichkeit sind die „Geschichten aus dem alten Frankreich“ (1947-1949, in 2 Bänden) bekannt geworden. Erst kürzlich erschienen die „Kleineren Schriften zur Romanischen Philologie“.

Die Ansprache, die Prof. Lommatsch am Festabend des romanistischen Seminars hielt, wird demnächst vom DISKUS veröffentlicht.

Prof. Dr. Adolf J e n s e n wurde zum Mitglied des Institut International des Civilisations Différentes gewählt.

Mit der Verwaltung eines Lektorats für Englische Sprache wurde Herr Walter E d w a r d M o s s, B. A., beauftragt.

### Naturwissenschaftliche Fakultät:

Prof. Dr. Boris R a j e w s k y wurde zum 1. Vorsitzenden der Deutschen Röntgen-Gesellschaft gewählt und zum deutschen Vertreter der radiobiologischen Forschung im internationalen Komitee für Radiobiologie ernannt.

Priv.-Doz. Dr. Walter R i e d wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Dr. Gerhard R e i n, bisher Priv.-Doz. an der Universität Freiburg/Brsg., erhielt die venia legendi für das Fach „Mineralogie und Petrographie“.

Die venia legendi für das Fach „Physikalische Chemie“ erhielt Dr. Hans-Ludwig S c h l ä f e r.

### Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät:

Prof. Dr. Helmut K o c h wurde zum ordentlichen Professor (persönlichen Ordinarius) ernannt.

## Evangelische Studentengemeinde

Gottesdienste:

Jeden Sonntag 10 Uhr in der Kapelle des Studentenhauses. Semester-schlußgottesdienst am 26. 2., 10 Uhr.

Andachten (in der Kapelle des Studentenhauses):  
täglich außer samstags 7.45 und 8.45 Uhr Morgenwache  
13.15 Uhr Mittagsgebet, gemeinsam mit der KSG  
freitags 19.15 Uhr Wochenschlußandacht

Hochschulabende:

Mittwoch, 15. 2., 19 Uhr c. t., „Grenzen der Freiheit“  
(Römerbrief Kap. 14, 13-23)

Mittwoch, 22. 2., 19 Uhr c. t. (Thema wird noch bekanntgegeben).

Sonstige Veranstaltungen:

Katholisch-Evangelische Arbeitsgemeinschaft: „Das Zusammenleben beider Konfessionen“.

Dienstag, 21. 2., 19 Uhr c. t., im kl. Klubraum des Studentenhauses: „Vor- und Nachteile des Zusammenlebens“.

Jeden Montag, 19 Uhr c. t., im kl. Klubraum des Studentenhauses Dis-kussionsabend mit wechselndem Thema.

Ferienkreis während der Semesterferien mittwochs, 19 Uhr c. t., in der Kapelle des Studentenhauses (erster Termin wird durch Aushang an den schwarzen Brettern bekanntgegeben).

Semesterrüftzeit, 27.-29. 4., in der Evangelischen Akademie Arnoldshain mit Studenten aus der DDR.

Beachten Sie bitte unsere Aushänge an den schwarzen Brettern.

## Katholische Studentengemeinde

Akademischer Gottesdienst: jeden Sonntag 8.30 Uhr in der Kapelle des Studentenhauses.

Missa für Mediziner: jeden Dienstag 7 Uhr in der Rektorskapelle des Städt. Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 17.

Gemeinschaftsmesse: jeden Dienstag 7.15 Uhr, jeden Mittwoch 7.30 Uhr, und jeden Freitag 7 Uhr in der Kapelle des Studentenhauses.

Missa in der Kapelle des Studentenhauses: jeden Donnerstag 19.15 Uhr.

Freitag, 10. 2.: 20 Uhr Offener Abend des Studentenpfarrers im großen Klubraum des Studentenhauses. Thema: „Was ist eine Gemeinschaft?“ Referent: Prof. Krempel, Königstein (Ts.).

Mittwoch, 15. 2.: 19.30 Uhr Zusammenkunft mit ausländischen Studenten der Universität im kleinen Klubraum des Studentenhauses.

Freitag, 17. 2.: 20 Uhr Offener Abend des Studentenpfarrers im großen Klubraum des Studentenhauses. Thema: „Machen Menschen Gott zu ihrem Bilde?“ Referent: Prof. Dr. Lotz, München-Rom.

Samstag/Sonntag, 18./19. 2.: Wochentag für Juristen und Philologen in Oberreifenberg (Ts.). Thema: „Das Problem der Freiheit“. Referenten: Prof. Dr. Johannes Hirschberger, Frankfurt am Main, und P. Prof. Dr. Erlinghagen SJ., Frankfurt am Main-St. Georgen.

Montag, 20. 2.: Studentische Glaubensschule in der Kapelle des Studenten-hauses.  
19.15 Uhr P. Prof. O. von Nell-Breuning SJ., Frankfurt a. M.: „Grundsätze christlichen Verhaltens (Moral I)“.  
20.15 Uhr P. Prof. Dr. O. Semmelroth SJ., Frankfurt am Main: „Dog-matik II“.

Dienstag, 21. 2.: 19.15 Uhr Arbeitskreis zusammen mit der Evangelischen Studentengemeinde im kleinen Klubraum des Studentenhauses.

Mittwoch, 22. 2.: 20 Uhr Medizinischer Arbeitskreis im Kleinen Klubraum des Studentenhauses. Thema: „Der neurotische Mensch“. Referent: Privatdozent Dr. Görres, Heidelberg.

Freitag, 24. 4.: 20 Uhr Offener Abend des Studentenpfarrers im großen Klubraum des Studentenhauses. Thema: „Die Welt Dostojewskijs“. Referent: Prof. Dr. Stepun, München.

20.-25. 2.: Exerzitien für Studenten im Haus der Begegnung, Königstein (Ts.). Exerzitienmeister: P. Oskar Simmel, Herausgeber der „Stimmen der Zeit“, München.

9.-29. 4.: Ferienakademie in Walberberg, Krs. Bonn. Referenten: P. So-balla SJ „Moral“ und P. Welty OP „Sozialethik“.

## Selbstverwaltung

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Sperre der bewilligten Bundesjugend-planmittel für den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und erwartet die sofortige Freigabe der gesperrten Mittel.

Unabhängig von ihrer Haltung zu dem umstrittenen Artikel im Bundesorgan des SDS sind der Verband Deutscher Studentenschaften und die aus dem Bundesjugendplan geförderten Ver-bände der Meinung, daß die Entscheidung des Bundesministers des Innern eine grobe Verletzung der zum Funktionieren des freiheitlichen demokratischen Lebens unerläßlicher Rechtsnormen darstellt. Sie nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß das Kura-torium der Bundesregierung für Jugendfragen nicht vor der Maß-nahme des Bundesministers des Innern gehört wurde, und daß auf die Stellungnahme des Vorprüfungsausschusses für Bundes-jugendplanmittel keine korrigierende Maßnahme von Seiten des Bundesministeriums des Innern erfolgte.

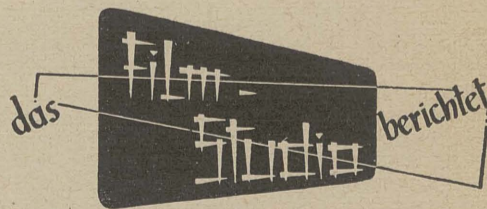
Die studentischen Verbände sind der Meinung, daß der deut-sche Bundestag den Bundesminister des Innern veranlassen sollte, die dem SDS gegenüber willkürlichen und ungerechtfertigten Schritte rückgängig zu machen. Vds — Informationen

☆

Einer der bekanntesten Studentenchöre der Welt, der amerikanische Harvard Glee Club, gastiert auf seiner dreimonatigen Europa-tournee in der Zeit vom 12. bis 25. Juli dieses Jahres auch in zahlreichen Universitätsstädten Westdeutschlands (voraussichtlich in München, Freiburg, Frankfurt, Mainz, Bonn, Hamburg) und in Westberlin. Der seit über zwanzig Jahren unter der Leitung von Professor J. W. Woodworth stehende Chor konzertierte nach der im Jahre 1919 erfolgten Gründung unter den bekanntesten Dirigenten der Welt. Seine Gastspielreisen und über hundert Gemeinschaftskonzerte mit dem bekannten Bostoner Symphonie-Orchester gehören zu den Höhepunkten des amerikanischen Konzertlebens. Das Repertoire des Chores umfaßt Werke der älteren und neueren Musik; die beson-dere Pflege gilt dem Volkslied.

Der Harvard Glee Club, der auf seiner Europatournee auf jeden wirt-schaftlichen Erfolg verzichtet, stellt den Reingewinn dem Wiederaufbau zerstörter europäischer Kunstdenkmäler zur Verfügung.

☆



- Mittwoch, 15. Februar 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr  
Donnerstag, 16. Februar (Sonderveranstaltung)  
**Madame macht Geschichten**  
(Walter Lang, 1952)
- Dienstag, 17. Februar 20.00 Uhr  
Vortrag: Walter Haag, Göttingen  
**Architektonische Gestaltung im Film**
- Mittwoch, 22. Februar 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr  
Donnerstag, 23. Februar  
**Der verbotene Christus** (Curzio Malaparte, 1951)  
(Il Christo proibito)
- Dienstag, 24. Februar 20.00 Uhr  
Vortrag: Dr. Oskar Kalbus  
**Probleme unseres gegenwärtigen Filmschaffens**
- Mittwoch, 29. Februar 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr  
Donnerstag, 1. März  
**Fahrraddiebe** (Vittorio de Sica, 1948)  
(Ladri di biciclette)

**Röver "junior"**  
reinigt rasch u. preiswert

Die vorteilhafte Reinigungsaufführung für die Alltags-Kleidung

1 Kleid gereinigt

1 Sakko gereinigt DM 2,-

1 Hose gereinigt DM 1,70

1 Mantel gereinigt DM 4,50  
(Regenmäntel einschl. imprägnieren)

Nächste Annahmestelle bei der Universität

Leipziger Str. 1, an der Bockenheimer Warte

Weitere Annahmen in allen Stadtteilen



Jahrzehntelang der Universität Frankfurt am Main verbunden steht Ihnen immer das

Haus der Bücher

Gegründet: 1909

**PETER NAACHER**

FRANKFURT AM MAIN

Steinweg 3 (An der Hauptwache) mit seiner

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

Bockenheimer Landstraße 133 (bei der Universität)  
Ruf: 67644 / 96641

für Ihre Bücherwünsche zur Verfügung.

Zum Sommersemester erscheinen demnächst:  
unsere Studien-Kataloge für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

# Arbeitsgemeinschaft mit numerus clausus

Man bemüht sich um die Studienreform. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat während ihrer letzten Tagung in Mainz die Beschlüsse von Honnef den einzelnen Senaten zur Prüfung zugeleitet. — Die Studenten halten Protestversammlungen ab und verlangen die Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung des akademischen Nachwuchses in den Universitäten und Hochschulen.

Der Unterschied zwischen beiden Handlungsweisen liegt darin, daß die Repräsentanten des Lehrkörpers sich selbst um die Lösung der Probleme einer Studienreform bemühen, während die Vertreter der Studentenschaft diese Lösung von anderen fordern, ohne dabei einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Das letztere ist einfacher und verhilft immerhin zum Schein der Aktivität. Doch das genügt nicht. Die Studienreform ist unser Problem: im Falle ihres Gelingens sind wir die Nutznießer. Daraus ergibt sich unsere Verpflichtung zur aktiven Mitarbeit. Diese sollte sich in Vorschlägen zur Studienreform zeigen.

## Die Problemstellung

Wir wollen uns im folgenden mit den Schwierigkeiten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten an den deutschen Hochschulen befassen, die besonders durch den stetig anwachsenden Zugang von Neumatrikulierten, einem bedrohlichen Mangel an Lehrkräften und deren Nachwuchs gekennzeichnet werden. Diese Gegebenheiten führen zu einem Untertauchen der Kommilitonen und Kommilitoninnen in die für sie angenehme Anonymität einer „studentischen Masse“ mit all ihren negativen Auswirkungen.

Während wir einerseits bessere Zusammenarbeit mit unseren Dozenten fordern, neigen wir andererseits dazu, auch die wenigen noch vorhandenen Möglichkeiten eines Kontaktes ungenutzt zu lassen.

## Zwei Vorschläge zur Studienreform

Eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen Dozenten und Studenten bildet die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung einer Studienreform, und jeder Vorschlag für eine Studienreform muß dem Erfordernis einer ausreichenden Zusammenarbeit Rechnung tragen. Die im folgenden zu besprechenden beiden Vorschläge beruhen auf diesem Gedanken. Sie streben die Bildung freiwilliger studentischer Arbeitsgemeinschaften an, deren Ziel es ist, den Vorlesungsstoff zu vertiefen und zu erweitern. Die Mitarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft hängt damit insbesondere von den fachlichen Kenntnissen und der Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten der einzelnen Studenten ab. Diese Voraussetzungen können erfahrungsgemäß nur von mittleren oder älteren „Semestern“ erfüllt werden.

Wer mit diesem automatischen „numerus clausus“ nicht einverstanden ist, der sei an die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines „studium generale“ erinnert.

Für die Intensivierung seines Studiums in den späteren Semestern sehen wir besonders zwei Möglichkeiten, die vom Lehrkörper, der Studentenschaft und den Geldgebern der Universität gemeinsam aufgenommen werden können:

Der Aufbau von Seminaren, in denen jeweils eine Anzahl heterogen gegliederter Hauptthemen und in deren Rahmen eine Reihe homogener gegliederter Unterthemen behandelt werden, kann in folgender Weise durchgeführt werden: Ihre Teilnehmer schließen sich zur gemeinsamen Bearbeitung jeweils eines Hauptthemas und seiner Unterthemen zu kleineren Arbeitsgemeinschaften zusammen.

Die Tätigkeit sollte sich im wesentlichen auf die Durchführung von gemeinsamen Untersuchungen und Erhebungen, sowie auf eine kritische Betrachtung und Diskussion erstrecken. Hiermit ergäben sich Arbeitsgemeinschaften, in welchen bestimmte Themenkreise, wie Bilanzanalyse und Bilanzkritik, Marktforschung oder Werbung usw., bearbeitet würden.

Als Leiter der Vorplanung und Durchführung der Untersuchungen, Erhebungen und Diskussionen sollte einer der Teilnehmer gewählt werden. Ein Assistent des zuständigen Dozenten könnte als Schlichter der Diskussionen und als Berater tätig sein. Zur Lösung besonders schwierig erscheinender Probleme sollte eine Sitzung einberufen werden, zu der auch der betreffende Dozent eingeladen wird. Um die Bearbeitung der gestellten Themen für die Zeitdauer eines Semesters zu gewährleisten, müßte die Bekanntgabe der Themen jeweils am Anfang des vorhergehenden oder am Anfang des laufenden Semesters erfolgen. Am Ende dieses Semesters können dann die Bearbeitungen bei dem Dozenten eingereicht werden, während im darauffolgenden Semester aus jedem Themenkreis je ein Unterthema in den Seminarsitzungen zum Vortrag gelangen würde. Damit würde sich also ein Seminar im Gegensatz zu den bisherigen Übungen praktisch über 2 Semester erstrecken, während die Möglichkeit der Beteiligung an der Seminarsitzung wie bisher in jedem Semester gegeben sei.

Die einzelnen Arbeitsgemeinschaften dürften höchstens zehn Mitarbeiter umfassen, damit eine gute Zusammenarbeit gewährleistet wäre. Nimmt man nun die durchschnittliche Zahl von 150 Seminarteilnehmern an, so würden in diesem Seminar 15 Arbeitsgemeinschaften zu bilden sein, für deren Betreuung drei Assistenten notwendig erscheinen, die dem betreffenden Dozenten zusätzlich bewilligt werden müßten.

Durch die Anzahl der Arbeitsgemeinschaften würde auch die Themenzahl bedingt, so daß in unserem Falle 15 Hauptthemen mit mindestens insgesamt 30 Unterthemen gestellt werden müßten. Damit ergäbe sich aber die Notwendigkeit einer Angleichung der Zahl der Sitzungen eines Seminars an die Zahl der Arbeitsgemeinschaften, wenn vorausgesetzt wird, daß in einer Seminar-

sitzung jeweils ein Referat aus einer Arbeitsgemeinschaft gehalten werden kann.

Dieser Vorschlag kann im Rahmen des traditionellen Aufbaus des Lehrkörpers und mit eventuell tragbaren finanziellen Aufwendungen durchgeführt werden, da zu seiner Ausführung lediglich die Zahl der Assistentenstellen erhöht werden müßte.

Der zweite Vorschlag bezieht sich auf die Einführung von Seminaren, in denen Probleme aus der Wirtschaftspraxis mit Hilfe des in den Vorlesungen erarbeiteten Wissens einer theoretisch fundierten Lösung zugeführt werden.

Diese Seminare sollen eine Ergänzung der Vorlesungen darstellen; das dort vermittelte Wissen würde durch seine praktische Anwendung vertieft und gefestigt.

Darüber hinaus stellte sich den Dozenten die bedeutende pädagogische Aufgabe, den einzelnen Studenten in der Weise zu schulen, daß er die ihm gestellten Probleme durchschauen und die notwendigen Entscheidungen auf Grund seines Wissens und seiner Erkenntnisfähigkeit selbständig treffen kann.

Die Folgerungen daraus sind einmal die Beschränkung der Teilnehmerzahl für die einzelnen Seminare und zum anderen die Heranziehung erfahrener Lehrkräfte für die Leitung derselben. Die Auswahl der zur Erörterung stehenden Probleme sollte in Übereinstimmung mit dem Vorlesungsstoff der einzelnen Ordinariate im Sinne einer echten Ergänzung des in den Vorlesungen dargebotenen Wissens vorgenommen werden. Deshalb erscheint es zweckmäßig, derartige Seminare den verschiedenen



95 Pf. und DM 1,50, mit Lecithin DM 1,80 — In Apotheken und Drogerien

## Leserzuschriften:

### Konzertbetrug

Jeden Sonntag um 11 Uhr c. t. findet im Clubraum 2 des Studentenhauses ein Schallplattenkonzert statt. Zum 22. Januar war die „Neunte“ von Beethoven angekündigt, was eine sehr große Anzahl von Studentinnen und Studenten bewegte, zu erscheinen. Alles hartete der Dinge, die da kommen würden. Diese „Dinge“ kamen auch. In Form von Beethovens drittem Klavier- und Béla Bartoks Violinkonzert. Doch kein Wort fiel, warum diese Programmänderung stattfand.

Am Ende der beiden Stücke brach dann der Vorführer das Schweigen und erklärte die „Diskrepanz“ (wie er es nannte) zwischen tatsächlichem und angekündigtem Programm. Ich darf hier seine Worte in zusammengefaßter Form wiedergeben. „Beethoven hat nur eine große Symphonie geschaffen, nämlich die „Neunte“. Die anderen acht sind ziemlich unbekannt und unbedeutend. Auch der „Neunten“ wäre dieses Schicksal widerfahren, hätte Beethoven nicht das Gesetz der Symphonie durchbrochen und den Chor im Schlußsatz eingefügt. Wenn heute nun die „Neunte“ aufgeführt wird, ist jeder Konzertsaal überfüllt, auch wenn pro Platz 20,— DM verlangt wird. Das Publikum langweilt sich drei Sätze lang, nur um sich am vierten Satz mit der „Ode an die Freude“ zu berauschen. Die neunte Symphonie von Ludwig van Beethoven war nur angezeigt, um einmal zu sehen, wieviele kommen. Daß Béla Bartok Ihnen nicht ganz zusagt, habe ich an Ihnen zum Teil wenig erfreuten Gesichtern gesehen.“

Mit anderen Worten: Dieser Herr unterstellt, daß alle Anwesenden (es waren ca. 30 Personen) nur aus Geilheit nach der Musik des vierten Satzes erschienen sind. Um das zu testen, wurde der Anschlag gemacht: „Sonntag, 11 Uhr c. t., Neunte Symphonie“.

Am 26. Januar trafen sich im Studentenheim zum zweitenmal während dieses Semesters die Mitarbeiter des „Studentischen Arbeitsprogramms“ zum Austausch ihrer Erfahrungen und zur Vorbereitung des Ferieneinsatzes. Das „Studentische Arbeitsprogramm“ in Westdeutschland und in Berlin entstand aus dem zwischen 1950—52 an den Hochschulen der amerikanischen Zone durchgeführten „Student Employment Program“. Den damaligen Vorsatz: „... this is not only a welfare program to provide money to needy students, it is also an education with important values therein...“ hat man auch beibehalten, als das Programm von deutscher Seite übernommen wurde. Die nun im Jahre 1955 gesammelten Erfahrungen bestätigen die wichtige soziale Aufgabe des Programms in einer Zeit des Mangels an verantwortungsbewußten, befähigten Jugendleitern. Die örtlichen Ausschüsse und die Studentenwerke erreichten eine weitgehende Unterstützung durch Mittel des Bundesjugendplanes und der Länder sowie im Jahre 1953 die Bewilligung einer Spende der Ford-Stiftung, in Höhe von 248 000,— DM. Vom 20. 7. 1952 bis 28. 2. 1954 wurden insgesamt 1959 Studierende eingesetzt, für die 678 861,55 DM zur Verfügung standen. Ein großer Teil dieser Arbeitsstipendien kam Flüchtlings- und Exilstudenten zugute, da 50 % der Teilnehmer aus ihren Kreisen ausgewählt wurden. Frankfurt beteiligte sich mit 154 Studenten und 19 809,— DM am Programm.

Die Studierenden arbeiteten ganztägig in den Ferien oder an zwei Nachmittagen wöchentlich während des Semesters an den wichtigsten „sozialen Brennpunkten“: in den Heimen der „offenen Tür“ und den Nachbarschaftsheimen zur Freizeitgestaltung der nicht organisierten Jugend, in Lehrlings- und Flüchtlingswohnheimen, in der Frauenstrafanstalt, in Flüchtlings- und Ferienlagern, bei der Betreuung der arbeitenden jungen Mädchen aus der Ostzone, zum Teil auch innerhalb von Jugendorganisationen oder in der Verwaltung.

Alle Beteiligten fanden die Arbeit außerordentlich interessant und lehrreich, wenn auch anstrengend. Man verstand nach einigen Wochen das langsamere Tempo der beruflichen Jugendbetreuer als eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der Nerven bei der aufreibenden Arbeit. Bei der Einarbeitung ergaben sich keine Schwierigkeiten, auch der Kontakt zu den Jugendlichen wurde verhältnismäßig schnell hergestellt, dennoch tauchten mehrere Probleme auf, deren Wurzeln im geistigen

Ordinariate unterzuordnen und mit ihrer Leitung einen fachlich ausgerichteten Privatdozenten zu beauftragen.

## Die Auswirkungen der Vorschläge

Der zuerst erörterte Vorschlag trägt lediglich zwei Problemen Rechnung: der Förderung des Nachwuchses an Universitätslehrern und der Anregung der Studentenschaft zur engeren Zusammenarbeit mit den Dozenten.

Aber mit der Begrenzung der Zielsetzung erhöhen sich zugleich die Aussichten auf eine Durchführung. Es ist sogar möglich, einen Versuch im nächsten Semester zu starten, wenn einige Assistenten vorübergehend die zusätzliche Belastung der Betreuung einer Arbeitsgemeinschaft auf sich nehmen und die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ordinarii je ein Haupt- und mehrere Unterthemen für das Wintersemester 1956/57 bekanntgeben wollen. Dann wird sich zeigen, in welchem Maße die Studentenschaft einer konkreten Möglichkeit zur Mitarbeit Folge leistet.

Die Durchführung des zweiten Vorschlags ist nicht ohne die Unterstützung von Staat und Wirtschaft möglich, aber sie ist geeignet, zur Lösung aller oben aufgezeigten Probleme beizutragen. Wenn es gelänge, die führenden Wirtschaftler, z. B. aus dem Kreis der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu überzeugen, daß eine Ausbildung der zukünftigen wirtschaftlichen Führungskräfte durch die Einführung derartiger Seminare auch in ihrem Interesse positiv ergänzt würde, so sollte es auch möglich sein, sie für eine finanzielle Unterstützung der Seminare zu gewinnen und zusammen mit ihrer Hilfe die verantwortlichen staatlichen Stellen für die Bewilligung der notwendigen Gelder heranzuziehen. In diese neu geschaffenen Lehrämter sollten auf Vorschlag der Fakultät Privatdozenten berufen werden, denen dadurch die Zeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit für die erfolgreiche Durchführung von Forschungsarbeiten gegeben wird. Eine Verwirklichung dieses Vorschlags würde wahrscheinlich für viele befähigte Akademiker einen Anreiz darstellen, die Dozentenlaufbahn einzuschlagen und dadurch auf lange Sicht den Mangel an Lehrkräften beseitigen helfen. Für die Studierenden böte sich hier die Möglichkeit einer intensiveren wissenschaftlichen Betätigung unter der ständigen Führung eines erfahrenen Dozenten. Auch dieser Vorschlag kann zunächst durch die Einrichtung weniger Seminare verwirklicht werden.

Gerhard Fischer

Ich glaube, dem Herrn — ich kenne seinen Namen nicht — sind da etwas die Perspektiven verrutscht. Er bildet sich wohl ein, 30 mal Lieschen Müller vor sich zu haben, das für O. W. Fischer und Maria Schell schwärmt. — Nichts gegen diese beiden — es muß schließlich sowohl Goethe als auch Spillane geben.

Die Frage möchte ich stellen, ob hier nicht ein falscher Mann am Zuge ist. (Auch wegen der Äußerungen über die acht Symphonien Beethovens — ich persönlich finde die Fünfte am besten!). Sollte der Herr jedoch an einer Dissertation über die menschliche Dummheit schreiben, so möge er seine Mätzchen doch gefälligst in einem psychologischen Seminar zur Sprache bringen.

Ob die beiden gespielten Stücke ein Ersatz für die „Neunte“ sein konnten, tangiert hier ziemlich an der Peripherie und soll auch nicht weiter erörtert werden. Aber man muß nicht unbedingt meinen, daß es ein symptomatischer Indikator für die Qualität oder die Güte eines Stückes sein muß, wenn der Name des anderen Komponisten — oder hier wohl besser „Erfinders“ — wie der Beethovens auch mit „B“ beginnt.

Wolfgang Baecker

## Vorbild

In seinem Aufsatz zur Eidesfrage wies Kollege Fastabend auf den offenen Brief hin, den einige Kommilitonen unserer Universität an den Herrn Verteidigungsminister richteten. Dieser Brief enthielt einige grundlegende Anfragen, die jedoch bis heute — also nach etwa einem halben Jahr — noch nicht beantwortet wurden. Der Herr Minister schickte den Absendern nicht einmal eine Eingangsbestätigung.

Da das Verhalten unserer Minister uns stets ein Vorbild sein soll, kann man die oben geschilderte Sachlage nur als Aufforderung zur Nachahmung ansehen, d. h. als Aufforderung, auf später zu erwartende „Briefe“ des Herrn Ministers genau so zu reagieren wie er — nämlich überhaupt nicht. Godwin Kunkel

## Studentisches Arbeitsprogramm

Bereich zu suchen sind. Für diejenigen Studenten, die ihre pädagogische Ideale in die Praxis umzusetzen suchten, war bald eine Mäßigung ihrer Ansichten und eine Anpassung an die Erfordernisse der Tagesarbeit notwendig. Man kommt nur als Freund und nicht als „Betreuer“ zu einem guten Verhältnis mit den Jugendlichen, aber auch dann kann man nur behutsam einwirken. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, einen längeren Einsatz in demselben Arbeitsort durchzuführen, um die Auswirkungen besser beurteilen zu können. Die Methoden müssen vom Fall zu Fall unterschiedlich und nach Absprache mit erfahrenen Kommilitonen gestaltet werden. Es ist unmöglich, z. B. im „Heim der offenen Tür“ in Griesheim die Jugend mit Jugendlichen zu begeistern. Die üblichen Tagesprogramme mit offiziell angekündigten Diskussionen finden dort keinen Anklang. Wenn ein Gemeinschaftsabend ohne moderne Tanzmusik geplant ist, wird er nicht besucht. Daraus ist die Notwendigkeit ersichtlich, für die arbeitende Jugend zeitgemäße Betreuung ohne offene pädagogische Absichten vorzubereiten. Vor allem dürfen die Mittel nicht fehlen, die anderswo tatsächlich ohne irgendwelche andere Absicht außer der des kommerziellen Gewinns dargeboten werden. Kino, Musik, Tanz, Schmökertexte. Die Zusammensetzung von Listen guter Unterhaltungsmusik und entsprechende Bücherverzeichnisse werden als eine der wichtigsten Vorbereitungen des Frühjahreseinsatzes angesehen.

Um dem Programm den größten Effekt zu ermöglichen, habe ich die Teilnehmer für eine Studententagung ausgesprochen, die am 25. Februar im Studentenheim stattfinden soll. Die Kommilitonen, die diesmal aus dem Programm ausscheiden, haben sich bereit erklärt, an der Tagung teilzunehmen und ihre Erfahrungen den Jüngeren zur Verfügung zu stellen. In den Semesterferien werden ungefähr 20 Studenten wieder eingesetzt. Der Antragstermin wird vom Studentenwerk bekannt gegeben.

Zu einer strafferen Durchführung des Programms und zur Entlastung der Förderungsstelle des Studentenwerkes übernahm die Kommilitone Günther Kerzel, Psychologiestudent im 5. Semester, die Betreuung des nächsten Einsatzes. Das ganze Programm soll eine genaue Steuerung durch Besuche der Einsatzstellen und Treffen der Studierenden zum Gedankenaustausch erfahren.

Die Wichtigkeit dieser Arbeit für das gesamte Jugendleben läßt eine Beteiligung der besten Kräfte unserer Studentenschaft wünschen.

M. V.-K.

Die Buchhandlung für den Mediziner

**JOHANNES ALT**

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin  
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134  
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätsklinken

# Studenten und Giraffen?

„Es mag bezeichnend für die Zähigkeit der Frankfurter Luft sein, daß die Universität trotz ihrer bedeutenden Vergrößerung bis heute nicht den Rang eines geistigen Zentrums für diese Stadt erhalten hat.“

„Viel ist repariert oder neu erbaut: das Schauspielhaus, der Bahnhof, die Universität und das Haus für die Giraffen.“

(NEUE PRESSE vom 21. 1. 56)

Zwei Spielarten bieten sich dem gemeinen Verstand an, wenn es um die soziale Lage der Studenten geht. Entweder er komponiert ein Klagelied oder stimmt eine Lobeshymne an. Beides glaubt man nicht; der Rest ist langweilig. Viel erfrischender ist es, wenn die NEUE PRESSE uns mit den Giraffen des Frankfurter Zoos in einen Topf wirft und zusammen schmoren läßt. Gehen wir darauf ein, indem wir nur auf einen Unterschied Wert legen. Bekanntlich haben die Giraffen einen kleinen Kopf und einen langen Hals. Wie es um unseren Kopf bestellt ist, untersuchen wir noch. Keinesfalls aber haben wir einen so langen Hals, um an jeden Brotkorb heranzureichen. Womit wir bei der sozialen Lage wären. Ihr ergoht es wie der Moral. Wer von ihr spricht, meint das Gegenteil, wie die soziale Lage nicht sein soll. Wir wollen uns nicht ausschließlich darauf beschränken, sondern zum Schluß wie versprochen auch unsern eigenen Kopf untersuchen.

Zu früh jubelten kürzlich liberale Kreise, daß die „dira necessitas“, die bittere Notwendigkeit dem Werkstudententum im großen und ganzen genommen sei. Wenn schon ein Job, dann ein angenehmer und etwa zum Trampen, weil auch Italien Geld kostet. Die wenigen wirklichen „Fälle“ wie Flüchtlingsstudenten würden zwar noch ein wenig Goldregen vertragen. Aber sonst? Gegen diesen unendlichen und anscheinend unerschütterlichen Glauben an das allmächtige Wirtschaftswunder benutzte Seine Magnifizenz die Schocktherapie der kalten Dusche: Ein Fünftel aller Frankfurter Studierenden müsse ausschließlich vom laufenden Erwerb leben. Und zwar, ohne dabei den Schnelldienst dabei zu benutzen. So könne von einer Lösung dieser Frage leider noch nicht die Rede sein, sondern sie sei weiterhin ein Gegenstand ernster Besorgnis der Hochschule. — Hier liegt sicher auch einer der Gründe, wenn uns der Rang eines geistigen Zentrums noch abgesprochen wird. Dazu ist allerdings zu sagen, daß die Universität in Frankfurt schwerlich mit der von Heidelberg oder Tübingen zu vergleichen ist. Auch in anderen Großstädten wird es nicht anders sein. Vermißt unser Kritiker jedoch jeden weltstädtischen Geist in der Mainmetropole, fällt es mindestens ebenso auf ihn und die Pressepaläste zurück, die dann in den gleichen provinziellen Topf gehörten wie wir und die Giraffen.

Das Problem des Brotkorbs teilt sich in die großen Subventionen, die es trotz umfangreicher und anerkannter Bemühungen des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt noch nicht erreicht haben, den Lehrkörper mit dem beängstigenden Wachstum des Ganzen Schritt halten zu lassen. Darüber ist schon ausführlicher geschrieben worden. Zum anderen sollen aus dem Brotkorb die Studienbeihilfen für den einzelnen springen. Denn wenn uns schon das Jobben vorgeworfen wird, sollte man auch nach den astronomischen Preisen unserer Lehrbücher fragen. Stattdessen werden bis zum läppischen Überdruß zwei Paradeperle angeführt: der legendäre „Starmannequin“ einer ebenso ominösen Traumkleiderfabrik — von Nebenberuf Student — und als zweiter der verwegene und akademische vorgebildete Transkontinental-Chauffeur von Germany bis Singapur. Für die Studentinnen muß ein Filmsternchen erhalten, nebenamtlich werdende Kinderärztin. Indem sich jene Grenzfälle ins allgemeine Gehirn festfressen, muß das Studium geradezu als Kinderspiel erscheinen. Über diesem Nebel verschwinden die echten Nöte im Dunst. Und die Kommilitonen laufen weiter hinter jedem Groschen her, um sich über die Runden zu bringen. Denn es fehlt ihnen der lange Hals der Giraffen, um aus jedem Brotkorb fressen zu können. Über ihren Luftsprüngen aber, doch noch wenigstens etwas davon zu ergattern, vergeht ihnen natürlich nolens volens der Gedanke an geistiges Zentrum, womit wir die Attacke gegen unsere Kritiker beenden und nun wie versprochen in eigenen Haus kehren wollen.

Natürlich können wir uns dabei zwischen sämtliche Stühle setzen. Manchmal ist es jedoch besser, dies in Kauf zu nehmen, als auf wackligen Schemeln zu kleben. Kurzum, die Gründe für das allgemeine Unbehagen können wir nicht bequem nur in die „Außenpolitik“ abschieben, wie es so gern getan wird. Geistige Leistungen sind natürlich nicht ursächlich durch Goldglanz bestimmt. Dann müßten die pelz- und platinabhängigen Frauen, die in der Hauptsache das Einkommen ihrer Männer durchbringen, wahre Genies sein. Der Lockruf „Gold“ bleibt natürlich auch nicht von uns fern, und die Grenze zwischen Bedürfnis und Luxus verschwimmt. Das Postulat des Erfolgs — meßbar in harten DM — gilt fast a priori. Den Vogel schoß wohl jener frischgebackene „doctor rerum politicarum“ aus Hannover ab, der uns ernsthaft

versicherte, es sei unerträglich für ihn, sein Einkommen nach oben in irgendeiner Weise begrenzt zu sehen. So wird Kredit für akademische Ausbildung künftig nur noch auf ihre monetärprofitable Verwendbarkeit hin gewährt. Demgegenüber mag es nun lästig erscheinen, wenn wir feststellen, daß nur aus einer strengen geistigen Zucht, die auch zu Entbehrungen bereit ist, Leistungen von Dauer entspringen. Doch bei den akademischen Neureichen sticht das nicht, weil für sie von vornherein jeder Grund dafür entfällt.

Die Geisteswissenschaften dagegen geraten in ein anderes Zwielicht. Was sie an Geld zu wenig besitzen, haben sie an Elfenbeinturm zuviel. Sie frönen Fußnotengeschwülsten und verlernen darüber, geradeaus zu denken. Sie verkriechen sich in ihre speziellen Hundehütten und bellen gelehrt daraus hervor. Der Mut zur Blamage, den das Fragestellen einmal mit sich bringt, windet sich in Agonie. Mit ihm arden die Diskussionen in dogmatische Monologe aus. Keiner streitet offen. Stattdessen treibt man gnoseologische, petrographische und kontrapunktische Inzucht. Davon können wir keine Strahlungskraft erwarten, wie sie die Universitäten einstmals besessen haben müssen. Jeder Windhauch von draußen wird uns bald schwindstüchtig vom akademischen Tablett fegen, wenn wir nicht aufhören, nach allen Seiten Kotau zu machen. Die großen Taten entstanden im Widerspruch. In der Philosophie und überall. Heute interpretiert oder kneift man. Bis auf wenige! Denn Widerspruch ist kostspielig. Er kann den Lehrstuhl oder die Prüfung kosten. Wer möchte schon den Schierlingsbecher mit Sokrates trinken? Ein Unglück, ihn dann nicht mehr lesen zu können. Gewiß, diese Problematik,

## Hochschule, Staat und Gesellschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

möchte die Freiheit, den Beruf nach eigenen Neigungen zu wählen einschränken? Ist aber wirklich Studienwahl gleich Berufswahl? Ist es nicht vielmehr vielen Studenten verwehrt, ihr Studium im Beruf zu verwerten? Kann es sich die Gesellschaft leisten, diejenigen womöglich auf der Straße sitzen zu lassen, denen sie vorher so großzügig erlaubte, in Freiheit zu wählen?

Es ist aber auch eine ganz andere Einstellung zur Hochschulbildung möglich. Selbst wenn man die Bedeutung der Spezialisten bei dem hohen Grad der Arbeitsteilung nicht bezweifelte, könnte eine möglichst weitgehende Bildung aller übrigen Menschen nicht absehbare günstige Wirkungen auf den Ablauf des gesellschaftlichen Geschehens haben. Die Tatsache, daß etwa 90 % aller Funktionen von Personen mit Volksschulbildung ausgefüllt werden können, dürfte demgegenüber kein ernsthaftes Argument darstellen. Zwar soll weder den Volksschulabsolventen ein Armutszeugnis ausgestellt, noch den Akademikern eine Überlegenheit attestiert werden; aber es besteht kein Zweifel daran, daß sowohl das Reservoir für die leitenden Positionen sich vergrößern, als auch das allgemeine kulturelle und geistige Niveau gehoben würde, wenn alle Menschen eine Pflichtschule bis zum 16. Jahr und anschließend, soweit Begabung vorhanden, die Universität besuchten. Wenn man nicht gerade den dümmsten Arbeiter für den besten hält, so muß einleuchten, daß ein Arbeiter mit umfassender Bildung besser zu verwenden ist, als ein Volksschüler. Für uns ist aber darüber hinaus eine Forderung der Gerechtigkeit, daß Bildung nicht ein Privileg bestimmter Berufsgruppen bleibt, die sich größten Teils aus den gleichen sozialen Schichten rekrutieren, sondern zur Selbstverständlichkeit für jedermann wird. Heute benötigt die Gesellschaft, weit weniger Spezialisten, als Menschen mit einer möglichst umfassenden Bildung, die nach einer relativ kurzen Anlernzeit für diverse verantwortliche Positionen zu verwenden sind. Die gesellschaftliche Bedeutung der „Fachleute“ wird häufig nur von bestimmten Berufsgruppen angesichts der Konkurrenz behauptet. Die Juristen, die in Politik und Staat ein quasi-Monopol besitzen, obwohl diese Sphäre keineswegs nur rechtliche Dimensionen hat, sind der beste Beweis dafür, daß an diesen Stellen Köpfe gebraucht werden, die sich zwar am speziellen Gegenstand geschult, dabei aber als Wichtigstes die Fähigkeit erworben haben, Zusammenhänge zu erkennen, in klaren Begriffen zu denken und selbständig zu entscheiden.

Es besteht also weder eine Einheit von gesellschaftlichen Bedürfnissen und wissenschaftlicher Ausbildung, noch eine Einheit der Wissenschaften untereinander. Wie die Ausgliederung bestimmter Spezialfächer aus dem Rahmen der Universität die radikale Konsequenz aus den Anforderungen der Arbeitsstellung zieht, so ist auch innerhalb der Universität selber eine sich immer weiter steigende Aufspaltung in Fakultäten festzustellen. Daß sie immer noch eine verwaltungsmäßige Einheit unter dem Rektor darstellen, ihre Vertreter in einen gemeinsamen Senat

Die im Ring politischer und sozialer Studentengruppen vertretenen Gruppen

Christlich-Demokratische Hochschulgruppe (CDH),  
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS),  
Freie-Demokratische Hochschulgruppe (FDH/LSD),  
Gemeinschaft demokratischer Studenten (GdS/BDSV),  
Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft und die  
Franz-Hitze-Gemeinschaft

haben am 25. 1. 1956 einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Der Ring politischer und sozialer Studentengruppen fordert die Vorsitzenden aller Fraktionen des hessischen Landtages auf, die Studentenschaft der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität in ihrem Bemühen um eine bessere Dotierung der Universität aus Mitteln des Haushaltsplans zu unterstützen.“

die weit über Frankfurt hinausgeschossen ist und für die gesamte Situation gilt, ist nicht durch großartige und pathetische Worte wie diese zu lösen. Wir geben das gern zu, wenn nicht darüber lächelnd weiter die Hände verschränkt werden. Solange wir das tun, dürfen wir uns alle nicht wundern, mit den Giraffen in einem Atemzug genannt zu werden.

Horst Helmut Kaiser

entsenden und meist in einem Gebäude zusammengefaßt sind, ist gegenüber dem realen Verlust der Gemeinsamkeit etwas Äußerliches. Diese verlorene Einheit zum Teil wiederzugewinnen dienten die Anstrengungen um das Studium generale. Die Erfahrungen der Nazizeit hatten zu dazu beigetragen, die Mängel des akademischen Fachmanns aufzudecken und zu zeigen, daß zum Intellektuellen mehr gehört, als die noch so perfekte Beherrschung eines Spezialgebiets. Heute kann man sagen, daß dieses Experiment gescheitert ist. Von Hörern aller Fakultäten werden nur noch solche Vorlesungen besucht, die durch ihre Aktualität anziehen (Ästhetik, Psychologie, Zeitgeschichte). Aber diese Art Bildung ist wieder Privatsache, Ermessensfrage des einzelnen geworden.

Durch alle Probleme, die wir bisher gestreift haben, werden wir auf die zahlreichen Beziehungen zwischen der Universität und der Gesellschaft, deren Agentur sie ist, verwiesen. Die Umwandlungen des sozialen Körpers, an dem die Universität ein wichtiges Organ bilden soll, zwingen uns zur Hochschulreform. Selbst wenn man sich aller „hohen Ideale“ entschlägt und von der Universität nichts anderes erwartet als eine qualifizierte Berufsausbildung, was mir das bescheidenste Postulat zu sein scheint, werden Maßnahmen notwendig, die weit über eine Fortsetzung oder Verbesserung des Bestehenden hinausgreifen. Die Finanzierung des Erforderlichen allein zeigt, welche Dimensionen die Hochschulreform annehmen müßte. Die Gelder können nicht aufgebracht werden ohne Einschränkung anderer Ausgaben. Das wiederum verlangt politische Entscheidungen, Auswahl unter Möglichkeiten der Investition. Will man den Studenten, den Professor und die Gesellschaft zu ihrem Recht bringen, so muß man erkennen, daß nur auf dem Gebiete der Politik hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden können. Ein konsequentes Handeln zum Zweck einer planvollen Gestaltung der Gesellschaft, welches die Universität in ihrem jetzigen Zustand beläßt, ist nicht denkbar. Gerade um des Wohls der Gesellschaft willen, der ja die Hochschule zu dienen hat. Dem Staat als dem Sachwalter allgemeiner Interessen sollte es um so leichter fallen, die fälligen Reformen zu vollziehen, als er ja in seiner politischen Rechnung auf die Kooperation der Intellektuellen angewiesen ist und als diese Rechnung nicht aufgehen kann, wenn er die Ausbildung seiner Funktionäre vernachlässigt. Ebensowenig wie eine Reform der Hochschule möglich ist ohne die Gesellschaft und deren staatliche Vollzugsorgane, ebensowenig kann sich die Gesellschaft verbessern ohne die Hilfe der Spezialisten und ohne Hebung des allgemeinen geistigen und kulturellen Standes. Je mangelhafter die Ausbildung fachlicher und allgemeiner Art, desto weniger wird sich von den politischen Zielen verwirklichen lassen, die wir als fortschrittlich bezeichnen. Eine Fortsetzung der heutigen Behandlung der Hochschule müßte zu einer verheerenden Verdummung führen, die in der politischen Katastrophe endet.

W. Tönnessen

### Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 • Tel. 93633 u. 952 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Mit Millionen von Wettfreunden  
ständig im Dienste des Sports

 **HESSEN-TOTO**  
IM WEST-SÜD-BLOCK

# Reklamevers und Schlagerlyrik

Johannes R. Becher, Kultusminister und Star-Lyriker der DDR, veröffentlichte soeben im ostberliner Aufbau-Verlag ein Buch mit dem Titel „Macht der Poesie“. In insgesamt 391 Aphorismen (oder Gedankenfragmenten) legt Becher darin Anschauungen und Einfälle über das Wesen der Dichtung und des dichterischen Gestaltens nieder. Im allgemeinen pflegt man in Westdeutschland derartige Publikationen nicht zu beachten. Aber allein schon die Tatsache, daß manche Aussprüche Bechers, über die man in Westdeutschland mit einem belustigten Lächeln hinweggehen kann, für die Bewohner der DDR sehr ernstzunehmende Verkündigungen sind, rechtfertigt eine Auseinandersetzung mit seinem neuen Buch.

Vor vierzig Jahren veröffentlichte Johannes R. Becher das dramatische Gedicht „Ikaros“, das den Aufbruch des Menschen in die Freiheit verherrlichte und den Vers „sie töten den Geist nicht, ihr Brüder, zum Motto hatte. Hält man die Gedichte, die er seit 1945 geschrieben hat, daneben, so wird erschreckend deutlich, wie geistlos mechanisch, sprachlich fad und wuchernd schwatzhaft Bechers lyrische Produktion inzwischen geworden ist. So werden manche Leser der „Macht der Poesie“ mit heimlicher Genugtuung den Aphorismus 56 ankreuzen, in dem Becher ausführt: „Du könntest der Henker deiner eigenen Jugend sein, so blickt mich dein Altersbildnis an, aufgeschwämmt, widerwärtig, ein Professor Unrat, und wäre noch ein Hauch deiner einstigen poetischen Leidenschaft in dir, du könntest dieses dein eigenes Bild nicht ertragen und würdest dessen Anblick dir selber und der Welt ersparen...“ So sprechen wir oft zu einem, der in der grauen Schabigheit seines Altersschwachsinn all das zurückzunehmen bemüht ist, was ihm einst im Leuchten seiner Jugend teuer war.“ Etwas später gesteht Becher allerdings: „Es ist freilich eine andere Sache, wenn, um von mir selber zu sprechen, ein Gedichtbuch nur in acht-hundert Exemplaren erscheint, wie es vor vierzig Jahren geschah, und mehr oder weniger interessiert von einem engen Kreis literarischer Feinschmecker zur Kenntnis genommen wurde, oder ob ein solches Buch in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet wird.“

Aus dieser weiten Verbreitung seiner neuen Gedichte schließt er, daß in ihnen „das Wahre Gestalt annimmt und in seiner edelsten Gestalt, in der Gestalt der Poesie, lebendig wird und Macht wird“. Doch ist die Wahrheit, die in Bechers neuen Gedichten Macht wird, abhängig von kluger Einsicht in die jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Denn eine „Macht, eine Großmacht kann die Literatur nur werden, indem sie machtvoll überzeugend das Geschichtlich-Notwendige einer Periode gestaltet“. So räumt Becher endlich mit eigenen Worten ein, was er so lange bestritten hat: daß seine Gedichte sehr wohl in innigem Zusammenhange stehen mit Panzerwagen und Bajonetten. In solchen Gedichten, die es verstehen, sich dem Geschichtlich-Notwendigen zu unterwerfen und es zu propagieren, sprechen sich die besten Eigenschaften des Volkes aus (welche, bleibt offen) und deshalb vermögen diese Gedichte auch, „menschewandelnd, charakterbildend“ zu wirken. In Aphorismus 147 gesteht Becher jedoch: „Wir werden immer wieder gepeinigt von der Vorstellung, daß das Leid der Welt durch unsere Werke nicht sichtbar herabgemindert wird“. Aber es gelingt Becher recht gut, sich dieser Peinigung immer wieder zu entziehen, denn für ihn steht fest: „Es wird ein Zeitalter der Dichtung kommen, denn wofür hätte man sonst gelebt, und dieses Zeitalter der Dichtung wird kommen, wenn das Reich des Menschen gekommen ist, wobei das ‚Zeitalter der Dichtung‘ nur eine poetische Umschreibung erhöhten Menschlichseins darstellt.“ Im Augenblick stehen aber der Heraufkunft des Zeitalters erhöhten Menschlichseins immer noch einige Störenfriede im Wege, die nicht nur im Westen, sondern selbst in den eigenen Reihen zu finden sind: „Immer wieder muß ich darüber nachdenken, wie es möglich ist, daß bei uns, die wir zweifellos auf der richtigen Seite stehen, auf der Seite der besten Sache der Welt, auf der Seite der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Völkerverständigung, des Friedens — daß in unseren Reihen sich Leute befinden, alberne Wichtigtuer, Nichtsnutze und Schwindler, die keineswegs leicht zu entlarven sind, sondern sich schön in Position zu setzen wissen und oft eine nicht unbeachtliche Rolle spielen.“ Es kann aber nicht ausbleiben, daß die charakterbildende, menschenwandelnde Poesie der DDR auch auf diese Nichtsnutze ihren Einfluß ausübt; „denn unwiderstehlich“, verkündet Becher, „ist unsere Überzeugungskraft, da sie aus der Quelle des Lebens und der Wahrheit selbst gespeist wird und in ihr der Genius alles dessen waltet, was je an Bestem seit Menschengedenken ersehnt, gedacht, gefühlt und hervorgebracht wurde.“

Die einzige Schwierigkeit, der sich die Poesie des Ostens noch gegenüberstellt, ist die, daß ihr jede ernste Literaturkritik fehlt, weil die Schriftsteller alle in gleichem Maße an der Wahrheit teilhaben, die ja eine so menschenwandelnde Macht ist, daß niemand sich in ihrem Machtbereich gegen sie wenden mag. Daher notiert Becher: „Wir leiden empfindlich unter dem Mangel an Gegnern, solchen ehrlichen, anständigen Gegnern, durch die wir, uns geistig auseinandersetzend, selber wachsen, über uns hinauswachsen. Was uns als Gegner geboten wird, ist bedauerlicherweise minderwertiges, niederträchtiges Material“. Die gegnerische Seite,

der Westen, „ist historisch nicht mehr imstande, Gegner von Format zu produzieren“. Denn „in unserem Jahrhundert“, sagt Becher, „ist die geschichtliche Entscheidung bereits zu unseren Gunsten eindeutig gefallen, aber unsere Gegner in ihrer Minderwertigkeit scheinen sich geradezu dadurch an uns zu rächen“, indem sie sich als ehrliche anständige Gegner entziehen“. Aus dem so begründeten Fehlen echter Kritik ist auch die „Methode der Selbstkritik zu erklären, da die Kritik, die unsere ‚Gegner‘ an uns üben, keine prinzipielle ist, sondern sich aus Verleumdungen und Niederträchtigkeiten zusammensetzt oder bestenfalls aus Mißverständnissen und hartnäckigem Mißverstehen-Wollen“. Während also der Westen aus nur historisch zu verstehender Befangenheit unfähig bleibt, die Schönheit von Gedichten zu erkennen, wie sie etwa Johannes R. Becher in den letzten Jahren geschrieben hat, befindet er selber sich in der angenehmen Lage, seinen Gegner so sehen zu können, „wie er ist, und manch Schönes, was ihm zufällig gelingt, anzuerkennen. Wir haben es nicht nötig zu verleumden, zu verzerrern, herabzuwürdigen und gewalttätig zu vermindern —“. Deshalb wird auch „manch ein Gedicht erhalten bleiben, dessen Autor wir keineswegs als einen freiheitlichen, als einen Wahrheitsstreiter bezeichnen können“.

Besonders bemerkenswert scheint uns der Hinweis, daß es nicht die ausschließliche Aufgabe der Lyrik sein könne, für

## „Mein Gedicht ist mein Messer!“

Noch gar nicht unerinnerbar lang ist es her, daß ein gewisser Herr Kappus von Einsamkeit und Abwarten in den „Briefen an einen jungen Dichter“ las. Der Lyriker heute hält sich an die Bennischen „Probleme“. Eigentlich hatte T. S. Eliot in seinem Essays „Von Poe bis Valéry“ die Haltung der Bewußtheit des Dichters gegenüber Gedicht und Dichten mit guten Gründen als einen Entwicklungsabschnitt in der Ästhetik der Versdichtung angesehen, der mit Valéry zu Ende gegangen sei — aber wir Deutschen hatten (trotz Benn!) nachzuholen und haben es gründlich getan: 15 mehr oder minder bekannte Lyriker, mit mehr oder weniger Recht arrivierte, geben Protokolle ihrer „Arbeit“, nicht aus eigener Initiative:

„Sie fragen mich, verehrtester Herr Bender: wie eigentlich so ein Gedicht entsteht? ob ich zum Beispiel vieles änder? ...“

(der Beitrag Peter Gans), aber den Lyriker setzt diese Frage nicht in Verlegenheit; denn wie das Wort „Dichter“ in diesen Berichten geflissentlich vermieden wird, da es belastet ist mit der Vorstellung des Begnadeten, des von Göttern und Musen

**Mikrofilm-Aufnahmen**

PHOTOCOPIEN  
PHOTODRUCKE  
LICHTPAUSEN

**FRANKFURT - MAIN** Westendstraße 47 · Tel.: 77 94 69



**Die Photocopie**  
Gesellschaft

Geliebten, deren Geschenk das Gedicht letzten Endes sein mochte, so ist auch Dichten kein Akt göttlichen Wahnsinns mehr, der sich der Reflexion entzöge. Lyriker ist heute ein Beruf, wie Chemiker, Mechaniker; jener arbeitet mit der gleichen Wachsamkeit und Präzision wie diese, er kann Rechenschaft geben über seine Tätigkeit, und das Werkstück ist, wenigstens nach der Theorie, handfest und nachprüfbar. Tee und Kaffee sind die bevorzugten Stimulantia; der lyrische Rausch durch Drogen und Alkohol ist verpönt, Nüchternheit die Parole! Und schon am Morgen beginnt die Arbeit, im Arbeitszimmer, in der Werkstatt, im Labor — der Träume. Wie die lyrische Arbeit auch der Organisation bedarf und solchermaßen der Bürokratisierung ausgesetzt ist, lehrt das Beispiel Klaus Bremers, der seine Einfälle verzettelt und nach Farben und Zahlen registriert. — Entsprechend ist der Ton dieser Berichte der präzidierten Sachlichkeit; man wird an die Darstellung technischer Vorgänge erinnert, wozu Vokabeln wie Organisierbarkeit, Anatomie, Registrieren, Ökonomie, Geigerzähler und ähnliche ihren Teil beitragen. Bei anderen wird der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit so aufdringlich, daß man es sich nicht verkneifen kann, anzumerken, daß der lächerliche Dichter Günther, der seine „Fühler ausstrecken sollte in eine goethisch geartete Zukunft“ nicht nur Christian, sondern auch Johann heißt, Johann Christian, Herr Holthusen! Dem stehen wohlthuend gegenüber die schlichten Notizen von Marie-Luise Kaschnitz zu ihrem Gedicht über den Tod Elisabeth Langgässers; hier sind die noch greifbaren Momente, die zu dem Gedicht zusammenflossen, festgehalten, die Verwandlung, die das unmittelbar Erlebte erfuh, notiert und so der Absicht einer Gedichtbiographie auf sehr glückliche Weise entsprochen. Ebenso hebt sich heraus der Beitrag Walter Höllerers, der dem Dilemma von peinlicher Intimität und auftrumpfender Sachlichkeit dadurch entgeht, daß er seinen Bericht auf die Ebene von Literatur zu bringen sucht, wobei dann die Aussage, frei von Dogmatismus, die Offenheit behält, wie vielleicht Lorcas Äußerungen über Gedichte oder die La Cours in seinem Tagebuch, und der über dem Vorgang des Dichtens letztlich liegenden Vagheit Rechnung trägt, die auch der sich noch so rationalistisch gebärende Lyriker schließlich eingesteht.

Denn war das hervorsteckende Merkmal der Darstellung der dichterischen Arbeit Sachlichkeit, so scheint diese Arbeit selbst

die Wahrheit zu streiten, denn „der militante Charakter der Kunst allein könnte nie und nimmer den Menschen befriedigen. Der Mensch, auch der kämpferische, will seine Stille, sein Wipfelklüstern, seinen nachdenklich in der Ferne versunkenen, seinen träumend über den See hingleitenden Blick haben — in der Kunst“. Ein eindringliches Beispiel solcher nicht militanter Kunst wird uns Aphorismus 14 vorgestellt. „Ein besonders schönes Gedicht habe ich irgendwo im Rundfunk gehört, ein Kinderlied, das rührend und anspruchslos alles das ausdrückt, was wir selber zutiefst empfinden und wonach wir uns sehnen:

„Lieber Gott, laß die Sonne wieder scheinen  
Für Papa, für Mama und für mich.“

Später:

„Lieber Gott, laß die Sonne wieder scheinen  
Für die Muh und die Mäh und für mich.“

Weiter:

„Denn die Großen und die Kleinen  
Haben Sehnsucht nach der Sonne so wie ich . . .  
Wenn die grauen Wolken weiter weinen,  
Ja, dann weine bald auch ich.“

Es ist eben so, daß die Dichtung allerorts hervorbricht und nur darauf wartet, entdeckt und als Dichtung anerkannt zu werden.“

Marc Alpenroth.

äußerst rational vorsichzugehen. So einmal bei der Gestaltung eines bestimmten Stoffes, wenn etwa Rudolf Hagelstange die Nachricht von den im Bunker bei Gdingen seit Kriegsende eingeschlossenen deutschen Soldaten sich als Motiv setzt oder Egon Holthusen die „schwermütige Frage nach dem Warum der Ophelia-Tragödie“ gestalten will. Wo aber nicht ausgesprochene Gedanken- oder Tendenzlyrik angestrebt wird (und welcher Lyriker will das schon), ist ein Schabernack im Spiel. Denn, mag der Lyriker seine Intention absolut verwirklicht zu haben glauben, in dem Moment, wo das Vorgesetzte in der Form des Gedichtes sich veräußert hat, wird es als Gebilde autonom und mag nun aussagen, wovon der Schöpfer sich nichts hat träumen lassen. Ein Gedicht ist offen und nicht auf bestimmte Aussage präzisierbar; „die Eindeutigkeit läßt die Poesie erstarren und würdigt sie zur Allegorie herab“, so wendet es Herbert Heckmann, der auch über die Entfremdung des Eigenen in der Äußerung als einer der wenigen beiläufig reflektiert (wie die Beiläufigkeit seiner geistvollen Bemerkungen inmitten aller Wichtigtuerei und Arbeitswut überhaupt sympathisch ist). Unangefochten von solchen Reflexionen strebt auch Heinz Piontek nach „stabiler und unmittelbarer Verlautbarung“, und zur Grotteske wird dieser Optimismus bei Wolfgang Weyrauch, dessen Interpretation von „Atom und Aloe“ der Titel des Buches entnommen ist und der mit diesem Gedicht gegen die „Entmenschlichung des Menschen durch den Menschen“ ankämpfen will. Allerdings ist die Interpretation maskiert als Intention, wobei ein vom vorgesetzten Reim diktiert völlig sinnloses Gerede (worin das Lessingsche „völlig sinnliche Rede“ auch hier besser zu wenden ist) durch diese Maskerade zu spezifisch wirkender Sinnhaftigkeit gespreizt wird:

„Der Kehricht küßt den Aal  
Das Schweißstuch würgt den Wal“  
usw.

Der Himmel behüte uns vor seinen Messern!

Oder aber der Lyriker geht von der ersten vielleicht zufällig aufgetauchten Zeile aus, deren innere Spannung zur Entfaltung drängt, der dem Material innewohnenden Gesetzmäßigkeit. Diese Gesetzmäßigkeit vermag der Lyriker durch das Kontrollorgan wahrzunehmen und zu wahren. Was wir unter jener Institution zu verstehen haben, lehrt Johannes Poethen: Ein Produkt aus Zeitgenossenschaft und Vorwelt, Erziehung und Herkunft, Erlesenem, Erdachttem, Erfühltem, aus Vorurteil und Natururteil... Dies verrät, daß die Funktion des Intellekts hier nunmehr auf Geschmack reduziert ist. Wie dieses „Geschmacksorgan“ dann manchmal fungiert, lese man bei Gerhard Neumann nach, der sich die Folge von Worten „Fahrtlichter treiben vorüber, der windnasse Blick unterscheidet sie nicht“ so oft vorsagte, bis er „glaubte, sie hielten stand“!

Fragen wir nach dem Grund dieser Überbetonung von Nüchternheit, Sachlichkeit der Konzeption, der rationalen Arbeitsmethode und des Arbeitens überhaupt, drängt sich einem manchmal die Vermutung auf, dieser Habitus sei der Ausdruck des Bemühens um Konformität, des Bedürfnisses mancher Lyriker, sich einzuordnen in die Gesellschaft als eine Berufsgruppe, sagen wir — vielleicht der Branche „Kulturindustrie“.

Aber angemerkt muß werden, daß dies nicht die Haltung dieser modernen „Sammelpoetik“ schlechthin, noch gar der Lyriker heute im allgemeinen ist; denn konnte schon auf verschiedene Beiträge hingewiesen werden, die sich nicht in diesen Rahmen fügten und ließe sich dieser und jener noch anfügen, so fehlt vor allem eine Reihe bekannter Namen, Ingeborg Bachmann oder Paul Celan, der sich von dem Unternehmen einer Gedicht-Biographie mit der feinen und nachdenklich stimmenden Bemerkung distanzierte: „Es gehöre zum Wesen des Gedichts, daß es die ‚Mitwisserschaft‘ dessen, der es ‚hervorbringt‘, nur solange duldet, als er braucht, um zu entstehen.“

Britta Titel

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch - Düsseldorf - B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!



# Die höchst seltsamen Ereignisse

## des Herrn Jeremias



weilen konnte er aber auch nicht genug nichts tun. So hatte er den seltsamen Einfall — oder wie andere sagen würden, eine Laune — ein Geruchsmuseum einzurichten. Die Beschaffung der Düfte war über alle Maßen schwierig, da sie nicht an Materie gebunden sind. Herr Jeremias war sich der Kurzlebigkeit dieses Unternehmens durchaus bewußt. Er traf jedoch vorsichtige Maßnahmen, um die Riechwürdigkeiten zu erhalten. Aber ehe die Neugierigen die Wunder des Duftes durch ihre Nasen genießen konnten, hatte ein Wind die Spuren verwischt, so daß nur ein seltsames Gemisch von sich verflüchtenden Gerüchen den Besuchern (oder auch Beriechern) entgegenschlug. Das Ereignis zog weitere Kreise, bis schließlich der Magistrat den Etat für die Museen kürzte, ein bedauerlicher Vorfall, schon allein deswegen, weil dadurch das Traditionsbewußtsein der Stadt einen empfindlichen Schlag erlitt. Aber auch das hatte seine guten Seiten, stellte Herr Jeremias fest und wurde älter.

9. Das Dasein aufzurunden, das bittere Geschäft des Sterbens, entbehrt jeder Feierlichkeit. Herr Jeremias setzte einen sorgfältigen Punkt hinter diesen Aphorismus. Er war indessen älter geworden, nachdem er seine Launen immer mehr der Wirklichkeit angepaßt hatte, freilich ohne den Ernst eines Profis. Er war weit davon entfernt, in den Schoß seines Familiennamens zurückzufallen. Kurzum: Herr Jeremias blieb sich treu und ließ seine Zimmer mit zweifelhaften Schriften tapezieren. Das hatte aber zufolge, daß seine Besucher — es gibt Leute, die ihren Ruf mit ihrer Neugier aufs Spiel setzen — nur allzu ungern in Gespräche verwickelt wurden und unter den ungünstigsten Bedingungen, in den verzerrtesten Körperhaltungen, lasen und nur zuweilen die Bitte aussprachen, ob man nicht in ein anderes Zimmer gehen könnte, weil es zu warm wäre. Herr Jeremias stellte es befriedigt fest und wunderte sich über die Gepflogenheiten der Untugend.

Aber — es kostet einige Überwindung, das Ende mit einem Aber einzuführen, gleichsam mit dem Pferdefuß eines moralischen Einwandes — es traf ein, was sich Herr Jeremias schon aphoristisch zurechtgelegt hatte, er starb.

Aber es geschah gleichsam aus heiterem Himmel, ohne die Zutat einer feierlich anwachsenden Krankheit. Es war in der Carnevalszeit mitten zwischen Masken und Gelächter, als Herr Jeremias in kurzen Sprüngen auf den Flügeln einer jugendlichen Ausgelassenheit straßenein- und auswärts zog, auf einen sorgfältig gekleideten, Respekt erheischenden Herrn zuzug, seine Hand ergriff und ausrief: „Sie sind doch der Herr...“, aber schließlich kleinlaut beifügte, als er den strafenden Blick erhaschte: „Nein, Sie sind es doch nicht“; darauf jedoch noch einmal zornig herumfuhr und schrie: „Sie können von Glück sagen, daß Sie es nicht sind.“ Dann griff er plötzlich zur Stirn, schwankte zur Seite und fiel. Zum Unwillen einiger moralisierender Passanten. Freilich blieb das Mitleid nicht fern. Mitten unter aller Lächerlichkeit — Herr Jeremias hatte die Hände wie ein Dirigent ausgebreitet — taumelten zwei Herren heran, betrachteten den am Boden Liegenden und fühlten schließlich, jeder eine andere Hand haltend, den scheidenden Puls. Plötzlich richtete sich Herr Jeremias noch einmal mühsam auf, winkte die Herren näher zu sich heran und flüsterte, wobei er das Mitleid befriedigt feststellte:

„Meine Herren, ein seltsamer Exitus, nicht wahr?“

Homunculus

Die Frankfurter Lichtspieltheater

BAMBI und OLYMPIA

geben an Studenten gegen Vorlage des Studentenausweises zu den Nachmittagvorstellungen von Montag bis Freitag verbilligte Karten zu 1,— DM für alle Plätze ab.

Der ASTA bleibt bemüht, entsprechende Abmachungen auch mit anderen Kinos zu treffen.

Leserzuschrift:

### Verletzende Nuditäten

Das letzte Heft des „DISKUS“ bringt eine Zeichnung „Quartier Latin“, die als Einladung zum Faschingsfest der Universität gedacht ist.

Ich möchte als Frau — ohne das Pathos moralischer Entrüstung — feststellen, daß die Darstellung der Nuditäten, selbst wenn sie nur als Parodie gedacht ist, zu weit geht. Die Grenzen des Schicklichen, die selbst Faschingsblätter der Tingeltangel und Litfaßsäulen zu wahren suchen, sind in dieser Zeichnung durchaus unterschritten. Dies ist nicht nur meine subjektive Meinung, sondern die vieler Kommilitoninnen, mit denen ich in den letzten Tagen sprach.

Wenn der DISKUS die Visitenkarte der Studentenschaft sein will, dann sollte er im Zeitalter der Gleichberechtigung auch die Empfindungen und Anschauungen vieler unserer Studentinnen respektieren, die sich durch eine solche Zeichnung verletzt fühlen.

Mit schönsten Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Mathilde Hain

Seine Geburt verdankte er dem Umstand seines Vaters, der auch im Dienst ein gewissenhafter Mann war und seiner Frau beruhigend zunickte: „Das werden wir schon kriegen.“ Es war das 13. Kind, eine fahrlässige Aufrundung der Familie, andererseits eine Mißachtung gängigen Aberglaubens. Es war ein Sohn (er blieb es auch). Sein Vater machte eine biblische Entlehnung und nannte ihn Jeremias, ein Name, unter dem er gut gedieh, wenn man einige Absonderlichkeiten übersieht, die die Umwelt aufhorchen ließ. Der Vater, noch im Zweifel, ob Genialität oder ein Hang zur drastischen Komik in dem Kleinen schlummerte, der trotz seines Namens keine prophetischen Neigungen verspürte, rief ihn manchmal zu sich, prüfte ihn von oben bis unten und schlug ihm dann stolz auf die Schulter, nachdem er einige Ähnlichkeit festgestellt hatte — „Das werden wir schon kriegen!“ Mit dieser Ermunterung, die sich mehr auf ihn selbst bezog, leitete er seine Erziehung ein und prügelte nur im Notfalle, wenn er sich betrogen sah.

Jeremias neigte zu Nachdenklichkeiten, seine allzu früh gefurchte Stirn verriet jugendlichen Tiefsinn. Seine Streiche, kindliche Erfordernisse, wie sein Vater sie nannte, verschafften einige Unannehmlichkeiten, obwohl keiner dabei zu Schaden kam. Jedoch schien es, als wäre er überhaupt nicht beteiligt und hätte nur Ereignisse, die noch zwischen den Dingen verborgen lagen, aufgeweckt. Er verübte sie gleichsam unter der Hand und lachte insgeheim, zügelte jedoch seinen Enthusiasmus für solche Abwege. Sein Vater prügelte ihn und stöhnte zugleich über die Begleitumstände der Moral.

Jeremias wurde älter und streifte schließlich die Jugend wie ein paar alte Hosen ab, auch emanzipierte er seinen Namen von der Familie und nannte sich schlichtweg Jeremias, hinter den er einen Punkt setzte.

Sein Vater sah sich betrogen und überließ Jeremias seinem Schicksal und dachte beiläufig: er wird es schon kriegen. Mitnichten! Jeremias kam weder in der Schule noch im Beruf zu einem einträglichen Ziel, bis er schließlich Erbe wurde, eine Tatsache, die ihm Unabhängigkeit verschaffte. Man hatte sich viel Mühe mit ihm gegeben, seinen Hang zur Lüge einer regen Phantasie zugeschrieben — die Pädagogik hat allgemein die Tendenz, die Unwahrheit mit der Phantasie zu verknüpfen, um den Dichtern vorzubeugen — kurz: man war bedacht, einen rechten Menschen aus ihm zu machen. Jedoch kam die Erbschaft dazwischen und zerstörte die Möglichkeit eines genialen Bürgers.

Jeremias fand sich mit der Hinterlassenschaft seines Onkels über alle Maßen zurecht, wenn man damit den Umstand einer Verschwendung bezeichnen will, und erging sich in den vielfältigsten Beschäftigungen, die ihm weiter nichts einbrachten als das Gelächter der Umstehenden, die es gerne besser gemacht hätten. Die Begabung, Ereignisse zu inszenieren mit der unschuldigen Geste eines Errötenden, bedacht, die Verwunderung zurückzuweisen, mit der man ihm überschüttete, diese Begabung kultivierte er und brachte es dabei zu der Fertigkeit eines Wünschelrutengängers. Er liebte Antiquitäten mehr als Frauen, entschuldigte sich, es wäre eine Altersfrage, und spielte gerne mit Kindern, ging aus und ein und meistens zu Fuß, wobei er sich einige Betrachtungen erlaubte, wie andere eine Unterhaltung ohne nachzudenken. Jeremias kam nie zu Wort, aber zur Berühmtheit eines Sonderlings. Er stellte es befriedigt fest, küßte verlegen seinen Hut vor Bekannten, überhörte Zudringlichkeiten und suchte Ereignisse. Es war ein Skandal, denn er fand sie überall.

Sein Vater sagte nichts mehr. Er starb aus Gram darüber, daß sich die Berühmtheit des Familiennamens entschlug. Er murmelte etwas zur Verbesserung und verschied.

Seine Kinder verheirateten sich in alle Winde und folgten dem Beispiel ihres gewissenhaften Vaters — bis auf Jeremias,

er blieb allein, aber auch glücklich. Er fand Ereignisse, wo er wollte. Die Umwelt verwahrte sich davor. Sie kam nicht zur Ruhe — zum Lachen blieb ihr kaum noch der Atem, daß sie nicht so war wie der Herr Wieheißsterschnellnoch.

Der Chronist, dem die Biographie schon zur Last fiel, hat nur einige Ereignisse ausgewählt. Er steht jetzt noch im Bann ihrer Nachwirkung und bittet um Nachsicht, wenn er dem Herrn Jeremias zuviel Beachtung schenkt.

1. Bei seiner Geburt war eine gute Bekannte der Familie über die Häßlichkeit des noch Sprachlosen so bestürzt, daß sie nur mit Mühe ihr Mißfallen in einen Bewunderungsschrei drängen konnte. „Ganz wie der Vater!“ Der Vater verfiel daraufhin einem solchen Stolz, daß er eine Schrift über die Vaterfreuden verfaßte, die jedoch nicht empfohlen wird.

2. Herr Jeremias (das „Herr“ tritt als Auftakt hinzu) hatte einen Hang zum Vergleich, daß er darüber die Sache vergaß. Schließlich hielt man seine Vergleiche für bare Münze, ihn selbst für einen Vergleich seines Vaters, der sich nur schwer davon befreien konnte.

3. Nach einigen Überlegungen trat er in ein Kaufhaus ein, ging von Stand zu Stand, ließ seine Finger prüfend über

Stoffe gleiten und blieb schließlich vor einem Mädchen stehen, das ihn dienstefrig fragte, was er wünsche. Er antwortete ohne hastige Betonung, die Worte langsam abwägend: „Ich wollte Sie mitnehmen.“ Er streckte den Zeigefinger keusch auf sie hin und setzte mit der anderen Hand seinen Hut ab. „Jeremias.“ „Aber...“ Er kümmerte sich aber nicht um aufdringliche Einwände, die erst das Mädchen vorbrachte, dann der Abteilungsleiter und andere Respektspersonen des Handels, die gutgekleidet herumstanden. Herr Jeremias überhörte die Entrüstung und wiederholte nur an besonders lebhaften Stellen seine Bitte, um nicht in dem Eifer der Diskussionen vergessen zu gehen. „Was denken Sie sich?“ „Ich denke weiter nichts“, versuchte Herr Jeremias zu bemerken. „Das Personal ist unverkäuflich, mein Herr.“

Herr Jeremias blieb beharrlich bei seiner Bitte, den Kauf auch auf die Verkäuferin auszudehnen. Man redete hin und her, spielte Theorien aus, drängte sich enger zusammen und war endlich bereit, das Mädchen bedrückten Gewissens freizugeben. Herr Jeremias stellte es befriedigt fest und ging — hinter sich eine gestikulierende Menge.

4. Herr Jeremias ging über den Boulevard, dachte rechts und links, entledigte sich einiger Reflexionen über den Zustand der Welt und kam geistesabwesend — den Kopf ins Imaginäre gerückt — in das Gedränge des Verkehrs. Um seinetwillen wich man aus und traf sich heftig. Ein Polizist schlichtete mit einem Notizblock. Herr Jeremias stellte mit Befriedigung fest, daß nur Material zu Schaden gekommen war. Man las später, daß die Straße verbreitert wurde.

5. Der Scharfsinn kennt keine Grenzen. Mit diesem Gedanken beschäftigt, trat Herr Jeremias verspätet ein und setzte sich geräuschvoll — in der Absicht, nicht zu stören — auf einen bereitgestellten Stuhl und hustete nervös. Er unterbrach auf diese Weise die hoffnungsvolle Laufbahn der Künstlerin, die sich später gut verheiratete, wenn man damit den Reichtum bezeichnen will, der ihr zufiel. Herr Jeremias applaudierte beglückt, nachdem er seine Handschuhe ausgezogen hatte.

6. Dem Publikum zuliebe verfiel Herr Jeremias auf den Gedanken, die Kleider seines Onkels aufzutragen — ein Vorhaben, das einer Clownerie gleichkam, da sein Onkel ein Riese von Statur war. Herr Jeremias erledigte die Aufgabe ohne die Hilfe eines Schneiders und geriet in Verdacht, einem Wohltätigkeitsverein zum Opfer gefallen zu sein. Als unförmiges Kleiderbündel, gerade noch als Mensch erkenntlich, taumelte er zum Ergötzen der Umstehenden seine Wege. Auf lästige Fragen erwiderte er: „Warum nicht?“

Mit einem wachsenden Warum verließen ihn die Frager und folgten schließlich seinem Beispiel, weil sie sich in dieser Verkleidung mehr von ihrer Persönlichkeit versprochen. Herr Jeremias stellte es befriedigt fest und gedachte traurig seines Onkels Gotthabihnselig.

7. Herr Jeremias trank gerne, wobei er eine gute Gesellschaft nicht verschmähte und erzählte von seinem Onkel, der — einem on dit zufolge — mehrere uneheliche Kinder gezeugt habe, sie aber bei seinem Tode aus den Augen verloren, so daß sein hoffnungsvoller Neffe auf ihre Kosten zu Sicherheit kam. Die Abgewiesenen, von ihren Müttern angestachelt, drangen in Herrn Jeremias, den das Schicksal so ausgezeichnet hatte, und forderten nicht geringe Summen für ihre mangelnde Ehre, wie sie beiläufig sagten. Herr Jeremias gab so viel es der Ehre entsprach, wagte aber doch die Bemerkung, daß er über die Handlungsweise seines Onkels sehr verwundert sei. In seiner Trunkenheit plauderte er dann später bereitwillig über die Wertschätzung der Ehre, trank zuweilen auf das Wohl der Armen und wankte schließlich unflätige Lieder singend mit einem leeren Glas nach Hause. Die Stadt — es sei hier nur vermerkt, daß sie klein ist — war in der folgenden Zeit auf der Suche nach ihren Ehren, eine Tätigkeit, die viel Aufruhr erregte. Herr Jeremias ernüchterte sich allmählich.

8. Alle Handlungen vollführte Herr Jeremias mit einer ausschweifenden Pedanterie, er konnte nicht genug tun, zu-

# Nur eine Bildungslücke?

Es gilt im allgemeinen als unakademisch, sich mit der sexuellen Frage außerhalb der medizinischen Fakultät zu beschäftigen. Gelegentlich werden zwar von dieser gratis et publice Vorlesungen über Sexualhygiene veranstaltet. Aber ob das genügt?

Vor ein paar Jahren suchte sich ein junges Semester darüber „auf eigene Faust“ Klarheit zu verschaffen. Wir unterstellen dabei, es ging ihm darum, diese „Bildungslücke“ zu stopfen, und nicht um etwas anderes. Und betonen: es war nicht in Frankfurt.

Er hatte etwas über van de Velde läuten gehört. Also ging er auf die dortige Universitätsbibliothek, suchte die Katalognummer heraus und bestellte das Werk. Als er es am folgenden Tage abholen wollte, wurde er hochnotpeinlich befragt, ob er auch stud. med. sei. Er bejahte diese Frage ahnungsvoll. Und das war eine Lüge. Immerhin bekam er das Buch.

Bei dieser Lektüre ergab sich ein unerwartetes Hindernis, sintemal er eben kein Mediziner war: zahlreiche Fachausdrücke und eine, wie ihm schien, bedeutsame Tabelle in Latein verbaute ihm das Verstehen.

Doch was ein richtiger Studiker ist, kapitulierte auch im Zeitalter gesunkener humanistischer Bildung nicht vor solchen Schwierigkeiten. Unten im Haus wohnte ein Studienrat. Von ihm lieh er sich ein lateinisch-deutsches Lexikon.

Und das war sein Verderb. Um zwei oder drei Ecken und einen Stammtisch kam es heraus, daß unser Studiker eben doch kein stud. med. war. Daß er sich also das Buch unter falschen Angaben erschwandelt hatte. Der Dekan — und zwar diesmal der richtige — wurde vom Direktor der Universitäts-Bibliothek informiert. Und den Rest der Geschichte kann sich jeder selbst vorstellen.

Ist es nicht rührend, mit welcher Fürsorge man sich hier um die moralische Integrität der studentischen Jugend mühte? Und unser junger Mann konnte von Glück sagen, daß er noch einmal mit einem „blauen Auge“ davonkam.

Der Beamte der Universitätsbibliothek, der mir diese Geschichte als Erklärung erzählte, warum jetzt dort der van de Velde überhaupt nicht mehr außerhalb des Lesesaals ausgeliehen wird, fügte hinzu: „Ich wünschte, dieses Buch wäre im Kriege mit verbrannt. Wir haben immer nur Schererei damit!“

Natürlich ist das ein Einzelfall, sowohl, was die „besorgte“ Universitätsbibliothek betrifft, wie auch unseren neugierigen Studenten. Auch ist das Buch von de Veldes längst nicht mehr up to date. Wir haben heute die Kinsey-Reporte. Und die sind für jeden nur halbwegs Gebildeten ohne Fachlexika lesbar. Auch bekommt man sie, wenn schon nicht kostenfrei als immatrikulierter Student über die Universitätsbibliothek, dann in jeder „zünftigen“ Leihbücherei für ein paar Groschen mit nach Haus. Also einigen wir uns lieber gleich darauf, daß es heute keine ernstlichen Hindernisse mehr für wissensbegierige Nichtmediziner gibt.

Besser wäre es allerdings, wenn die für die Erziehung des Jugendakademikers Verantwortlichen sich nicht länger mehr gegen die Erkenntnis sperren würden, daß die Jugend insgesamt ein legitimes Anrecht auf erschöpfende Unterrichtung über die Geschlechtlichkeit des Menschen hat. Das „interessiert“ nicht nur, sondern geht sie existenziell an. Wahrscheinlich lehnt die akademische Jugend genau wie die andere jede Bevormundung durch Tugendwächter, die sie nicht gerufen hat, ab. Und das mit Recht. „Prüderei ist das Mistbeet, auf dem die Unzucht am üppigsten gedeiht.“

Im Grunde stimmen alt und jung darin überein: die Gefahr, die Sünde und Not entstehen nicht allein durch ein Wissen um diese Dinge, sondern meist durch Unwissen und Halbwissen. Der junge Mensch von heute hat ein Anrecht auf umfassende Unterrichtung, was es mit seiner Geschlechtlichkeit auf sich hat. Zumal er allenthalben daraufhin angesprochen wird: Litfaßsäule, Film, ernstlichen Hindernisse mehr für wissensbegierige Nichtmediziner gibt.

Natürlich reicht eine bloß medizinisch-biologische „Aufklärung“ nicht aus, um mit dem klar zu kommen, was man die sexuelle Krise in der Moderne genannt hat. Aber das Medizinisch-Biologische ist nun einmal Voraussetzung und Grundlage für das Verstehen des Sexuellen. Auch hier kann man nicht den zweiten

Schritt vor dem ersten tun. Und hier drücken sich die Erwachsenen nachweislich meist vor den Fragen der heranwachsenden Generation. Warum eigentlich? 82% der Eltern bejahen zwar die Notwendigkeit einer Aufklärung ihrer Kinder, aber nur 18% handeln dieser Erkenntnis entsprechend.

Also bleibt für das Gros auch unserer akademischen Jugend das Buch, sofern sie nicht selbst Medizin studiert oder Gelegenheit hat, an einer öffentlichen Vorlesung über diesen Gegenstand teilzunehmen.

Doch welches Buch soll man darüber lesen? Die Kinsey-Reporte, von denen jetzt auch der Band über den Mann erschienen ist? Es wäre gewiß pädagogisch falsch, diese Lektüre durch Spermaßnahmen inhibieren zu wollen. Vor allem aber wäre es zwecklos.

Viel wichtiger ist, die Ergebnisse kritisch zu beleuchten. Kinseys Daten sind kaum anzuzweifeln. Also hat es keinen Zweck, vor den Tatsachen die Augen zu schließen, weil sie vielen unangenehm sind.

Kinsey ist Zoologe. Und der Mensch ist bei ihm auch nur ein Säugetier. Er benimmt sich ja auch oft genug nicht besser. Nur raffinierter. Das beweist Kinsey. Und das hält er für „normal“. Ob damit unsere jeunesse dorée einverstanden ist? Das ist die Frage der Kinsey-Reporte an uns — und zugleich liegt darin seine Überwindung. Jedenfalls ist das die Aufgabe: daß der Mensch seine Geschlechtlichkeit menschlich (und nicht tierisch) verstehe und gestalte.

Das Geschlechtliche ist also mehr bloße Genitalogie. Wer den ganzen Umkreis dessen, was außer dem (unenutzbaren!) Medizinisch-Biologischen noch anfällt, kennenlernen will, greife zu Giese — Willys Kompendium „Mensch — Geschlecht — Gesellschaft“. Sein großer Vorzug ist Allgemeinverständlichkeit. Fast 70 Fachlehrte des In- und Auslandes haben dazu beigetragen. Natürlich geht so etwas nicht ohne innere Spannungen und Widersprüche ab. Aber das Gebiet ist so umfangreich und verästelt.

Der Mensch ist ja ganz Geschlechtswesen. In keinem Bereich des menschlichen Lebens und Kulturschaffens kann davon abgesehen werden, daß er entweder Mann oder Frau ist. Und damit ist er jeweils dem anderen Geschlecht „zugeordnet“, auf es hingewiesen.

Auch die sexuellen Zwischenstufen, die Zwitter, beweisen nichts Gegenteiliges. Im Gegenteil: sie bestätigen die Aussage, daß es kein sexuell indifferentes Menschsein gibt. Auch darüber kann man sich bei Giese — Willy umfassend informieren, nachdem in der Sensationspresse so viel Unsinn darüber verzapft worden ist.

Ein handliches Buch mit gleichfalls starkem medizinischen Einschlag ist das von Forel<sup>3)</sup>. Bis auf einige Sonderbeiträge, wie der wenig befriedigende über die völkerrundlich-entwicklungsgeschichtliche Seite, ist es von einem einzigen Verfasser. Dadurch wird deutlich, daß eine medizinisch-biologische Betrachtungsweise der Gesamtproblematik öfter nur äußerlich und oberflächlich gerecht wird, keineswegs also ausreicht. Daß Kultur und Menschsein universaler ist, als eine Fakultät von sich aus bearbeiten kann. Durch die Vielzahl der Mitarbeiter wird dieses Manko bei Giese — Willy besser ausgeglichen.

Die Gesamtheit der Beziehungen, die in der Geschlechtlichkeit des Menschen begründet und ihm aufgegeben sind, kommt vielleicht am deutlichsten in dem zwar nicht immer leicht lesbaren, aber sehr preiswerten Bändchen Schelskys zum Tragen, das der „Soziologie der Sexualität“<sup>4)</sup> gewidmet ist, das also, um die an sich schiefe Gegenüberstellung zu verwenden: mehr geisteswissenschaftlich als naturwissenschaftlich orientiert ist.

Tolle — leget!

Bei aller Fragwürdigkeit und angesichts der Erschütterungen, die wir, alt und jung, heute auf diesem Gebiete zu verkraften haben, wird bei Schelsky deutlich, daß es sich bei der Geschlechtlichkeit des Menschen nicht bloß darum handeln kann, „to make the best of it“, d. h. sich nicht erwischen zu lassen oder nicht dabei „hereinzufallen“, sondern um die Erhaltung und Gestaltung des Menschenbildes, zu dem der Mensch — und hier besonders vorbildlich die geistige Führungsschicht! — berufen ist.

Also: Ethos und Verantwortung vom Geschlechtlichen untrennbar sind. Vor sich selbst. Und dem Mitmenschen. Noch genauer: dem anderen Geschlecht. Denn Geschlechtlichkeit meint immer das andere Geschlecht mit.

Im Geschlechtlichen wird darum nicht nur das Miteinander, sondern das Füreinander zur Gabe und Aufgabe. Im Geschlechtlichen geht es also — auch wenn Kinsey & Co. tausendmal das Gegenteil statistisch zu untermauern suchen — nicht nur um das Ich und die Betätigung seiner Triebe (gegen die kein Vernünftiger heute mehr etwas einzuwenden hat), sondern um das Du und das Wir. Das ist keine Metaphysik des Geschlechtstriebes, sondern die mit dem Geschlechtstrieb als solchem unmittelbar gegebene Wirklichkeit. Darin unterscheidet sich das Geschlechtliche von allen anderen Trieben, daß es über sich und das eigene hinausweist auf das andersgeschlechtliche Du.

Damit ist aber zugleich gegeben, daß der Mensch mit seiner Geschlechtlichkeit (im engeren und weiteren Sinne) nicht tun und lassen kann, was er will, wozu sie ihn treibt. Denn eben dieser Trieb sucht den anderen und seine andersartige Geschlechtlichkeit zur Ergänzung. Damit ist aber zugleich in nuce eine soziale Verantwortlichkeit eben diesem Anderen gegenüber begründet. Und weiter noch: was durch ein Begehren des anderen aus ihm wird. Und endlich: was aus uns, also dem Wir, wird, die einander geschlechtlich begegnen und „ergänzen“. Eben ob sie einander zu dem Menschenbild ergänzen, von dem oben die Rede war, oder ob es nur animalische Triebbefriedigung aneinander war; wie es etwa Zarathustra einmal sagte: „Eure Liebe zum Weibe und des Weibes Liebe zum Mann: ach, möchte sie doch Mit-

# Zeitschriftenschau

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Zeitschriftenartikel zur Lektüre:

## Politik

- Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933  
Kunrat Frh. v. Hammerstein in Frankfurter Hefte, 1956, H. 1.  
Marxistisches Sendungsbewußtsein  
Hans-Joachim Lieber in Deutsche Universitätszeitung, 1956, H. 2.  
Die lautlose Waffe  
Hans Thirring in Merkur, 1956, H. 1.

## Wissenschaft

- Was ist Autorität?  
Hannah Arendt in Der Monat, 1956, H. 89.  
Der Systemgedanke in der Rechtswissenschaft. Seine Geschichte und seine Bedeutung  
Helmut Coing in Deutsche Universitätszeitung, 1956, H. 1.  
Grundformen der Askese  
Romano Guardini in Frankfurter Hefte, 1956, H. 1.  
Nicht nur der Nutzen regiert. Wege der Tierpsychologie  
Hans M. Peters in Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung vom 7. Jan. 1956.

## Kultur

- Neue Musik heute? Stand des Komponierens  
Theodor W. Adorno in Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung.  
Im Dschungel der Kulturpolitik  
in Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung vom 1. Febr. 1956.  
Natur und Faktenwelt  
Arnold Gehlen in Merkur, 1956, H. 1.  
Sine tempore. Der Werkstudent und seine Welt. Von den Universitäten legitimiert?  
Adolf Theobald in Rheinischer Merkur vom 13. Jan. 1956.

leiden sein mit leidenden und verhüllten Göttern! Aber zu meist erraten zwei Tiere einander.“

Entscheidend ist also nicht, daß wir Geschlechtswesen sind, sondern was wir damit anfangen, wie wir dazu stehen. Also verantwortliche Gestaltung und nicht ausleben.

Das ist die Aufgabe. Und hierin besteht nun die Bildungslücke, daß darüber im allgemeinen niemand mit der Jugend spricht. Oder nur selten. Und dann oft genug noch nicht einmal offen und klar zu ihr redet, sondern „drumherum“. Und dann noch Anerkennung einer Moral vom jungen Menschen fordert, die dieser nicht einsehen kann oder will.

Nur eine Bildungslücke? Oder nicht mehr: ein Versagen der Erziehung? Vielleicht krankt sogar unsere gesamte abendländisch-christliche Kultur an dieser Frage?  
H. Hunger

1) Alfred C. Kinsey, Wardell B. Pomeroy, Clyde E. Martin: Das sexuelle Verhalten des Mannes; C. B. Fischer, Bln. — Ffm.; 1955; 676 S.; Lw. 38,50 DM.

2) H. Giese, A. Willy: Mensch, Geschlecht, Gesellschaft; Deutsche Lizenzausgabe Dr. Günter Zühlsdorf, Ffm.; 1954; 998 S.; Lw. 36,— DM.

3) Oscar Forel: Einklang der Geschlechter; Rascher Verlag, Zürich; 1955; 395 S.; Lw. 19,— DM.

4) Helmut Schelsky: Soziologie der Sexualität (Rowohlt's deutsche Enzyklopädie Bd. 2); Rowohlt, Hamburg 1955; 148 S.; 1,90 DM.

## Ästhetische Existenz

Die Phrase von der „Erzählergabe“, mit der Kennermiene derjenigen vorgebracht, die sich auch auf „formale Qualitäten“ verstehen, spielt einen uneingestandenen Konformismus gerade gegen die Eigengesetzlichkeit der dichterischen Form aus. Ihre ganze Abwegigkeit verrät sich dem Werke Marcel Prousts gegenüber, aus dessen Romanzyklus „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ jetzt der vierte Band „Sodom und Gomorra“<sup>\*)</sup> als der zentrale Teil zum erstenmal in deutscher Übersetzung vorliegt.

Proust bedient sich keiner neuen Erzählerpraktiken; er vollendet jenen Typ des Erzählers, der in geruhsamer Allwissenheit von Dingen spricht, die er nicht wissen kann. Indem Proust den Anspruch eines solchen Erzählens ernst nimmt, enthüllt er im Medium des Romans selbst die Unsinnigkeit der Erwartung, daß der Roman sich auf die Welt verstehen müsse.

In den Salons sind die Mitglieder der Gesellschaft dem Psychodiagnostiker Proust ausgesetzt. Das „Sowohl-als-auch“, „Einerseits-andererseits“ ihrer innersten Regungen wird rücksichtslos entdeckt. Sie machen keine Bewegung, die sich nicht im Netz einer unerbittlichen Interpretation verfängt. In diesen Teilen des Buches entwickelt die Sprache eine Präzision des Wortes und der Syntax, die ihrer eigenen Intention zuwider ist. Die Genauigkeit verflüchtigt den Inhalt zur Wesenlosigkeit. Das Filigran der Sprache bedeutet seine eigene Zerbrechlichkeit.

Sodom (männlich) und Gomorra (weiblich) im Badeort Balbec, die Welt der gleichgeschlechtlichen Liebe in allen Schattierungen von plumper Lüsterheit bis zum gesellschaftlichen Zeitvertreib, fordert den Darsteller heraus, der die Menschen bis zur Drastik charakterisiert. Doch die Vermittlerrolle des Erzählers wird stets gegenwärtig gehalten. Im Medium des Erzählens zerfallen die Personen in das Bündel einiger bemerkenswerter Eigenarten, oder sie gehen in eine Unzahl registrierter Details auf.

Die so stark subjektiv geprägte Erzählart bezeichnet ihr Als-ob mit und nimmt der Form alles Illusionäre.

Die mémoire involontaire, jene unwillkürliche Erinnerung, die der Zufall einer geringsten Übereinstimmung auslöst und die mit psychologischem Raffinement vervollständigt wird, bis die Wirklichkeit des Vergangenen die Gegenwart nur noch als den „Schmerz des Getrenntseins“ gelten läßt, ist die einzige Möglichkeit des Menschen, seiner selbst habhaft zu werden. Das Gedächtnis ist, wie bei Bergson, das fundamentale Vermögen, sich auf der Suche nach der verlorenen Zeit der „Schätze des Innern“ zu versichern. Doch die „Exerziten“ des Gedächtnisses tragen die „Verpflichtung zur Untätigkeit“ (Lion) in sich. Das Erzähler-Ich des Romans bleibt in die Welt verstrickt, der es entrinnen möchte — eine ästhetische Existenz.

„Sodom und Gomorra“ gibt, deutlicher noch als die vorausgegangenen Bände des Zyklus, Proust als den Romancier zu erkennen, dessen erzählerische Akribie dem Roman gerade dasjenige sichert, was er zu verlieren drohte: die Distanz zur Welt und — zum Publikum.  
H. E.

\*) Marcel Proust, Sodom und Gomorra. Auf der Suche nach der verlorenen Zeit IV. Deutsch von Eva Rechel-Mertens. 805 Seiten. Leinen 24,— DM, Halbpergament 30,— DM.



The British Centre

„Die Brücke“

Frankfurt a. M., Kaiserstraße 48  
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

## Monatsprogramm Februar 1956

### Vorträge:

Freitag, den 17. Februar 1956, 18.30 Uhr, englisch, Sir Charles PETRIE, M. A., F. R., Hist., S., Editor of Household Magazine „English Clubs and Politics“

Dienstag, den 21. Februar 1956, 18.30 Uhr, englisch, Mr. Robert SPEAIGHT, M. A. (Oxon), Actor and Author „T. S. Eliot and the Revival of Poetic Drama“

Mittwoch, den 22. Februar 1956, 19.00 Uhr. Im Rahmen der Vortragsreihe „Ein kleiner Blick auf Großbritannien“, gemeinsam veranstaltet vom Jugendausschuß der Stadt Frankfurt a. M. und der „Brücke“ spricht Ulla ILLING, Leiterin des Seminar für Politik zu Film und Lichtbildern über „Das Parlament — Englands Stütze durch Jahrhunderte“

Dienstag, den 28. Februar 1956, 20.00 Uhr. Oberregierungs- und Baurat E. SCHWARZER, Wiesbaden „London baut“ — Farbige Lichtbilder von der Studienreise eine Architekten im Oktober 1955.

### Filme:

6. 2.—11. 2. 1956: „Eine britische Gewerkschaft“, Gewerkschaftswesen in Großbritannien. „Einer für Alle“, Der Betriebsrat, das Bindeglied zwischen Arbeiter und Unternehmer.

13. 2.—18. 2. 1956: „Bitte notieren Sie“, Ein Farbfilm von englischen Feiern und Volksfesten. „Unvergängliche Landschaft“, Bilder von besonders schönen Landstrichen. „Snowdonia“, Die landschaftlichen Reize von Wales.

20. 2.—25. 2. 1956: „Diener ihres Volkes“, Der Alltag eines Parlamentsmitgliedes. „Local Government“, Über die Kommunalverwaltung in Großbritannien.

27. 2.—3. 3. 1956: „Zwei Räder und ein Motor“, Von Motorrad und Motorradrennen. „The Diesel Story“, Die historische Entwicklung des Dieselmotors. „Neue Hilfsquellen“, Ein kurzer Film über technische Neuerungen.

### Vorführungszeiten:

Montag bis Freitag 14.00, 15.30 und 17.15 Uhr, Samstag nur 14.00 und 15.00 Uhr.

Für Schulen und Vereine Sondervorführungen des jeweiligen Wochenprogramms nach vorheriger fernmündlicher Vereinbarung (Telefon 3 37 94).

### Regelmäßige Veranstaltungen:

Play Reading, Mittwoch, den 8. und Mittwoch den 22. Februar 1956, jeweils 20.00 Uhr: Bernhard Shaw „You never can tell“

## Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 77 55 89

# Parlamentarische Demokratie und autoritärer Staat

von Helmut Ridder

(Fortsetzung)

V.

Demokratische Führung im Staat dürfte mindestens in manchen Grundzügen der demokratischen Führung in elementaren „freien“ Gruppen entsprechen. Das neueste soziologische und gruppenpsychologische Schrifttum vermag daher einige Fingerzeige zu geben<sup>3)</sup>.

Jede der kleineren Gruppen, die sich etwa im uns umgebenden Alltag dauernd formlos und spontan bilden und wieder auflösen — eine Gruppe spielender Kinder, die ein Segelschiffchen bauen wollen; die Angestellten eines Büros, die sich zusammen tun, um einen Pfingstausflug zu organisieren usw. —, setzt sich eine Aufgabe, entsteht wegen der Aufgabe. Ohne Führung ist die Aufgabe nicht zu erfüllen. Führung ist ein konstitutiver Bestandteil jeden elementaren Gruppenhandelns. Ohne Führung käme nur ein blindes Gegen- und Nebeneinanderarbeiten, aber keine „lineare“ Gruppenaktivität zustande. Das heißt: Der Führer ist — oder die Führer sind — die eigentlichen Exponenten von Integrationsvorgängen („focal point“).

Zwei Haupttypen von Führung kehren in der Praxis solcher ephemerer aber auch der festeren und beständigeren Gruppen der „freien“ Gesellschaft immer wieder: eine Art mono- oder autokratischer Führung — e i n e r nimmt die hauptsächlich kollektiven Entscheidungen und deren Ausführung auf sich; er gibt die Direktiven; die anderen akzeptieren ihn; er genießt Autorität; man sagt freiwillig „Ja“ zu seinen Entscheidungen, und mit der „auctoritas“ ist ihm auch die „potestas“ zuge wachsen. Mit Zustimmung und Billigung aller anderen wird er z. B. einen einzelnen Ausbrecher maßregeln oder ausstoßen dürfen. Oder aber — zweiter Typ: eine Art polykratischer Führung — hier fließt die Initiative aus mehreren Quellen; jeder kann sich frei in den Arbeitsprozeß eingliedern; es kommt dadurch zu vernünftigen, sachgerechten Arbeitsteilungen innerhalb der Gruppe. Welcher Typ überwiegt, bestimmt sich meist nicht nach den natürlichen Anlagen der Gruppenangehörigen, sondern nach der Art der Aufgabe und der Situation. Auch Erziehung und andere Milieueinwirkungen wie auch das Lebensalter sind von Bedeutung. Beide Typen sind der demokratischen kollektiven Handlungsweise in formlosen Gruppen eigentümlich. Denn auch der monokratische Führer muß von der Gruppe gewählt oder approbiert sein. B e i d e Typen haben ihre Parekbaseis, in die sie umschlagen können: der monokratische die autoritätslose, nur noch „potestas“ ausübende Macht des Diktators, der sein Verhältnis zu den Geführten durch Willkür bestimmt; der polykratische die Anarchie. Deshalb scheint sich in komplexen Verhältnissen stets die Mischung beider zu empfehlen.

Bei der spontan gebildeten und formlosen Gruppe sind diese Gefahren nun nicht weiter tragisch zu nehmen. Die Gruppe wird im Augenblick des Umschlags zerfallen. Bei fest organisierten Gruppen, in erster Linie beim Staat, sind die Gefahren ernster. Geschichte und Gegenwart bieten Beispiele der Entartung nach beiden Richtungen. Die diktatorische Gefahr ist beim Staat wahrscheinlich größer. Der Staat ist nämlich immer noch politische „communitas principalissima“; seine Jurisdiktion ist grundsätzlich die höchste und letzte im Staatsgebiet und für das Staatsvolk; seine Führung muß notwendig in einem Machtrahmen erfolgen. Also wird der demokratische Politiker eher versuchen müssen, auf eine abschirmende Dosierung der monokratischen Elemente und ihre Mischung mit starken polykratischen Elementen hinzuwirken. —

Nach diesen sehr allgemeinen und in den Schlüssen von der formlosen Gruppe auf die institutionalisierte staatliche Gemeinschaft ohne weitere — hier nicht mögliche — Vertiefung und Differenzierung noch nicht zwingenden Darlegungen dürfte es doch in jedem Falle naheliegen, als Führungsorgan des demokratischen Staates ein Organ in Betracht zu ziehen,

<sup>3)</sup> Folgender Ansatz nach ERNST STAUFFER: Führung und Demokratie in elementaren Gruppen, Ztschr. f. d. ges. Staatsw. 110 (1954) S. 693—708.

VI.

das die Ausübung polykratischer Staatsführung nicht inhibiert und selbst kollektiv organisiert ist. Damit tritt das Parlament auf den Plan.

Das Parlament ist allerdings keine ursprünglich demokratische Einrichtung. Es ist nicht als ein nach demokratischen Postulaten für den Flächenstaat modellierten Ersatz — das demokratische Utopien besitzt ja kein Parlament — der Aktivbürgerschaft geschaffen worden, sondern es wurde von den meisten demokratischen Staaten vorgefunden. In Deutschland war es im 19. Jahrhundert weithin — oder sollte es jedenfalls sein — eine elitäre Formation, die kraft der Bildungs-, Besitz-, Verdienst- u. a. Privilegien ihrer Angehörigen im Verein mit der aus dem absoluten Staat überhängenden Exekutive obrigkeitstaatliche, aber nicht demokratische Führungsaufgaben zu erfüllen, dabei aber den exekutivischen Partner und insgesamt die „staatliche Sphäre“ zu reduzieren, den Staat insgesamt von der bürgerlichen Gesellschaft und den Sphären ihrer einzelnen Mitglieder abzudrängen hatte. Es war die elitäre Repräsentanz der liberalen Honoratiorendemokratie.

Im Laufe der Zeit ist aber aus dem Parlament infolge des Zurücktretens des „government by discussion“ vor den Gesetzgebungsaufgaben, die ihrerseits in Wirklichkeit im heutigen Verwaltungsstaat zum überwiegenden Teil Aufgaben materieller Verwaltung sind, durch die Verlegung vieler Schwerpunkte seiner Tätigkeit in die Ausschüsse, infolge der nachdrücklichen Beschattung seiner Fraktionen, durch die neuartigen politischen Parteien, die in der gleichgerichteten Massengesellschaft nicht mehr stark an natürliche Gruppen- und Klasseninteressensätze anknüpfen können, und durch die egalitäre Umgestaltung des Wahlrechts etwas ganz anderes geworden.

Für diesen Weg schlug bereits das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Reichstag des Bismarckschen Reiches eine Bresche, die dann allerdings wegen des konstitutionellen Regierungssystems, d. h. wegen der Nichtabhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments für ihre Amtsführung, und, was das Wahlrecht angeht, wegen der Nichtanpassung der Wahlkreiseinteilung an die Wanderungsbewegung der Industriebevölkerung während des Bestehens des Bismarckschen Reiches nicht mehr erheblich vergrößert worden ist. Doch war das Gleichgewicht innerhalb des liberalen Gewaltentrennungssystems der „checks and balances“ (BLACKSTONE), das „Parallelogramm der politischen Kräfte“, diese delikate Erfindung aus dem Geiste des liberalen „homo ludens“, bereits empfindlich gestört. Im Reichstag wuchsen Kräfte auf, die das Spiel mit den einer gesellschaftlich homogenen Schicht entnommenen Trägern der Zweiten und der Dritten Gewalt nicht mehr mitzumachen bereit waren. Aber nicht von ungefähr ist es erst in der Zeit der Weimarer Reichsrepublik zu jener berühmten Entscheidung des Reichsgerichts<sup>4)</sup> gekommen, die für alle Gerichte das richterliche Prüfungsrecht in bezug auf die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze in Anspruch nahm. Es war eben die Zeit, in der das Parlament nach Einführung des radikalen Proporz durch die Weimarer Reichsverfassung den Gerichten sozusagen endgültig davongelaufen war. Diese Entscheidung war ein hochpolitischer Vorgang; sie hat vielleicht den letzten maßgeblichen Anstoß gegeben zu einer Umbildung der Verfassungswirklichkeit unter der Weimarer Reichsverfassung, die wohl nicht im Sinne ihrer Schöpfer gelegen hat, nämlich zu der Umbildung zum bürgerlichen Rechtsstaat und zur Zerreibung des sozialstaatlichen Verfassungsprogramms.

Erst die Schaffung parlamentarischer Regierungsweise, im Deutschen Reich de jure durch verfassungsänderndes Gesetz vom 28. Oktober 1918 eingeführt, berechtigt zur Inanspruchnahme der Bezeichnung „parlamentarische Demokratie“. Mit dieser in der deutschen Verfassungsgeschichte grundstürzenden Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, bei der es in der Weimarer Zeit und auch unter dem Bonner

<sup>4)</sup> Entsch. d. RG in Zivilsachen. Bd. 111 S. 320 ff.

hinaus den gesamten öffentlichen politischen Meinungsprozeß und verleiht ihm einen Grundrechtsschutz, der weit hinausgeht über das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, das früher die geistige Kommunikation isoliert gesehener Individuen schützte. Kein Parlament und kein sonstiger Gesetzgeber kommt gegen eine einhellige öffentliche Meinung an — man erinnere sich an das „Speisekammergesetz“, das zwar legal, aber nach der Prüfung durch die öffentliche Meinung sich als endgültig illegitim erwies —, es sei denn, das Parlament verübe einen Staatsstreich; gegen Staatsstreich und Revolution — die aber auch beide legitim sein können — ist kein Kraut für die verfassungsrechtliche Apotheke gewachsen. Wenn die Freiheit der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung total geschützt ist, so bildet sich zwischen dem parlamentarisch-demokratischen Machtblock und der konstitutionalisierten öffentlichen Meinung das Spannungsverhältnis, das notwendig ist, um die politische Entwicklung überhaupt vorwärts zu treiben, und wird ein zeitlos gültiges Element des alten Gewaltentrennungsschemas bewahrt, daß der „fureur de gouverner“ des stärksten Machträgers im Staate eines Gegenpols bedarf.

Die öffentliche Meinung wäre ein sehr wirksamer Gegenpol eines etwa im Machtrausch aus der Identität ausbrechenden Parlaments. Es wird sich auch nachweisen lassen, daß noch keine wirklich frei formierte und lebendige öffentliche politische Meinung ein offen verbrecherisches Staatsregiment getragen hat — trotz allen Kultur- und Werteverfalls des Massenzeitalters, das auch den materiellen Rechtsstaat bedroht. Voraussetzung einer lebendigen öffentlichen Meinung ist allerdings das bewußte „Ja“ des Staatsbürgers zu seiner Verantwortung in der politischen Gemeinschaft. Dies in ihm hervorzurufen sind keine Groschenpresse und ähnliche Zerfallsprodukte der gegenwärtigen „freien“ Gesellschaft in der Lage.

Nur eine klare, offene und parlamentarisch-demokratisch im Zusammenwirken mit den politischen Parteien hergestellte staatliche „public policy“ vermag noch die rettenden „persönlichen Impulse durch Massenkräfte“<sup>9)</sup> sich auswirken zu lassen. Nur eine solche „public policy“, die keinen Zwang zum Mitmachen ausübt, aber durch ihre schöpferische Intervention die Mitarbeit aller ermöglicht, anregt und letztlich erzielt, könnte in einer Demokratie auch die Verweigerung von bürgerlichen und staatsbürgerlichen Freiheiten gegenüber den Feinden der Freiheit rechtfertigen<sup>10)</sup>.

<sup>9)</sup> HENDRIK DE MAN im Vorw. z. 2. Aufl. von „Vermassung und Kulturverfall“ (1952).

<sup>10)</sup> Vgl. DAVID RIESMAN: Civil Liberties in a Period of Transition, Public Policy III (1942) S. 33—96, 92.

geben kann, zuständig ist, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß — übrigens auch im Hinblick auf Art. 45 der Weimarer Reichsverfassung, der die Frage bereits parlamentarisch beantwortete — maßgeblich das Parlament und nicht die Regierung dafür zuständig ist. Das Zusammenwirken von Parlament und Regierung in der auswärtigen und der Finanzgewalt hat sich schon von jeher dem Spielschema der klassischen Gewaltentrennung entzogen und kann als paradigmatisch für eine demokratische Funktionsverteilung angesehen werden. Mit seinen Untersuchungsausschüssen — ein viel zu selten bei uns eingesetztes Mittel — soll und kann das Parlament die Nähe zum gesamten öffentlichen Leben wahren, deren es bedarf, um mindestens in allen elementaren Fragen die grundsätzlich regulierende und unter Umständen initiiierende und erziehende Staatstätigkeit auszuüben.

Sammelt aber, so lautet nun eine bange Frage, dieses Parlament nicht eine „potestas“ bei sich an, die doch weit über seine „auctoritas“ hinausgeht? Wird es nämlich nicht selbst dadurch aus der demokratischen Legitimation hinausgezerrt, daß sich die politischen Parteien (und hinter ihnen andere Gruppen) in den Spalt schieben, der nun einmal in jeder konkret-geschichtlichen Demokratie in der Identität von Volk und „government“ klafft?

Wenn man sagt, daß aus den bisher angestellten Erwägungen das Parlament von allen Staatsorganen an letzter Stelle dieser Gefahr ausgesetzt sei, so ist die Frage noch nicht beantwortet. Immerhin hat diese Überlegung früher schon einmal zu der resigniert sich bescheidenden rhetorischen Frage Anlaß gegeben: „Parlamentarismus? Was denn sonst?“ Und schon das hätte angesichts der Existenzalternative für die europäischen Staaten einen guten Sinn.

Aber man darf die skeptische Frage zuversichtlicher beantworten. Die Parteien haben eine konstitutionelle Aufgabe. Sie schieben sich nicht zwischen Volk und Parlament, über das sich erst der entscheidende Teil der politischen Willensbildung des Volkes vollzieht. Wie anders als über diese Parteien, die sich selbst allerdings am Gemeinwohl und nicht nur an partiellen Zielsetzungen legitimieren, partes pro toto sein und intern selbst demokratisch organisiert sein müssen (Art. 21 GG), sollte im Massenstaat sonst wohl ein leidliches Surrogat der „volonté générale“ entstehen, das sich von der „volonté de tous“ durch seine Öffentlichkeit unterscheidet? Es gäbe nur eine chaotische meinungslose Masse, die geführt zu werden untauglich, aber verführt zu werden ein geeignetes Objekt wäre. Wenn Art. 21 des Grundgesetzes die vom Verfassungsgeber früher totgeschwiegenen politischen Parteien konstitutionalisiert, so konstitutionalisiert er damit darüber

eine derartige gegenseitige Nähe gerückt, daß man — überspitzt, besonders nach dem Vorgang einer älteren wissenschaftlichen Qualifizierung des englischen Kabinettsystems — die Regierung sogar als den „Regierungsausschuß des Parlaments“ bezeichnet hat<sup>5)</sup>. Daran hat auch das konstruktive Mißtrauensvotum und die Heraushebung des Bundeskanzlers aus dem Kreis seiner Ministerkollegen durch das Grundgesetz im Prinzip nichts geändert. Denn keine Regierung kann das Parlament überdauern, und wenn der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik seiner Regierung festlegt, so tut er das als Exponent der Parlamentsmehrheit, der er seine Investitur verdankt. Das Parlament ist damit das nächstliegende demokratische Führungsorgan, nicht die Regierung.

Dem Parlament erwächst als demokratischem Führungsorgan die wichtigste staatspolitische Aufgabe der Gegenwart: die Autorität des Staates wiederherzustellen, kraft seiner unmittelbaren demokratischen Legitimierung „auctoritas“ und „potestas“ des Staates in Einklang zu bringen und dabei das Leitbild idealtypischer Demokratie nicht preiszugeben. Daß die Autorität des Staates wiederhergestellt werden muß, dürfte angesichts der beängstigenden Ausbreitung staatszeretzender Syndikusgesinnung aller Richtungen ernstlich nicht bestritten werden können. Es ist Sache des Parlaments und der politischen Parteien, die sich in seinen Fraktionen spiegeln, die Anonymität der Interessentengruppen zu zerstören und den Ansturm der „Bonner Büros“ dieser Gruppen zu kanalisieren, zu neutralisieren, zu publizieren und gegebenenfalls auch abzuschlagen. Es ist Sache des Parlaments, in helleres Licht zu rücken die Tatsache, daß Staat und Gesellschaft, wenn sie heute überhaupt noch voneinander geschieden werden können, sich mindestens zum größten Teil überdecken, und daß es keine ehrenvolle Sache ist, diesen Staat zu schmähen, der „common agency“ der Gesellschaft ist — etwas ganz anderes als der liberal gesehene Leviathan- oder Popanzstaat —, und daß seine „auctoritas“ die „auctoritas“ der aus Menschen mit Menschenwürde (Art. 1 GG) bestehenden Gesellschaft ist.

## VII.

Zu dieser demokratischen Führungsaufgabe ist das Parlament vor allen anderen Verfassungsorganen berufen.

Dabei kann es freilich gewisser nicht spezifisch demokratischer Einrichtungen, die einstmal Ausfluß liberaler Privatisierungstendenzen waren, ihren überzeitlichen Charakter aber inzwischen enthüllt haben, nicht entraten. So wäre es etwa entsetzlich sich auszudenken, in welchem Maße die staatsbürgerliche Gesinnung zerstört würde, wenn man die Geheimheit der Wahlen aufgäbe, die für strenges demokratisches Denken ein Stück systemwidriger Verhinderung natürlicher Öffentlichkeit ist. Es ist nicht auszudenken, welche Pervertierung der politischen Moral einträte, wenn man dem Abgeordneten seinen nicht-demokratischen Gewissensanker, den Art. 38 des Grundgesetzes, entzöge, der trotz des Fraktionszwanges seine Bedeutung keineswegs verloren hat. Aber diese beispielhaft aufgeführten Einrichtungen sind heute nicht mehr im Lichte ihrer Vergangenheit, sondern im Lichte der Unantastbarkeit der Menschenwürde zu sehen. Menschenwürde ist mehr als negatives Freisein des Individuums vom Staat. Dem Nachwächterstaat ist es gleichgültig, ob das freie Individuum sich entfaltet oder verkümmert. Art. 2 GG gibt dem einzelnen Freiheit z w e c k s Entfaltung und e r w a r t e t von jedem Staatsbürger solche Entfaltung. Die mit der Vorstellung von gewissen, in der Natur des Menschen begründeten Werten und unveräußerlichen Rechten verbundene ethische Komponente der Demokratie hat hier eine zeitgemäße und verheißungsvolle Wiederbelebung erfahren.

Das Parlament ist von allen Verfassungsorganen der deutschen bundesrepublikanischen Gegenwart das am meisten demokratische. Das gilt für sein Zustandekommen und seine eigene Zusammensetzung. Die Wahl nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht; alle Abgeordneten haben gleiche Rechtsstellung. Das gilt für seine Distanz zur idealtypischen Demokratie: es hat sich am wenigsten aus der

wirken auch die oppositionellen politischen Kräfte. Es hat sich alle vier Jahre der Wählerschaft zu stellen und ist dadurch und durch seine zahlenmäßige Stärke der polykratischen Erneuerung geöffnet. Es ist das demokratische Verbindungsorgan zwischen dem Volk auf der einen und allen übrigen, Staatsgewalt ausübenden Organen auf der anderen Seite.

Es scheint mir auf die Dauer untragbar für eine Demokratie, die letzte Direktion und oberste Sammlung im Staatswesen in die Hand der Regierung zu legen, die nur eine partielle Repräsentanz der politischen Kräfte ist, wenn man auch mit Recht warnend auf die historischen Fälle diktatorischer „Konventsherrschaft“ durch Ausschüsse hingewiesen hat<sup>6)</sup>. Freilich ist mit der Berufung des Parlaments zur Staatsführung nicht automatisch seine Eignung gegeben; und je zahlreicher seine Besetzung und je bunter sein internes Kräftefeld, um so schwieriger ist die Entschlußfassung in den höchsten Direktionsfragen. Hinzukommt, daß die bloße Resolution der Volksvertretung für die anderen Staatsorgane juristisch in den meisten Fällen unverbindlich ist. Doch sollte diese juristische Unverbindlichkeit nicht von dem energischen Versuch abhalten, durch Resolutionen effektive politische Wirkungen zu erzielen. Die jüngst vergangenen Auseinandersetzungen und Geschehnisse in der Bundesrepublik um Grundsatzfragen der Außenpolitik und des Wehrbeitrages legen Zeugnis ab für die Unabweislichkeit der letzten Direktion bei Entscheidungen über Existenzfragen der Nation durch das Parlament — und vom Versagen des Parlaments. Auf der anderen Seite bietet der Bundestag mit den — vermutlich nicht allenthalben populären — Debatten über das Wiedergutmachungsrecht ein schönes Beispiel einer erziehenden Direktion, die doch keineswegs in eine „Parlamentsregierung“ ausartet<sup>7)</sup>.

Auch die Rechtsprechung ist eine Emanation der Staatsgewalt des Volkes. Das scheint letzthin in Vergessenheit zu geraten. Wenn in letzter Zeit in einem westeuropäischen Land die dortige Kommunistische Partei sich anschiebt, Gesetzesentwürfe einzubringen, mit denen einige unglückliche Bestimmungen der Verfassung ausgeführt und das gesamte Gerichtswesen plus Staatsanwaltschaft plus Polizei plus gesamtes Vollzugswesen der parlamentarischen Kontrolle entzogen und einem im luftleeren Raum schwebenden „Hohen Gerichtsrat“, von einer Mehrheit kooptierender Richter besetzt, unterstellt werden soll, und diese selbe Partei zuvor unter der höheren Richterschaft eine diskrete, aber intensive Proselytenmacherei in die Wege geleitet hat, sollte man bemerken, daß hier die Axt an die Wurzel der freiheitlichen Demokratie gelegt wird. Bei einer solchen Lage gehört die Naivität, die in der Politik ein schmutziges Geschäft sieht, in Wirklichkeit aber nur nichts von ihr versteht, dazu, sich von ein paar internationalen Drahtziehern vor den Karren der verselbständigten Dritten Gewalt spannen zu lassen und gleichzeitig antikommunistische Fanfaren zu blasen.

Es gibt im Staatsleben der Demokratie keinen Ort, der grundsätzlich der Kontrolle des souveränen Volkes entzogen werden dürfte. Das wird übrigens letztlich auch von den Paten der „verfassungswidrigen Verfassungsnorm“ anerkannt, wenn sie dem Bundesverfassungsgericht, bei dem das Grundgesetz nunmehr nicht ohne Grund das richterliche Prüfungsrecht konzentriert hat, bei der Entscheidung über die „Verfassungswidrigkeit von Verfassungsnormen“ nicht jenen fragwürdigen Griff in die Sterne oder in die richterliche Brust zubilligen wollen, sondern durch die Verweisung der Richter auf die „communis opinio aller billig und gerecht Denkenden“ etwas von dem angerichteten Schaden wieder gutmachen.

Eine ganz andere Frage ist es, wie man die Kontrolle des Volkes auszugestalten habe, damit Gerechtigkeit und Menschenwürde nicht zuschanden werde, wie man die Objektivität der Rechtsprechung erhält und den Richter davor bewahrt, daß er in sklavischer Abhängigkeit von den hektischen Zukunftsgeräten der Tagesmeinungen gerät, die ja auch von den großen vereinfachenden Fragestellungen der öffentlichen Meinung durchaus verschieden sein können. Der Rechtsprechung muß ihr „stracker Lauf“ gelassen sein (so schon die Reichs-

<sup>5)</sup> So etwa ULRICH SCHEUNER: Der Bereich der Regierung, Festg. Smend (1952) S. 253 ff., insbes. S. 283.

<sup>7)</sup> Zur Frage „Parlementaire Regering of Parlementsregering?“ sehr einseitig P. J. OUD in Elseviers Weekblad 11 (1955) Nr. 27 S. 3.

stischen Justiz“ versklavt wird<sup>8)</sup>.

Aber das ist kein Freibrief für die hartnäckige Verkennung demokratisch legitimer „public policy“ durch angeblich unabhängige und unpolitische Richter. Ihr galt MONTESQUIEUS Warnung, als er von der richterlichen „puissance“ sagte, sie sei „si terrible parmi les hommes“, und statt festgefügt ständiger Gerichte ad-hoc-Gerichtsbarkeit durch Volksrichter forderte. Kein Zweifel, daß das keine der Gegenwart adäquate Forderung sein kann. Aber in ihr steckt die richtige Erkenntnis, daß Rechtsprechung zuvörderst nur die gerechtigkeitsbezogene Entscheidung konkreter Rechtsstreitigkeiten ist, d. h. etwas Punktuell, nicht etwas Lineares. Wird sie durch die faktisch präzedenzielle Wirkung höchstrichterlicher Entscheidungen etwas Lineares — was der Rechtssicherheit dienlich sein kann — und kreuzt ihr „stracker Lauf“ die verwaltungs- und gesetzgebungspolitische Linie der jeweiligen Gesetze, so entsteht das, was man als „die Vertrauenskrise der Justiz“ bezeichnet. Sie kann permanent werden. Wenn Gerichte durch das Trommelfeuer unablässig wiederholter Inzidententscheidungen gegen delegierte Rechtsetzung und gegen die Gesetzgebung — als gesetz- bzw. verfassungswidrig — in der Lage und willens sind, an die Stelle der vom Rechtsetzer intendierten Linie von Gesetzen im Sozialbereich des Rechts ihre eigene rechtspolitische Linie zu setzen, kann diese Vertrauenskrise nicht enden. Wenn sie nicht vom Kampf gegen den Gesetzgeber und die Verwaltung in der Weise ablassen, wie es etwa der amerikanische Supreme Court in der Auseinandersetzung um die New Deal-Gesetzgebung schließlich getan hat, indem er durch eine behutsame Anpassung an die „public policy“ dieser Gesetzgebung freiwillig („judicial restraint“) frühere Irrtümer korrigierte, graben sie am Grabe der freiheitlichen Demokratie, jenseits deren als einzige Alternative staatlicher Existenz in der Gegenwart die bolschewistische vorhanden ist.

Ein Höchstgrad von Gefährdung des demokratischen Staatsgefüges kann erreicht werden, wenn in einem justizstaatlichen Klima die Verfassung oder der Gesetzgeber die Urteile bestimmter Gerichte mit Gesetzeskraft ausstattet. Solche „Gesetzeskraft“ ist mehr als Gesetzeskraft schlechthin. Die rechtsdogmatisch offensichtlich nicht schwer zu beantwortende Frage, ob der parlamentarische Gesetzgeber derartige Urteils-gesetze wieder aufheben darf, wird kaum akut werden können. Er wird vielmehr aus psychologischer Gründen in der Regel nicht eingreifen: in Mitteleuropa jedenfalls würde der Chor der vereinigten „Videant Consules“-Rufer seine ohnehin bedenklich bescheidene Volkstümmlichkeit ins Wanken bringen.

Mit dieser Forderung richterlicher Zurückhaltung soll selbstverständlich keine Lanze für Mißstände in der Gesetzgebung und der Verwaltung gebrochen werden. Aber man bedenke doch, was es bedeutet, wenn heute in zunehmendem Maße dem Staatsbürger auf seinen Antrag an die Verwaltungshörde etwa geantwortet wird, von einer Bescheidung müsse zunächst abgesehen werden, da erst das Ergebnis einer — vielleicht nur angedrohten — Anfechtungsklage in einer ähnlichen Sache abzuwarten sei, oder wenn eine Verwaltungsbehörde Einsprüche gar nicht mehr bescheidet, sondern gebündelt ablegt („es wird ja doch geklagt“), oder wie unter dem Druck der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle, die nach der Einführung der verwaltungsgerichtlichen Generalklausel umfassend geworden ist, die verschiedenen Instanzen innerhalb der Verwaltung psychologisch zu einem einheitlichen Block zusammengeschweißt werden, innerhalb dessen man viele Sünden zudeckt, oder wenn nach der Erfindung eines weiteren Bazillus rechtsstaatlicher Besorgtheit, des „unbestimmten Rechts- oder Gesetzesbegriffs“, das Verwaltungs-ermessen aufgeweicht wird und deshalb manchmal gar keine verwaltungspolitische Linie unter dem Gesetz zustande kommt.

Selbstverständlich müssen die Gerichte da eingreifen, wo die Verwaltung vom rechtsstaatlichen Gesetzgeber präzise abgezielte Befugnisse überschreitet. Unternehmen es aber die politisch nicht verantwortlich zu machenden Gerichte, über „unbestimmte Rechtsbegriffe“ im Bereich des notgedrungen elastisch formulierenden Rechts des in verwickelte soziale und technische Gebiete vordringenden modernen Verwaltungs-

<sup>8)</sup> Über „politische Justiz“ OTTO KIRCHHEIMER in den Frankfurter Beiträgen zur Soziologie, Bd. 1 (1955), S. 171—199.

Verwaltung einzudringen, so können sie nur zweierlei tun: so tun, als ob sie mehr Fachkenntnisse besäßen, als der Architekt, Diplom-Ingenieur, Techniker, Wirtschaftler, Sozialwirt usw. — dann werden die Entscheidungen vermutlich schlechter ausfallen als die der Verwaltung —; oder die oft suspekten Eidshelfer in so vielen Prozessen der Gegenwart, die Sachverständigen, heranziehen und sich ihrer Entscheidung mehr oder weniger blind unterwerfen — dann ist die Autoritätsschädigung des demokratischen Staates durch die Entscheidung noch stärker, weil die Interessentengruppen, in die die Gutachter verflochten sein können, durchweg der demokratischen Publizität entzogen bleiben. Mit der einleuchtenden Begründung, es verstünde z. B. ein erfolgreich geprüfter Jurist weniger vom Brotbacken als eine Verwaltungsbehörde, deren tägliches Brot die verwaltungsstaatliche Beschäftigung mit Brotbäckereien ist, haben englische und noch mehr die amerikanischen Gerichte es grundsätzlich abgelehnt, entsprechende Verwaltungsentscheidungen auf ihre sachliche Angemessenheit zu prüfen und sich auf die „ultra vires“-Kontrolle beschränkt. Der materielle Rechtsstaat hat dadurch noch keinen Schaden erlitten.

Wenn wir in der Lage wären, uns von der durch Juristen verschuldeten Zwangsvorstellung freizumachen, daß Rechtsschutz nur der gerichtliche Rechtsschutz ist, und die Rechtsschutzpotenzen wieder aktivieren könnten, die z. B. gerade in der früheren Verbindung von Verwaltung und Verwaltungsgerichtbarkeit gelegen haben — indem der fehlam entscheidende Unterbeamte sehr bald die Zuchtrute der vorgesetzten stärker politisch verantwortlichen Instanzen zu spüren bekam —, wenn wir darüber hinaus lernen würden, wie man den Rechtsschutz bereits in das Stadium der Gesetzgebung hineinverlegen kann, indem man die parlamentarische Ausschubarbeit öffentlicher gestaltet und schon bei der Entstehung des Gesetzentwurfs in einem justizförmigen Verfahren mit Vernehmungen der Interessentenvertreter in aller Öffentlichkeit und mit allem möglichen Aufgebot von Rechtsbeiständen und Experten gleichzeitig die öffentliche Meinung abhört und die Lobbyisten neutralisiert, dann hätten parlamentarische Demokratie und autoritärer Staat vereint eine entscheidende Schlacht gewonnen.

## VIII.

Das Parlament ist der einzige Ort, an dem sich heute beim politischen Handeln des Volkes noch Volk und Regierung (government) im Sinne demokratischer Identifikation begegnen. Nachdem die plebiszitären unmittelbar-demokratischen Bestandteile früherer deutscher Verfassungen entfallen sind, entfaltet sich, wie seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes festzustellen ist, aus der Kraft der unzerstörbaren Identitätsvorstellung, die immer wieder Volk und „government“ in eine Einheit zusammenziehen will, in den Wahlen zum Parlament gleichzeitig eine plebiszitäre Regeneration, und die plebiszitäre Kundmachung in den Wahlen gilt auch unmittelbar dem Verfassungsorgan Regierung. Unzweifelhaft haben z. B. die Wähler, die in ihrer überwältigenden Mehrheit von der Möglichkeit differenzierter Abgabe ihrer beiden Stimmen am 6. September 1953 keinen Gebrauch gemacht haben, soweit sie etwa die Abgeordneten Adenauer und Erhard für weitere vier Jahre auf ihre Bundestagssitze beförderten; vor allem auch eine Akklamation für den Bundeskanzler und Außenminister Adenauer und den Wirtschaftsminister Erhard ausgedrückt. Man darf sogar in dem Umstand, daß die Aktivbürgerschaft sich in außerordentlich hohen Prozentzahlen an den Wahlen beteiligt, eine leidliche Heilung der unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation nicht unerheblichen Makel der Verfassungsschöpfung des Grundgesetzes selbst erblicken.

Das Parlament ist maßgeblicher Faktor der Gesetzgebung; und Gesetzgebung ist heute, wie schon einmal bemerkt, weiterhin materielle Verwaltung. Im Wege der Gesetzesförmigkeit treibt das Parlament in zunehmendem Maße Außenpolitik und übt es — klassisches Schulbeispiel das Haushaltsgesetz als „formelles Gesetz“ — Finanzgewalt aus. Und wenn das Grundgesetz aus naheliegenden Gründen nichts darüber gesagt hat, wer in der Bundesrepublik für Kriegserklärung und Friedensschluß, die beiden wichtigsten staatsleitenden Akte, die es im Leben einer staatlich organisierten Nation überhaupt

# Geschäftsordnung des Allgem. Studenten-Ausschusses

der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

(2. Ausfertigung)

## A Geltungsbereich und Zweck

Die AStA-Geschäftsordnung gilt für sämtliche AStA-Mitglieder einschließlich der Sachbearbeiter sowie für sämtliche in der AStA-Arbeit stehenden Studierenden. Änderungen der Geschäftsordnung beschließt der AStA mit einfacher Mehrheit.

## B Allgemeine Dienstangelegenheiten

### 1. Das Geschäftszimmer und die Geschäftszeit.

Das Geschäftszimmer ist täglich von 9—13 Uhr, mittwochs außerdem von 14—16.30 Uhr geöffnet. Der Geschäftsführer bzw. die Sekretärin hat für einen ordnungsmäßigen Geschäftsgang Sorge zu tragen. Zutritt zum Dienstraum hinter der Theke haben nur AStA-Mitglieder und Sachbearbeiter, außerhalb der Dienstzeit auch Mitglieder des Studentenparlamentes und Redaktion der Studentenzeitung. Alle AStA-Mitglieder sind angehalten, für Ruhe und Ordnung im Geschäftszimmer zu sorgen.

### 2. Eingehende Schriftstücke.

Eingehende Schriftstücke sind mit einem Eingangsvermerk zu versehen und in das Postbuch einzutragen. Sie sind durch die Postmappe den zuständigen Referenten oder Fachschaftsvertretern zuzuleiten. Schreiben allgemeiner Art sind von den Vorsitzenden zu bearbeiten. Der Empfang der eingehenden Schreiben ist von den betreffenden Sachbearbeitern zu quittieren, die damit die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Erledigung übernommen haben.

### 3. Verwaltung der Akten, Handkasse und Buchführung.

Die Verwaltung der Akten, die Verantwortlichkeit für die Handkasse und die Buchführung obliegt dem Geschäftsführer bzw. der Sekretärin. Alle AStA-Mitglieder und die Sprecher des Studentenparlamentes sind berechtigt, Einsicht in alle Akten und sonstigen Schriftstücke zu nehmen.

### 4. Schreibdienst.

Der Schreibdienst des AStA wird von der Sekretärin nach einem von dem Vorsitzenden festgelegten Plan wahrgenommen.

### 5. Anschlagwesen.

Die Verantwortung für alle Aushänge und Bekanntmachungen, soweit sie nicht der Genehmigung einer anderen verantwortlichen Stelle der Universität bedürfen, obliegt dem Informationsreferat. Durchschläge der Aushänge sollen im Geschäftszimmer vorliegen.

## C Geschäftsführung

### 1. Verantwortlichkeit.

Für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung ist der erste Vorsitzende des AStA verantwortlich und kann über die hierzu erforderlichen Maßnahmen entscheiden. Bei seiner Abwesenheit oder Verhinderung hat er die Verantwortlichkeit seinem Vertreter zu übertragen.

### 2. Referenten.

Die Referenten sind für eine ordnungsmäßige Erledigung der in Ressort fallenden Aufgaben verantwortlich. Sie können Sachbearbeiter berufen, die der Bestätigung durch den AStA bedürfen. Anschrift und Telefon-Nummer aller Referenten und Sachbearbeiter müssen im Geschäftszimmer vorliegen. Jeder Vorsitzende und Referent hat mindestens eine Sprechstunde pro Woche abzuhalten. Diese ist auf einer hierfür bestimmten Tafel bekannt zu machen. Die Sprechzeiten können während der Dienstzeit im Geschäftszimmer oder außerhalb dieser in den Büroräumen des AStA abgehalten werden.

## 3. Sitzungen des AStA.

a) Die Sitzungen des AStA finden turnusgemäß wöchentlich einmal, während der Ferien mindestens alle 4 Wochen einmal statt. Auf Antrag von mindestens 2 stimmberechtigten Mitgliedern des AStA kann eine Sondersitzung einberufen werden.

b) Der AStA ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Beschlußfassung erfolgt mit einfacher absoluter Mehrheit.

c) Antrags- und Diskussionsrecht haben alle AStA-Mitglieder, die vom AStA bestätigten Sachbearbeiter und die Sprecher des Studentenparlamentes, Stimmrecht nur die AStA-Mitglieder. Die Referenten können ihr Stimmrecht mit Zustimmung der AStA-Vorsitzenden vorübergehend einem ihrer Sachbearbeiter übertragen.

d) Die Diskussionsleitung obliegt dem jeweils vorher gewählten AStA-Mitglied oder Sachbearbeiter. Dieser hat für die Vorbereitung und Veröffentlichung mindestens 8 Stunden vor der Sitzung Sorge zu tragen. Wichtige Punkte können auf Beschluß des AStA noch während der Sitzung in die Tagesordnung aufgenommen werden.

e) Die Protokollführung hat durch einen Sachbearbeiter des Informations-Referates zu erfolgen. Der Informations-Referent ist dafür verantwortlich, daß das Protokoll spätestens 3 Tage nach der Sitzung am AStA-Brett ausgehängt wird.

Die Unterzeichnung des Protokolls erfolgt durch den Protokollführer und einen der Vorsitzenden.

## 4. Beschlüsse und Entscheidungen.

In dringenden Fällen kann der 1. Vorsitzende selbständig entscheiden, falls eine vorherige Beschlußfassung durch den AStA nicht möglich ist. Diese Entscheidungen bedürfen der nachträglichen Bestätigung durch den AStA.

## D Dienstreisen

1. Die Genehmigung von Dienstreisen obliegt dem AStA in seiner Gesamtheit. Sind Beträge unter 50,— DM zu bewilligen, so kann der 1. Vorsitzende entscheiden.

2. Die Reisekostenvergütung besteht aus Fahrkostenerstattung, Tagegeldern, Unterkunftskosten und evtl. Tagungsgebühren. Alle sonstigen Ausgaben wie Verpflegung und Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln müssen aus dem Tagegeld bestritten werden. Eine Aufstellung und evtl. Tagungsgebühren ist bis spätestens eine Woche nach Beendigung der Reise vorzulegen.

3. Die Höhe des Tagegeldes beträgt für jeden vollen Kalendertag 8,— DM, für angebrochene Tage erfolgt eine stundenweise Staffelung.

4. Eine Auszahlung des Tagegeldes erfolgt nur in beschränktem Umfange, wenn von anderer Seite Zuschüsse geleistet werden.

## E Kassenausgaben

Siehe Kassenordnung.

## F Verstöße gegen die Geschäftsordnung

Bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung erfolgt Belehrung, im Wiederholungsfalle Verwarnung durch einen der drei Vorsitzenden des AStA.

Mehrere böswillige Verstöße können zur Grundlage eines Ausschlußverfahrens aus dem AStA gemacht werden.

Die Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 30. 1. 1952 in Kraft.

Müller-Warmuth  
1. Vorsitzender

# Satzungen der Studentischen Selbstverwaltung

der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt a. M.

## Satzung der Organe der Studentenschaft (Fortsetzung)

### III. Der Allgemeine Studentenausschuß

§ 22

Der AStA besteht aus den drei Vorsitzenden und sechs Referenten.

§ 23

Die drei Vorsitzenden des AStA werden einzeln in geheimer Wahl vom Studentenparlament für ein Semester mit einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  seiner Mitglieder gewählt. Kommt in zwei Wahlgängen die erforderliche  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit nicht zustande, so entscheidet die absolute einfache Mehrheit im dritten Wahlgang.

Die drei Vorsitzenden berufen bis zu 6 Referenten, die einzeln vom Studentenparlament bestätigt werden müssen.

Die drei Vorsitzenden können einzeln durch das Studentenparlament mit einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  seiner Mitglieder abberufen werden.

Die übrigen Mitglieder des AStA können einzeln durch das Studentenparlament mit einfacher Mehrheit abberufen werden.

§ 24

Als Referenten können auch Nichtmitglieder des Studentenparlamentes bestätigt werden. Referenten, die Nichtmitglieder des Studentenparlamentes sind, haben in Parlamentssitzungen Diskussionsrecht.

§ 25

Bei Rücktritt des AStA übernimmt das Präsidium des Studentenparlamentes dessen Geschäfte bis zur Neuwahl.

§ 26

Die Mitglieder des AStA können zu ihrer Unterstützung Sachbearbeiter berufen, die vom AStA zu bestätigen sind.

§ 27

Der AStA gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 28

Der AStA ist verpflichtet, zu Anfang eines jeden Semesters einen Haushaltsplan aufzustellen. Dieser bedarf der Bewilligung durch das Studentenparlament.

## IV. Satzungsänderungen

§ 29

Der Beschluß über eine Änderung dieser Satzung muß vom Studentenparlament mit einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  seiner Mitglieder gefaßt werden.

§ 30

Die Satzungsänderung tritt in Kraft, wenn sie in der Vorlesungszeit zwei Wochen am schwarzen Brett des AStA angeschlagen war und nicht in diesem Zeitraum gemäß § 18 angefochten wurde.

Findet eine Anfechtung statt und ergibt sich bei der Abstimmung in der allgemeinen Studentenversammlung oder bei der geheimen Abstimmung keine Mehrheit für die Aufhebung des Satzungsänderungsbeschlusses, so tritt die Satzungsänderung mit der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in Kraft.

## V. Inkrafttreten

§ 31

Diese Satzung tritt am 14. Juli 1951 in Kraft. Diese Satzung wurde angefertigt zu Frankfurt am Main am 13. März 1953.

gez. Alex. L. Mushake  
(komm. Schriftführer)

gez. Klaus Prassel  
(1. Sprecher)

f. d. R. gez. Rabeneck, 2. Vorsitzender des AStA

\*

## Geschäftsordnung des Studentenparlamentes

Fassung vom 25. Juni 1953

(2. Ausfertigung)

### I. Das Präsidium

§ 1

Die Geschäfte des Studentenparlamentes werden zwischen den Sitzungen durch den Sprecher wahrgenommen. Ist dieser verhindert, so nimmt sein Stellvertreter die Geschäfte wahr.

§ 2

Der Sprecher kann Mitgliedern des Studentenparlamentes, die nicht während der ganzen Sitzung anwesend sind, ihre Abwesenheit entschuldigen. Er hat das Studentenparlament über die erteilten Entschuldigungen zu unterrichten. Das Studentenparlament kann seinen Entscheidungen mit einfacher Mehrheit widersprechen. In diesem Fall ist das Fernbleiben eines Mitgliedes als entschuldigt anzusehen.

§ 3

Die Sitzungen des Studentenparlamentes werden durch ein Mitglied des Präsidiums, den amtierenden Präsidenten, geleitet. Amtierender Präsident ist grundsätzlich der Sprecher des Studentenparlamentes. Er kann die Aufgabe für ganze Sitzungen oder einzelne Tagungsordnungspunkte an seinen Stellvertreter übertragen. Ein Wechsel im Amt des amtierenden Präsidenten ist ohne besondere Zustimmung des Studentenparlamentes nur bei Übergang zu einem neuen Tagungsordnungspunkt zulässig. Das Parlament kann dies mit Mehrheitsbeschluß für einen Tagungsordnungspunkt verlangen. Bei Mißtrauensanträgen gegen den amtierenden Präsidenten hat dessen Stellvertreter die Diskussion zu leiten.

§ 4

Der amtierende Präsident kann zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Sitzungsraum jedermann wegen ungebührlichen Verhaltens aus dem Raum verweisen.

Der Entfernung eines Mitgliedes kann das Studentenparlament mit einfacher Mehrheit widersprechen.

§ 5

Der amtierende Präsident kann sich nur an Debatten zur Geschäftsordnung beteiligen.

§ 6

Das Präsidium ist jederzeit berechtigt, alle Akten des AStA einzusehen. Es hat den Parlamentsmitgliedern auf deren Verlangen darüber Auskunft zu geben.

### II. Die Mitglieder des Studentenparlamentes

§ 7

Die Mitglieder des Studentenparlamentes sind zur Mitarbeit an den Aufgaben desselben, insbesondere zur Mitarbeit in Ausschüssen, verpflichtet. Sie haben bei allen Sitzungen anwesend zu sein.

Ist ein Mitglied des Studentenparlaments verhindert, ganz oder teilweise an einer Sitzung teilzunehmen, so hat es sich rechtzeitig unter Angabe des Grundes beim Präsidium zu entschuldigen. Entschuldigungen für eine ganze Sitzung müssen vor Beginn der Sitzung unter Angabe des Grundes schriftlich beim Präsidium eingereicht sein.

Nachträgliche Entschuldigungen kann nur das Studentenparlament mit einfacher Mehrheit gewähren. Der Entschuldigungsgrund muß in diesem Falle auch die nicht rechtzeitige Entschuldigung umfassen.

### III. Die Sitzungen des Studentenparlaments

#### § 9

Die erste Sitzung des neugewählten Studentenparlaments wird durch den Sprecher oder, sofern dieser ausgeschieden ist, durch seinen Stellvertreter der vorhergehenden Wahlperiode einberufen.

Ist auch der Stellvertreter ausgeschieden, oder war das Parlament aufgelöst worden, so beruft der Vorstand des die Geschäfte fortführenden AstA zur ersten Sitzung ein.

#### § 10

Für die Dauer der Semesterferien kann das Studentenparlament mit einfacher absoluter Mehrheit einen Ferienausschuß mit der Führung der Geschäfte beauftragen.

Die von diesem Ausschuß gefaßten Beschlüsse bedürfen der nachträglichen Zustimmung des Studentenparlaments. Wird diese Zustimmung nicht erteilt, so ist dies eine Aufhebung des Beschlusses gleichzuachten.

#### § 11

Der amtierende Präsident eröffnet und schließt die Sitzungen und läßt zu Beginn der Sitzung die Anwesenheit durch die Schriftführer feststellen.

### IV. Die Tagesordnung

#### § 12

Die Tagesordnung wird vom Sprecher oder dessen Stellvertreter aufgestellt und bis spätestens 9.00 Uhr des der Sitzung vorangehenden Tages in den Geschäftsräumen des Studentenparlament öffentlich ausgelegt und an den Schwarzen Brettern der studentischen Selbstverwaltung angeschlagen.

Bei außerordentlichen Sitzungen brauchen diese Fristen nicht eingehalten werden. Die Einberufung einer solchen kann mündlich, fernmündlich oder schriftlich erfolgen. Der nicht rechtzeitige Zugang der Einladung einzelner Mitglieder ist ohne Einfluß auf die Beschlußfähigkeit des Studentenparlaments, sofern diese nach § 16 der Satzung gegeben ist.

#### § 13

Reihenfolge der Tagesordnung:

- a) Beschlußfassung über etwaige Anträge zu vom amtierenden Präsidenten vorgetragene Entschuldigungsgesuche von Mitgliedern des Studentenparlaments.
- b) Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung.
- c) Beschlußfassung über etwaige mündliche Anträge zur Abänderung der Tagesordnung sowie über die Annahme von Anträgen, die ihrem Wesen nach nicht vor Abschluß der Tagesordnung eingereicht werden konnten (Dringlichkeitsanträge).
- d) Berichte und Anträge des AstA, sowie Gelegenheit zu Anfragen an diesen.
- e) Ausschlußberichte und Anträge.

Die Reihenfolge der Tagesordnung kann das Parlament mit einfacher Mehrheit abändern.

#### § 14

Nach Ermessen des Präsidiums oder auf Beschluß des Studentenparlaments ist die Sitzung um höchstens 10 Minuten zu vertagen.

Am Schluß jeder Sitzung können von Mitgliedern der Studentenschaft kurze Anfragen gestellt werden, die vor Schluß der Sitzung dem Präsidium schriftlich vorliegen müssen. Der amtierende Präsident hat sämtliche Anfragen zu verlesen und entscheidet über die Zulassung.

#### § 16

Anträge, die in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen, sind bis spätestens zum Geschäftsschluß des zweiten Tages vor der Sitzung schriftlich mit Angabe des Namens und der Fakultätszugehörigkeit des Antragstellers bei der Geschäftsstelle einzureichen.

Es sind alle Anträge in die Tagesordnung aufzunehmen, jedoch hat auch der amtierende Präsident im Rahmen des § 13 c das Recht, die Absetzung einzelner Punkte von der Tagesordnung zu beantragen.

#### § 17

Jeder erst während der Sitzung zugelassene Antrag ist unverzüglich schriftlich zu formulieren und dem Schriftführer zu den Akten zu geben; vorher darf über den Antrag nicht abgestimmt werden. Das gleiche gilt für Zusatz- und Abänderungsanträge.

### V. Die Beratung

#### § 18

Der amtierende Präsident stellt die Anträge nach der Tagesordnung zur Beratung. Er hat zunächst dem Antragsteller das Wort zu erteilen.

Werden zu demselben Verhandlungsgegenstand mehrere Anträge gleichzeitig gestellt, so wird der weitergehende Antrag zuerst behandelt.

Zusatz- oder Abänderungsanträge können vom ursprünglichen Antragsteller in den eigenen Antrag aufgenommen werden. Ist dies nicht der Fall, so muß derjenige, der den Zusatz — oder Abänderungsantrag gestellt hat, diesen während der Beratung vertreten.

#### § 19

In der darauf beginnenden ersten Lesung kann das Studentenparlament über Anträge auf Nichtbefassung, Vertagung mit Fristsetzung oder Überweisung an einen Ausschuß beraten und beschließen. Der Antragsteller kann seinen Antrag nur in dieser Lesung zurückziehen.

#### § 20

Wird Vertagung oder Überweisung an einen Ausschuß beschlossen, so setzt der Präsident nach Ablauf der Frist oder auf Verlangen des Ausschusses den Antrag erneut auf die Tagesordnung. Ist ein Ausschuß eingesetzt worden und sind seit der letzten Beratung vier Wochen verstrichen, so ist der Antrag auf Verlangen jedes Mitgliedes des Studentenparlaments erneut auf die Tagesordnung zu setzen; die Vorschrift des § 16 ist zu beachten.

#### § 21

In der 2. Lesung kann das Studentenparlament den Antrag abschnittsweise beraten; es können Zusatz- und Abänderungsanträge gestellt werden.

Erneute Beschlußfassung über Vertagung oder, wenn ein Zusatz- oder Abänderungsantrag angenommen ist, über Zurückweisung an den Ausschuß, ist zulässig.

#### § 22

In der 3. Lesung beschließt das Studentenparlament über den Antrag als ganzen.

In der Schlußberatung wird der abstimmungsreife Antrag vom amtierenden Präsidenten verlesen. Wenn zu dem Antrag als ganzem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, erhält der Antragsteller auf Wunsch das Schlußwort. Danach ist über den Antrag zu beschließen.

Das Fehlen der Beschlußfähigkeit beeinträchtigt nicht den Fortgang einer Lesung.

### VI. Die Redeordnung

#### § 24

Der amtierende Präsident erteilt während der Beratung das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen.

Die Rednerliste kann nur zur sofortigen Berichtigung durch einen Ruf oder Antrag zur Geschäftsordnung unterbrochen werden.

Wird ein Mitglied des Studentenparlaments persönlich angegriffen, so hat es das Recht zu sofortiger Erwiderung.

Von einem Mitglied des Studentenparlaments, das noch nicht zu dem betreffenden Punkt gesprochen hat, kann Antrag auf Schluß der Rednerliste gestellt werden. Über diesen Antrag ist sofort abzustimmen.

#### § 25

Die Rede ist frei zu halten.

Die Redezeit beträgt grundsätzlich für den Antragsteller bis zu 10 Minuten, für alle übrigen Parlamentsmitglieder bis zu 5 Minuten. Das Parlament kann ohne Beratung die Redezeit auf Antrag des amtierenden Präsidenten kürzen und auf Antrag eines Redners verlängern. Erhebt sich gegen einen solchen Antrag kein Widerspruch, so gilt er auch ohne Beschlußfassung als angenommen.

#### § 26

Die Redezeit zu Anträgen zur Geschäftsordnung beträgt grundsätzlich nur bis zu 2 Minuten.

#### § 27

Der amtierende Präsident kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen oder die Ordnung verletzen, zur Sache oder zur Ordnung rufen.

Ist ein Redner zweimal während der Behandlung desselben Gegenstandes zur Ordnung oder zur Sache gerufen worden, so kann ihm der amtierende Präsident für die Dauer der Behandlung dieses Gegenstandes das Wort entziehen. Dieser Maßnahme kann das Studentenparlament mit einfacher Mehrheit widersprechen.

#### § 28

Der erste Vorsitzende des AstA und der Präsident des Studentenparlaments des vergangenen Semesters können sich jederzeit an der Diskussion beteiligen.

#### § 29

Das Studentenparlament kann auf Beschluß ein Nichtmitglied zu einem Tagesordnungspunkt hören; es kann auch Diskussionsrecht für diesen gewähren.

#### § 30

Wird Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, so ist nach Anhören eines Gegenredners sofort darüber abzustimmen. Der Antrag bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der absoluten Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Studentenparlaments. Ist die Beendigung der Debatte beschlossen, so steht dem Antragsteller des zur Debatte stehenden Antrags das Schlußwort zu.

### VII. Beschlußfassung

#### § 31

Ist die Beratung über einen Gegenstand beendet, so ruft der amtierende Präsident zur Abstimmung.

#### § 32

Wird die Beschlußfähigkeit bezweifelt, so hat der Präsident sie zu prüfen.

#### § 33

Der amtierende Präsident stellt bei der Abstimmung die Fragen so, daß sie sich mit ja oder nein beantworten lassen.

#### § 34

Abgestimmt wird durch Handaufheben. Die Gegenprobe ist stets zu machen. Ergeben sich Zweifel an der Mehrheit, so sind die Ja- und Nein-Stimmen auszuzählen.

Namentliche Abstimmungen müssen durchgeführt werden, wenn mindestens ein Fünftel der Anwesenden es beantragen; hierbei sind die Namen der mit ja oder nein stimmenden, sowie der sich der Stimme enthaltenden Mitglieder des Studentenparlaments im Protokoll aufzunehmen.

Geheime Abstimmungen oder Wahlen müssen durchgeführt werden, wenn ein Mitglied es beantragt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Stimmzettelausgabe, die von den anwesenden Mitgliedern des Präsidiums auszuzählen sind. Der amtierende Präsident verkündet das Ergebnis.

#### § 36

Sofern die Satzung oder diese Geschäftsordnung nicht ein anderes bestimmt, entscheidet bei der Beschlußfassung die einfache Mehrheit der mit Ja oder Nein abgegebenen Stimmen.

#### § 37

Erheben sich Zweifel an der Gültigkeit einer Abstimmung, so ist diese zu wiederholen. Über die Wiederholung einer Abstimmung entscheidet das Parlament mit einfacher Mehrheit.

### VIII. Beurkundung der Beschlüsse

#### § 38

Hat das Parlament einen Antrag angenommen, so ist der Beschluß von den Schriftführern auszufertigen.

Der Sprecher oder sein Stellvertreter hat zu bescheinigen, daß der Beschluß satzungsgemäß ergangen ist, und ihm dem AstA oder den sonst in Frage kommenden zur Ausführung zuzustellen.

### IX. Das Protokoll

#### § 39

Über den Verlauf der Sitzung ist von den Schriftführern ein Protokoll zu führen, das alle Anträge in ihrem Wortlaut mit Namen des Antragstellers und die Beschlüsse mit dem Abstimmungsergebnis wiedergibt.

Ebenfalls sind die anwesenden, die entschuldigt fehlenden und die nicht entschuldigt fehlenden Mitglieder des Studentenparlaments als solche jeweils getrennt am Kopfe des Protokolls zu vermerken.

#### § 40

Das Protokoll ist von einem Schriftführer und dem Sprecher oder dessen Stellvertreter zu unterschreiben und spätestens am dritten Tage nach der Sitzung an den schwarzen Brettern der studentischen Selbstverwaltung anzuschlagen.

Von den Schriftführern ist eine Sammlung der Protokolle anzulegen.

### X. Die Ausschüsse

#### § 41

Beschließt das Studentenparlament die Überweisung eines Antrages an einen Ausschuß, so hat es gleichzeitig die Zusammensetzung des Ausschusses zu bestimmen.

Ausschüsse des Studentenparlaments sollen aus drei oder aus fünf Mitgliedern bestehen.

Der Ausschuß bestimmt noch während der Sitzung ein federführendes Mitglied, das für Arbeit und Berichterstattung des Ausschusses verantwortlich ist.

#### § 42

Bei dem Beratungsverfahren in den Ausschüssen ist diese Geschäftsordnung sinngemäß anzuwenden.

Bei Ausschußberatung genügt für die Beschlußfassung die einfache Mehrheit.

#### § 43

Das Studentenparlament bestellt einen ständigen Satzungs- und Geschäftsausschuß, der in Satzungs- und Geschäftsordnungsdingen zu hören ist.

### XI. Änderungen der Geschäftsordnung

#### § 44

Zur Änderung der Geschäftsordnung bedarf es der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Studentenparlaments.

Diese Geschäftsordnung wurde ausgefertigt zu Frankfurt am Main am 27. Juni 1953.

(Fortsetzung)

Wenn Sie eine Stelle wörtlich zitieren, so setzen Sie den Text in Anführungsstriche; lassen Sie innerhalb eines Zitats Text aus, so markieren Sie diese Lücke durch Punkte, fügen Sie ein Wort ein, so setzen Sie es in eckige Klammern. Gesperrte Stellen müssen ebenfalls gesperrt gebracht werden, wollen Sie jedoch bestimmte Stellen besonders hervorheben, so kennzeichnen Sie die Sperrung oder Unterstreichung als Ihre eigene Zutat. Diese scheinbare Pedanterie hat ihren guten Grund: sie soll ein korrektes Zitieren verbürgen, d. h. vermeiden, daß der aus dem Zusammenhang gerissene Text eine mögliche (oder gar beabsichtigte) Sinnentstellung erfährt. Jedem Zitat ist die Seitenzahl hinzuzufügen. Geht ein Zitat über zwei oder mehrere Seiten hinweg, so fügt man der Seitenzahl ein f. oder ff. (= folgende) hinzu.

**Beispiel:** Das Exzerpt lautet wie folgt:

517 „An Gebräuchen, die dieser Vorstellungswelt entspringen, sind besonders Tierpantomimen . . . zu nennen . . . So ist z. B. der Büffeltanz einiger Indianerstämme — um ein allgemeiner bekanntes Beispiel zu nennen — notwendig, um die Vermehrung und das Gedeihen der Bisonherden, der Lebensgrundlage dieser Völker, sicherzustellen. Die Versöhnung des Tiers bzw. eines entsprechenden tiergestaltigen höheren Wesens nach seiner Tötung und die

518 Bestattung von Tieren sind weitere charakteristische Handlungen dieser Art.

Das Zitat in Ihrem Referat oder Manuskript lautet:

„ . . . der Büffeltanz einiger Indianerstämme [ist z. B.] . . . notwendig, um die Vermehrung und das Gedeihen der Bisonherden . . . sicherzustellen. Die Versöhnung des Tiers . . . nach seiner Tötung und die Bestattung . . . sind weitere charakteristische Handlungen dieser Art.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Karl J. NARR, Das höhere Jägertum, in: Historia mundi Bd. 1, München 1952, S. 517 f.

Die Akribie schon beim Notieren von Zitaten im Exzerpt lohnt sich, denn angenommen, Sie verwenden solche Zitate in Ihrem Manuskript, so ersparen Sie sich ein nochmaliges Nachprüfen des Originaltextes, das u. U. sogar einen Gang zu einer Bibliothek erforderlich macht.

Es ist nicht nötig, daß Sie das ganze Werk wörtlich exzerpieren. Vieles läßt sich stichwortartig — und natürlich ohne Anführungszeichen — notieren, so Ihnen unbekannte Tatsachen oder Hinweise auf die Meinungen anderer Autoren. Auch Gedanken und Einfälle, die Ihnen anlässlich der Lektüre kommen, können Sie einfügen. Gut und der Übersicht dienlich ist es, wenn Sie diese Notizen von den wörtlichen Zitaten und unter sich durch farbliche Kennzeichen absetzen. Sie müssen die Anwendung von Farben nur ein für allemal einheitlich durchführen; etwa Tatsachen blau, Problemsicht anderer Autoren grün, eigene Meinung rot kennzeichnen.

Am Ende eines Exzerpts lassen Sie zweckmäßig noch Raum übrig, um Auszüge aus Rezensionen, Nachträgen etc. unterzubringen. Ehe Sie das exzerpierte Buch der Bibliothek zurückgeben, sollten Sie Ihr Exzerpt nochmals durchlesen, um fehlende Seitenzahlen nachzutragen oder fragwürdige Stellen zu klären. Eigene Gedanken, die Sie bei dieser Schlußlektüre bilden, sind sogleich zu notieren, denn später sind sie vergessen und schwer neu zu fassen.

Für ein Exzerpt ist zweckmäßig ebenfalls das Loseblattprinzip, und zwar im Hefformat DIN A 5 zu verwenden. So lassen sich jederzeit Nachträge einschieben. Da die Blätter lose sind, müssen sie einzeln mit dem Titel oder der Titelmarge des exzerpierten Buches versehen werden. Sie können mehrere Exzerpte alphabetisch oder sachlich geordnet in einer Klemmrückenmappe zusammenfassen und in Ihre Bücherei einstellen.

Während Sie ein Buch durcharbeiten, werden Sie immer wieder feststellen, daß Sie Wissenslücken haben. Ziehen Sie

deshalb sogleich ein Fach-Lexikon zu Rate, das übrigens selbst zu besitzen Sie bald anstreben sollten. Wichtig ist außerdem der Besitz eines Fremdwörterbuches und eines Philosophischen Handlexikons, die preiswert auf dem Büchermarkt erhältlich sind. Der Besitz eines Grundstocks von Wörterbüchern (deutsch, englisch, französisch, lateinisch, altgriechisch) ist selbstverständlich.

Über die Anlage und Ausarbeitung des Manuskripts sprechen wir im III. Teil. Hier sei nur auf folgendes hingewiesen:

Der Anfänger macht in der Regel den Fehler, daß er dem einführenden Teil seines Referats mehr Raum widmet als dem eigentlichen Thema. Dies ist verständlich, da er verhältnismäßig viel Zeit braucht, um sich in ein neues Gebiet einzuarbeiten. Diese V o r arbeiten dürfen sich aber nicht im Manuskript niederschlagen. In jedem Falle ist der einleitende Abschnitt zum Schluß nochmals auf seine Länge hin zu überprüfen und gegebenenfalls radikal zu kürzen.

Jede Stelle, die Sie zitieren, müssen Sie genau belegen (s. das oben genannte Beispiel). Zitieren Sie öfter aus dem gleichen Werk, so erübrigt sich eine Wiederholung des Titels. Es genügt der Vermerk SCHMIDT a. a. O. S. 83 = am angegebenen Orte Seite 83, oder MÜLLER l. c. 2, 7 = loco citato Bd. 2, Seite 7. Für wissenschaftliche Standardwerke eines Faches, Zeitschriften, Jahrbücher und Ähnliches haben sich Abkürzungen eingebürgert. So ist z. B. PMLA = Publications of the Modern Language Association, oder ZfE = Zeitschrift für Ethnologie, oder AfMw = Archiv für Musikwissenschaft. In einer dem Manuskript beigegebenen Liste können diese Abkürzungen erklärt werden, wenn sie nicht so bekannt sind, daß eine Erklärung sich erübrigt.

Jeder wissenschaftlichen Arbeit, auch dem Seminarreferat ist ein Verzeichnis der benutzten Literatur anzufügen. Es ist jedoch nicht üblich, Lexika allgemeinen Inhalts zu nennen. Auch aus einem Lexikon zitiert man nicht, es sei denn, es bringt Tatsachen oder Behauptungen, die sonst nicht bekannt sind.

Die Gepflogenheiten hinsichtlich des Vortrags sind in den einzelnen Seminaren unterschiedlich. Der freie Vortrag ist freilich der lebendigste und möglichst vorzuziehen. Viele Universitätslehrer fordern das Manuskript vor dem Vortrag an und sprechen es mit dem Referenten durch, ein Brauch, der dem Studenten nur von Nutzen ist.

## III. Teil:

### Die selbständige wissenschaftliche Arbeit

Mit welchem Objekt der Geisteswissenschaft Sie sich auch befassen mögen, immer sind zu seiner Erschließung drei grundsätzliche Fragen zu stellen:

1. Welches äußere Bild bietet es der ersten anschauenden Betrachtung? Wie ist seine von außen wahrnehmbare Erscheinung und Beschaffenheit?

2. Wie ist seine innere Struktur, die sich der bloß anschauenden Betrachtung verschließt, beschaffen?

3. Wie ist sein Verhältnis zur Umwelt? Welche geistigen Kräfte wirkten auf seine Gestalt, in welchen substanziellen Kräften wurzelt es? Wie wirkte die Vergangenheit auf es, wie wirkte es selbst auf die Folgezeit?

Diese drei Fragen, die nur n a c h einander lösbar sind, zeichnen die grundsätzliche methodische Richtung vor, die zur allseitigen Erschließung eines geistig-wissenschaftlichen Objekts einzuschlagen ist.

Die erste Frage ist nur scheinbar leicht zu lösen. Ihre Beantwortung hängt stets von bestimmten fachlichen Vorkenntnissen ab, oft auch von ausgedehnten Spezialkenntnissen. (So bedarf z. B. die Lesung kyrillischer Texte, mittellateinischer Chroniken, arabischer Literaturdenkmäler usw. gründlicher Fachkenntnisse.)

Deutsche Bücherverzeichnis. Eine Zusammenstellung der im deutschen Buchhandel erschienenen Bücher, Zeitschriften und Landkarten. Bd. 1—22. Leipzig 1916—43.

Es berichtet über das genannte Schrifttum aus der Zeitspanne von 1911 bis 1940 und wird heute weitergeführt vom

Deutschen Bücherverzeichnis. Verzeichnis der in Deutschland, Österreich, der Schweiz und im übrigen Ausland herausgegebenen deutschsprachigen Verlagsschriften sowie der wichtigsten Veröffentlichungen außerhalb des Buchhandels. Leipzig 1952 ff.

Berichtszeit 1941 ff. Die einstige Vollständigkeit des Deutschen Bücherverzeichnisses kann heute durch die Teilung Deutschlands nicht mehr erreicht werden. In Westdeutschland läuft seit 1945 daneben die Deutsche Bibliographie, bearbeitet von der Deutschen Bibliothek in Frankfurt a. M. Sie erscheint als wöchentliches, als Halbjahres- und als Mehrjahres-Verzeichnis. Die Bestände der Deutschen Bibliothek zu Frankfurt a. M. sind nicht verleihbar, können aber im Lesesaal eingesehen werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang weiterhin die

Deutsche Nationalbibliographie, bearb. von der Deutschen Bücherei. Leipzig 1931—45.

Sie wird unter dem gleichen Titel in Mitteldeutschland seit 1946 fortgeführt, doch ist ihre einstige Vollständigkeit beeinträchtigt. Die Deutsche Nationalbibliographie ist in Reihe A und B geteilt: A = Veröffentlichungen des Buchhandels, B = Veröffentlichungen außerhalb des Buchhandels, auch Universitätschriften, wie Dissertationen usw.

Ein Hilfsmittel besonderer Art stellt das

Jahresverzeichnis der deutschen Hochschulschriften, Berlin 1887 ff.

dar, in dem vor allem Dissertationen und Habilitationsvorschriften jährlich zusammengestellt werden. Das Verzeichnis ist vollständig bis auf die Lücke von 1943 bis Mai 1945. Die in dieser Zeit abgeschlossenen Hochschulschriften werden von der oben genannten Deutschen Nationalbibliographie, Reihe B genannt.

Ein weiteres, außerordentlich wichtiges Hilfsmittel ist die kurz als „Dietrich benannte

Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur. Begr. von F. Dietrich, Osnabrück 1897 ff.

Abt. A: Bibl. der deutschen Zeitschriftenliteratur.

Abt. B: Bibl. der fremdsprachigen Zeitschriftenliteratur.

Abt. C: Bibliographie der Rezensionen.

Abt. A und B dieser Bibliographie erfaßt die Titel aller Zeitschriftenaufsätze, nicht dagegen ihren sachlichen Inhalt. (Dies ist eine Aufgabe, die die sogenannte Dokumentation sich stellte. Sie erweitert also den Aufgabenkreis der Bibliotheken und bedient sich zu diesem Zwecke technischer Hilfsmittel, wie Mikrofilme, Mikrokopien, Schallarchive, Hollerithkartensystem usw. Es gibt eine „Gesellschaft für Dokumentation“ mit eigenem Nachrichtenblatt.)

Zum Zwecke der Literaturzusammenstellung können Sie auch den biobibliographischen Weg einschlagen, indem Sie biographische Lexika heranziehen. Brauchbar, obwohl nur bis 1899 berichtend, ist immer noch die

Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 1—56, Leipzig. 1875—1912.

Wichtig und unentbehrlich sind weiterhin für deutsche Belange:

KÜRSCHNERS Deutscher Literatur-Kalender, Berlin 1879 ff. und

KÜRSCHNERS Deutscher Gelehrten-Kalender, Berlin 1925 ff., ferner

DEGENERs Wer ist's? Berlin 1905 ff. bzw. Wer ist wer? 2. Aufl. Berlin 1951,

für internationale Belange:

MINERVA. Jahrbuch der gelehrten Welt, Straßburg u. a. 1891 ff., deren Neuerscheinungen gerade angekündigt wurde.

Für alle weiteren Fragen allgemein-bibliographischer Art sei auf das oben genannte Handbuch von TOTOK-WEITZEL verwiesen, das überdies eine ausgezeichnete Zusammenstellung der F a c h bibliographien sämtlicher Wissenschaftszweige enthält.

sein; Sie können sich dann vormerken lassen und erhalten eine Benachrichtigungskarte, wenn es wieder verleihbar ist. Möglicherweise ist auch das gewählte Buch besonderen Beschränkungen unterworfen, so daß Sie es nur im Lesesaal benutzen können — dies ist bei alten und wertvollen Werken oder bei ungebundenen Teilstücken in der Regel der Fall.

Sollte nun Ihre örtliche Katalogbefragung negativ ausgefallen, das gewünschte Buch also in der Bibliothek nicht vorhanden sein, so können Sie auf dem Wege über den auswärtigen Leihverkehr es dennoch erhalten, wenn es auf einer anderen Bibliothek vorhanden ist. Die größeren wissenschaftlichen Bibliotheken sind dem sogenannten Deutschen Leihverkehr angeschlossen, d. h. ihre Bestände werden auch nach auswärts verliehen. Wenn Sie das Buch also zu wissenschaftlichen Zwecken benötigen, wird es die Fernleihe Ihrer Bibliothek gegen eine festgesetzte geringe Bandgebühr von auswärts kommen lassen. Sie müssen zu diesem Zweck noch einen zweiten (roten) Leihschein ausfüllen. Sollte das Buch von der auswärtigen Bibliothek als nicht verleihbar bezeichnet werden, so bietet neuerdings die Photokopie oder Mikroverfilmung hier eine Möglichkeit der Einsichtnahme. Die für das Lesen von Mikrofilmen benötigten Lesegeräte sind heute wohl schon in allen Bibliotheken zu benutzen.

Die Ermittlung der auswärtigen Bibliothek, die das gewünschte Buch besitzt, übernimmt die Fernleihe Ihrer örtlichen Bibliothek. Unterstützt wird sie dabei durch Einrichtungen wie: „Auskunftsabteilung der Deutschen Staatsbibliothek“ in Berlin (früher: Preussische Staatsbibliothek), dem „Frankfurter Sammelkatalog“ der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M. und der „Bibliographischen Auskunftsstelle beim Zentralkatalog des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Köln.

Neben dem nationalen Leihverkehr ist man bemüht, auch den internationalen wieder aufzunehmen. In Ausnahmefällen können Sie z. B. ein Buch aus der Pariser Nationalbibliothek in dem Lesesaal einer deutschen Bibliothek einsehen.

Das Aufgabengebiet einer wissenschaftlichen Bibliothek besteht also vor allem in der Bereitstellung brauchbarer Kataloge und in der Beschaffung der bestellten Bücher. Es würde bei weitem überschritten, wenn der Benutzer die Zusammenstellung einer Schriftumsliste zu einem bestimmten Thema fordern würde. Hier springen gegen entsprechendes Honorar private bibliographische Büros ein und in gewissem Umfange auch die Auskunftsstelle der Deutschen Bibliothek in Frankfurt a. M. und neben den schon genannten Auskunftsstellen in Köln und Berlin auch die Deutsche Bücherei in Leipzig. Die Beschaffung des Schrifttums durch solche Auskunftsorgane ist allerdings bei wissenschaftlichen Examensarbeiten nicht zulässig.

Mit der Zusammenstellung des Schrifttums zu einem bestimmten Thema setzt nun die eigentliche bibliographische Arbeit ein, die ganz spezielle Kenntnisse und auch einige Übung verlangt. Schon die zweite Katalogfrage: „Welche Bücher besitzt die Bibliothek über ein bestimmtes Gebiet?“ gehört in den Bereich bibliographischer Arbeit.

Für den Bibliothekar heißt es: Im Anfang steht das Buch über Bücher, die Bibliographie. Aber auch für den Wissenschaftler ist sie eine wichtige Voraussetzung seiner Arbeit. Wir verstehen unter einer Bibliographie das nach bestimmten Gesichtspunkten geordnete Verzeichnis von Schriften, unabhängig von ihrem Vorhandensein in einer Bibliothek. Man gelangt zur Kenntnis solcher Bibliographien durch die sogenannte Bibliographie der Bibliographien, die also nur Schriftumsverzeichnisse nennt. Sie werden Sie in jedem Lesesaal zur Handhabung antreffen. Als klassisches Werk ist hier zu nennen:

Georg SCHNEIDER, Handbuch der Bibliographie, 4. Aufl., Leipzig 1930.

Ein neues Werk, das in keiner Seminarbibliothek fehlen sollte, erfüllt alle Ansprüche an Genauigkeit und Vollständigkeit:

Wilhelm TOTOK und Rolf WEITZEL, Handbuch der bibliographischen Nachschlagewerke, Frankfurt/M. 1954.

Zu den wichtigsten Allgemeinbibliographien deutschsprachigen Schrifttums gehört das

*schafflicher Literatur und Terminologie braucht Zeit, ebenso die Beschaffung der erforderlichen Materialien für die Abfassung einer wissenschaftlichen Examensarbeit. Es ist deshalb ratsam, früh genug das Thema der Arbeit zu wählen bzw. zu kennen. Allerdings birgt die frühzeitige Einschränkung auf ein bestimmtes Fachgebiet die Gefahr ungesunder Spezialisierung in sich; andererseits aber fördert sie Ihre methodische Sicherheit und Gewandtheit, die Ihnen bei der Aneignung von Kenntnissen auf anderen Gebieten außerordentlich dienlich sein wird.*

Bevor Sie mit dem Sammeln von Material und Literatur beginnen, sollten Sie sich über das System, nach welchem Sie zweckmäßig die anfallenden Papiere ordnen werden, im klaren sein. Geistige und sachliche Ordnung, die genau aufeinander abgestimmt sein müssen, kürzen und glätten den Weg zu unserem Ziel und ersparen zeitraubende Umwege. Die der Methode angepaßte Arbeitspraxis darf allerdings niemals Selbstzweck werden, sie muß stets nur das Werkzeug bleiben, das uns dient, um durch ein Minimum an Zeit-, Material- und Kraftaufwand und durch ein Maximum an Klarheit, Übersichtlichkeit und Folgerichtigkeit jene äußere und innere Ordnung zu erreichen, ohne die wissenschaftliches Arbeiten nicht denkbar ist. Freilich wird es eine für alle Wissenschaftszweige brauchbare Arbeitstechnik kaum geben. Die folgenden Vorschläge, erprobt an philologischer und kunstwissenschaftlicher Arbeit, mögen dem Anfänger jedoch, nach einem schönen Wort Pestalozzis, „Hilfe zur Selbsthilfe“ bieten, aber auch dem Erfahrenen, so hoffe ich, Anregungen geben.

### Die Ordnung der Niederschriften

Jede wissenschaftliche Arbeit ist von Niederschriften verschiedener Art begleitet, die wir von vornherein ihren Funktionen entsprechend nach bestimmten Ordnungsprinzipien anlegen und aufbewahren. Grundsätzlich ist für alle Arten von Niederschriften, seien es Einzelnotizen, Materialsammlungen, Büchertitel, Exzerpte, Manuskriptentwürfe oder Manuskripte, das bewegliche und anpassungsfähige Loseblatt-Prinzip empfehlenswert. Lediglich Format und Aufbewahrungsart sind den einzelnen Zwecken entsprechend anzupassen.

So wählten wir oben bereits für Exzerpte und Vorlesungsmitschriften das Schreibheftformat DIN A 5, das ungefähr Büchergröße hat, so daß wir diese Niederschriften, die ja stellvertretend für Bücher fungieren, in Klemmrückenmappen zusammengefaßt im Bücherregal unterbringen können. Die Ordnung der Exzerpte und Vorlesungsmitschriften geschieht zunächst alphabetisch nach Autoren. Später können verschiedene Sachgebiete gesondert zusammengefaßt werden.

Da Prüfungsausschüsse, Redaktionen und Verlage für alle *M a n u s k r i p t e* Aktenblattformat, also DIN A 4 vorschreiben, ist dieses von vornherein für uns verbindlich. Für die Aufbewahrung wählen wir Mappen mit Einschlagdeckeln, die den Inhalt vor Verlust schützen. Für umfangreiches und wertvolles Manuskriptgut gibt es praktische Manuskriptkästen. Solange Sie noch an Ihrem Manuskript arbeiten, sollten Sie jedes Kapitel in einer besonderen Mappe unterbringen. Wenn Sie Ihr Manuskript zur ersten Einsichtnahme dem Dozenten vorlegen, fassen Sie es zweckmäßig in einer Klemmrückenmappe zusammen, die ein bequemes Lesen gestattet. Für die Vorlage bei der Prüfungskommission ist das Manuskript jedoch gebunden einzureichen. (Die Vorschriften für den Einband sind an den einzelnen Universitäten unterschiedlich, über die jedoch die am Ort ansässigen Buchbinder informiert sind.)

Während der Arbeit an einem Manuskript fallen immer wieder *E i n z e l n o t i z e n* mit Literaturhinweisen, Gedankensplittern, Zitaten usw. an, die sogleich dem entsprechenden Manuskriptteil beizuordnen sind. Wenn Sie auf die Innenseite des Mappendeckels einen großen Briefumschlag kleben, können Sie diese Einzelnotizen solange sicher aufbewahren, bis Sie sie in das Manuskript eingearbeitet haben. Sonstige Einzelnotizen, die nicht unmittelbar zum Manuskript gehören, lassen sich am besten in einer Kartei aufheben, über die wir sogleich sprechen werden.

*Als nichts Verbindliches auszusagen, da diese von der Beschaffenheit des Materials abhängig sind, seien es nun statistische Tabellen, Gedichte, Bildwerke, historische Dokumente oder anderes. In vielen Fällen ist es ratsam, stellvertretend für die einzelnen Materialien Karteikarten anzulegen, die alles Wissenswerte, vor allem aber Literaturangaben verzeichnen und zusammenstellen. Die Größe der Karteikarten richtet sich nach der Vielfalt dieser Angaben, doch dürfte das Postkartenformat DIN A 6 normalerweise ausreichend sein, wenn nicht das nächst kleinere Format DIN A 7 genügt. Ein kleines Karteiformat ist grundsätzlich dem größeren vorzuziehen, wenn wir vermeiden wollen, daß große, unhandliche Karteikästen unseren Arbeitsplatz einengen. Reicht eine kleine Karteikarte nicht aus, so kann man eine zweite anhängen. Dies ist besser, als das Fassungsvermögen größerer Karten ungenutzt zu lassen und das Gewicht des bloßen Papiers — das bekanntlich erheblich ist — von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und von einer Wohnung in die andere zu schleppen.*

Das Karteiprinzip hat zwar Nachteile und sollte grundsätzlich nicht für alle Formen unseres Schreibwerks Verwendung finden. Dagegen ist es unbestreitbar die geeignetste Aufbewahrungsform für Büchertitel.

Die bibliographischen Hilfsmittel für die Zusammenstellung der benötigten Literatur schildert unser Anhang. Erste Hilfe zur Gewinnung von Schrifttum bietet die wissenschaftliche Literatur neueren Datums, da es heute üblich ist, die vorangegangenen Schriften sorgfältig anzugeben. Von hier aus können Sie sich allmählich einen Weg nach rückwärts bahnen. Es ist außerdem empfehlenswert, monatlich einmal den Zeitschriften-Lesesaal einer größeren Bibliothek aufzusuchen, um festzustellen, ob neue Arbeiten auf Ihrem Fachgebiet erschienen sind. Registrieren Sie die durchgesehenen Hefte und Jahrgänge, um Doppelarbeit zu vermeiden.

### Die Literaturkartei

Die Anlage einer Literaturkartei lohnt sich erst dann, wenn Sie sich mit einem bestimmten Arbeitsgebiet näher befassen. Es ist nicht ratsam, für alle Gebiete Ihres Studiums eine Kartei anzulegen; Sie kämen ins Uferlose, wenn Sie Vollständigkeit anstreben würden; ohne eine gewisse Vollständigkeit aber ist die Literaturkartei weder von Nutzen noch zuverlässig anwendbar. Beschränken Sie sich hinsichtlich der anderen Stoffgebiete besser auf die Literaturlisten, die Sie in Vorlesungen und Seminaren anlegen.

Die wissenschaftliche Literatur hat im Verlaufe eines Jahrhunderts solche Ausmaße angenommen, daß es für den einzelnen nicht mehr möglich ist, alle Titel, Namen, Daten seines Fachgebietes im Kopfe zu behalten. Die Kartei entlastet das Gedächtnis, aber sie ersetzt es keinesfalls. Wenn Sie den Namen eines Autors vergessen haben, wird Ihnen eine alphabetisch nach Autorennamen geordnete Kartei nichts nützen. Es gibt natürlich Hilfsmittel, auch in diesem Falle den gesuchten Titel zu finden, und Sie können sie in Ihre Kartei einbauen, etwa in Form einer Schlag- oder Stichwortkartei<sup>1)</sup>. Die Anlage solcher alphabetischen Sachkarteien jedoch kostet Zeit, Material und Kraft und ist nur dann wirklich lohnend, wenn sie konsequent durchgeführt wird. Mir scheint es ratsamer, statt der hier aufgewandten Mühe das Gedächtnis zu schulen. In manchen Fällen sind systematisch geordnete Sachkarteien jedoch von Nutzen, und wir werden sie unten noch näher besprechen (s. Hinweiskartei).

Unsere Forderungen an eine Kartei sind: Zuverlässigkeit, Brauchbarkeit, Handlichkeit.

Was die Zuverlässigkeit angeht, so ist es wichtig, daß die Titel im Rahmen des Notwendigen genau angegeben werden. Diese Genauigkeit kann Ihnen spätere Sucharbeit ersparen. Genauigkeit soll aber nicht mit Pedanterie verwechselt werden. Was entbehrlich ist, kann fortfallen, das Wesentliche hingegen ist genau wiederzugeben.

Nur eine sorgfältig geordnete und vollständige Kartei ist brauchbar. Ein falsch eingestellter Zettel bleibt solange ver-

<sup>1)</sup> Den Unterschied zwischen Schlag- und Stichwortkartei behandelt der Anhang.

## Die Literaturbeschaffung

Mag man die ständig ansteigende Buchproduktion nun positiv oder geradezu als eine kulturelle Deflation werten, der geisteswissenschaftlich Tätige muß frühzeitig lernen, sich in diesem Bücherlabyrinth sichere Wege zu bahnen.

Den ersten Hinweis auf die für Ihre wissenschaftliche Ausbildung unentbehrlichen größeren Büchersammlungen erhalten Sie meist schon im Vorlesungsverzeichnis: Unter dem Abschnitt „Bibliotheken“, „Archive“ usw. finden Sie die wichtigsten Büchereien aufgeführt, zuweilen auch ihre Sammelgebiete, Öffnungszeiten, die Namen der wissenschaftlichen Fachreferenten usw. Nähere Angaben enthalten die Wegweiser oder Führer durch die betreffende Universität. Viele Bibliotheken geben dem Benutzer eigene Führer oder Anleitungen an die Hand, so z. B. die Universitätsbibliotheken von Göttingen, Kiel, Jena, Köln, Marburg/L., Heidelberg, Hamburg, Tübingen u. a. Zu diesen regionalen Bibliotheksführern gesellen sich dann noch

Arnim GRAESEL, Führer für Bibliotheksbenutzer, 2. Aufl. Leipzig 1913 und

W. BRAUN, Lehrgänge zur Einführung in die Büchereibenutzung, in: Bücherei und Bildungspflege 10: 1930, 1 ff.

Wer sich speziell für die geschichtliche Entwicklung des Bibliothekswesens interessiert, kann folgendes Werk heranziehen:

Fritz MILKAU, Handbuch der Bibliothekswissenschaft Bd. 3, 2. Aufl. 1955.

Ein Verzeichnis aller deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken mit allen wünschenswerten Tatsachenangaben bietet das Jahrbuch der deutschen Bibliotheken, das in Abständen von einigen Jahren immer neu erscheint. (Vgl. auch Georg LEYH, Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Kriege, Tübingen 1947.)

Wohl jede Universalbibliothek verfügt über einen im allgemeinen frei benutzbaren Lesesaal mit sorgsam ausgestatteten Handapparat. Hat die Bibliothek Präsenzcharakter, können alle Bücher des Magazins nur im Lesesaal während der Öffnungszeiten benutzt werden. (So z. B. die Deutsche Bibliothek in Frankfurt a. M., die wie die Deutsche Bücherei in Leipzig sämtliche erscheinende deutschsprachige Literatur sammelt.) Eine Universitätsbibliothek ist dagegen in jedem Falle auch Ausleihbibliothek.

Es kann dem jungen Geisteswissenschaftler nicht genug empfohlen werden, im Lesesaal einer größeren Allgemeinbibliothek ganz systematisch die bereitgestellten Bestände durchzumustern. Ein solcher von Fachreferenten ständig auf dem Laufenden gehaltener Apparat gibt ihm alle Hilfsmittel an die Hand, deren er zu seiner wissenschaftlichen Ausbildung bedarf. Der gedruckte Katalog einer solchen Handbibliothek ist, selbst wenn er zeitlich überholt ist, noch eine brauchbare Quelle der bibliographischen Unterrichtung. Er ist im gewissen Sinne eine Bibliographie der Bibliographien, über die später noch einiges zu sagen sein wird.

Die Fragen des Bibliotheksbenutzers zielen in der Regel in zweifache Richtung:

1. Er ist daran interessiert, bestimmte Bücher, deren Titel er kennt, auszuleihen.
2. Er sucht Schrifttum zu einem bestimmten Thema, über ein bestimmtes Gebiet, eine Persönlichkeit, einen Sachverhalt usw.

Die zweite Frage weicht von der ersten nur in der Ausgangsstellung ab; ihrer Beantwortung entgegengeführt, mündet sie in die erste wieder ein.

Der Benutzer richtet seine Fragen an die Bestandsverzeichnisse der ihm zunächst zugänglichen Bibliothek, an die sogenannten Kataloge, die nach bestimmten Ordnungsprinzipien zusammengestellt sind. Sie sind der Schlüssel zu den Buchbeständen.

Unsere beiden Ausgangsfragen trennen auch die Katalogarten. Die Suche nach einem bestimmten Buch, dessen Verfasser und Titel bekannt ist, führt an den Verfasser-

katalog, meist „Alphabetischer Katalog“ genannt; genauer wäre er als alphabetischer Verfasser- (oder Autoren-) katalog oder als Nominalkatalog zu bezeichnen. (Die französische Bezeichnung lautet: Catalogue par auteurs et par titres d'anonymes; die englische: Author and Title Catalogue; die italienische: Catalogo alfabetico.) Er ist ein Formalkatalog, der also die verzeichneten Schriften nicht nach dem Inhalt, sondern nach dem Alphabet der Verfasser vorführt. Scheinbar so einfach, bietet er dem Ungeübten doch einige Schwierigkeiten. Es ist für den Benutzer vor allem wichtig, daß er die Prinzipien kennt, nach denen die Titel, vor allem solche ohne Autornamen, aufgenommen und geordnet werden. Wir geben im Abschnitt „Die Titelaufnahme“ (S. 137) einige Hinweise auf diese Prinzipien. Man ist übrigens seit einiger Zeit bemüht, die komplizierten Regeln der Titelaufnahme den praktischen Bedürfnissen mehr anzupassen, insbesondere die spitzfindige grammatikalische Wortfolge — man vgl. oben „Archiv, Fischers, Felix, Museen...“ — durch eine mehr mechanische zu ersetzen, wie es in den angelsächsischen Ländern schon immer in Übung war.

Auf die zweite Frage, die also nicht nach einem bereits bekannten Buch gestellt wurde, sondern nach Literatur zu einem bestimmten Thema, antwortet der *S a c h -* oder *R e a l -*katalog. (Die französische Bezeichnung lautet: Catalogue méthodique oder Catalogue idéologique; die englische: Classified Catalogue; die italienische: Catalogo reale.) Er ist kein Formalkatalog, denn er verzeichnet die Bücher nicht alphabetisch nach Verfassern bzw. Titeln, sondern geht von ihrem Inhalt aus.

Praktisch tritt er heute in zwei Grundformen auf: dem *S y s t e m a t i s c h e n* Katalog und dem *S c h l a g w o r t -*katalog. An den älteren Universitätsbibliotheken findet sich meist der Systematische Katalog; er ist der eigentlich wissenschaftliche, der die Büchermenge auf Grund eines bestimmten bibliothekarischen (nicht philosophischen) Wissenschaftssystems dem Inhalt nach in Fächer aufteilt und bis zu den kleinsten Untergruppen gliedert. Aus praktischen Gründen ist allerdings beim Benutzer heute die andere Form, der Schlagwortkatalog, beliebter. (Die französische Bezeichnung lautet: Catalogue analytique; die englische: Subject Catalogue; die italienische: Catalogo per soggetto.)

Der Schlagwortkatalog geht vom konkreten Buch aus und sucht seinen Inhalt in einem frei gewählten *S c h l a g w o r t* zu erfassen. (Ein *S t i c h w o r t* hingegen kommt immer wörtlich in der Titelfassung vor.) Das Schlagwort soll den prägnantesten Ausdruck des Buchinhalts darstellen. Die Menge der herausgelösten Schlagworte wird nun nicht in eine systematische, sondern in eine alphabetische Ordnung gebracht. Dem Umstand, daß nicht alle Menschen gedanklich zum gleichen Schlagwort gelangen, sucht man dadurch Rechnung zu tragen, daß das einzelne Buch unter mehreren Schlagworten angegeben wird, bzw. daß Verweisungen zur Fundstelle hinführen. Der Schlagwortkatalog hat also den Vorteil, daß der Benutzer hier nicht wie beim Systematischen Katalog den ganzen Gedankenweg eines differenzierten Wissenschaftssystems nachvollziehen muß, sondern daß er von einem bestimmten Schlagwort ausgehen kann, das den Sachverhalt seines Themas genau umreißt und das er dank der alphabetischen Anordnung des Katalogs rasch auffinden kann.

Noch ein Wort zur äußeren Form der Kataloge. Sie werden den handgeschriebenen, aber umständlichen Bandkatalog nicht mehr allzu oft antreffen. Er wurde mehr und mehr durch Zettelkataloge in Kapselform oder jetzt meist durch Karteikästen abgelöst.

Eine genaue Einführung in das Katalogwesen gibt:

Karl LÖFFLER, Einführung in die Katalogkunde, Leipzig 1935.

Wurde nun mit Hilfe der Kataloge das gesuchte Buch festgestellt, der Bestellzettel ausgeschrieben und mit der Standortssignatur versehen, so dürfen Sie hoffen, das Buch in kurzer Zeit zu erhalten. Es kann aber im Augenblick verliehen



Würde es der Forschung gelingen, künftig das mittelalterliche Liedgut unter Beobachtung einer folgerichtig betriebenen Methode zusammenzutragen und zu untersuchen, so dürften eines Tages gewiß genügend Kriterien vorhanden sein, um die bis heute noch ausstehende Stilkunde und Stilgeschichte des mittelalterlichen Liedes zu schreiben. Ja, es müßte dann auch möglich sein, die Frage nach der künstlerischen Qualität der überlieferten Lieder, die wir vorderhand nur stellen und allenfalls gefühlsmäßig beantworten können, mittels greifbarer Indizien zu lösen.

### Das Manuskript

**Nichts kennzeichnet einen guten Kopf besser, als die Fähigkeit, sich klar auszudrücken. Verworren ist der Ausdruck nur, wenn der Gedanke es ist. Voltaire**

Kein Einfall, kein noch so glücklich formulierter Gedanke kann im Grunde für sich bestehen: erst die Einordnung in ein folgerichtig entwickeltes Gedankengefüge gibt ihm Daseinsberechtigung und Wirksamkeit. Dies ist Aufgabe Ihres Manuskripts. Das Ordnen der Gedanken, des Materials, der Literatur gehört zu den vorbereitenden Arbeiten. Es ist gut, bald einen Plan, eine Disposition für den Aufbau des Manuskripts anzulegen, wenn es auch im Laufe der Arbeit mehrfach notwendig sein wird, diesen Plan umzuändern. Hängen Sie Ihre Disposition an einen sichtbaren Platz an der Wand, so daß Sie sie ständig vor Augen haben. Legen Sie die Hauptzüge Ihrer Disposition schließlich im Inhaltsverzeichnis nieder.

Bei schöpferischer, künstlerischer Tätigkeit überwiegt die Leistung des unbewußten Gedächtnisses, bei wissenschaftlicher Arbeit die des bewußten Gedächtnisses. Entlasten Sie dieses, indem Sie möglichst alles an Einfällen, bedeutsamen Tatsachen, Formulierungen usw. sofort zu Papier bringen und möglichst auch gleich an Ort und Stelle einordnen, damit Sie Ihre Notizen bei Bedarf nicht erst lange suchen müssen. Vorschläge für die Anlage kapitelweise angelegter Manuskriptmappen gaben wir bereits oben. Zur Arbeitstechnik gehört weiterhin die Fähigkeit, alle Kräfte zu nutzen und einzuteilen, Anlaufschwierigkeiten möglichst zu vermeiden, indem auf Ihrem Schreibtisch immer Notizen, Materialien, Formulierungen bereit liegen, die einen Neubeginn nach Unterbrechungen erleichtern. Für leere und unfruchtbare Stunden reservieren Sie sich am besten mechanische Arbeiten, die bei jeder wissenschaftlichen Arbeit anfallen, wie das Zusammenstellen der Literatur, des Materials, das Anlegen von Tabellen usw.

Ein klarer, sauberer Stil ist selbstverständlich. Prüfen Sie Ihre Sätze, ob sie jederzeit vertretbar sind, auch wenn sie aus dem Zusammenhang gelöst werden. Prüfen Sie ferner Ihre Termini, ob sie klar und eindeutig den gemeinten Sinn zum Ausdruck bringen. Viele gängige Fremdwörter (z. B. Faktor, Komponente, das Moment, Faktum, Prinzip, Funktion, Kategorie) werden oft gedankenlos verwendet; überlegen Sie sich stets Herkunft und Aussagebereich solcher Wörter, ehe Sie sie verwenden. Auch hinsichtlich der Erfindung neuer Termini sollten Sie Enthaltsamkeit üben — es gibt ohnehin zu viele Termini, die überdies in verschiedenartiger Sinngebung gebraucht werden. Unschöne Bildungen wie: oder aber, in etwa, des Institutes, Produktes etc. sind zu vermeiden. Auf die Präpositionen wegen und trotz folgt im Schriftdeutschen (und im gepflegten Umgangdeutsch) immer noch der Genitiv. Die unterschiedlichen Bedeutungen von scheinbar und anscheinend sind zu beachten. Der Unterschied im Gebrauch von trotzdem und obwohl wird oft nicht beachtet. (Eine Eselsbrücke: wenn Sie scheinbar beide Formen verwenden können, müssen Sie obwohl gebrauchen).

Der Haupttext Ihres Manuskripts soll in klarer Folge Ihre Gedanken darbieten. Alles Akzidentelle wird in Fußnoten untergebracht. Folgender Satz ist z. B. ungenießbar:

**Der Artikel „Heinrich von Veldeke“ von J. van Dam in W. Stammer, Die deutsche Literatur des Mittelalters, Verfasserlexikon 2 (1984) S. 355—64, der die Forschungsergebnisse bis 1934 zu einer knappen Gesamtdarstellung von Dichter und Werk zusammenfaßt, macht deutlich, daß ... (GRM 33 : 1951/52, 161).**

Die Literaturangabe hätte in diesem Falle als Fußnote gebracht werden können. Allerdings soll der Umfang der Fußnoten nicht den des Haupttextes übersteigen. Regeln für das Zitieren gaben wir bereits oben.

In unserem Beispiel war der Nebensatz ebenfalls zu lang. Hinsichtlich der Akribie seiner Aussage ist er zwar untadelig, aber diese Genauigkeit wirkt vom stilistischen Gesichtspunkt gesehen langatmig und ungeschickt. Aus diesem Grunde sind auch die oft zu beobachtenden Aneinanderreihungen von Genitiven zu vermeiden; der Satzbeginn „Die ersten Spuren heidnischer Kultur des Abendlandes der ersten Jahrhunderte des Mittelalters ...“ ist sachlich zwar einwandfrei, aber stilistisch unmöglich.

Behaupten Sie nie etwas, was Sie nicht einwandfrei beweisen können. Als erstes ist eine einwandfreie und feste Grundlage zu schaffen; was Sie dann darauf aufbauen, bleibt Ihrem Scharfblick und Ihrer Intuition anheimgestellt. Vordringliche Pflicht des Wissenschaftlers ist sachliche Sauberkeit, Unbestechlichkeit, d. h. also Objektivität im eigentlichen, reinen Sinne. Im übrigen seien Sie gewiß, daß Sie immer Kritiker finden werden, auf welche Weise Sie auch Ihren Stoff zu durchdringen versuchen. Diese Kritik ist bedingt durch die besondere Artung des geisteswissenschaftlichen Objekts, das sich dem betrachtenden Auge in immer neuer Fassung anzubieten und ihm immer neue Perspektiven zu offenbaren vermag.

Die Endfassung Ihres Manuskripts schreiben Sie mit Schreibmaschine auf die vorgeschriebenen DIN A 4-Bogen. Die Bogen werden nur einseitig und im Abstand von 1½ Zeilen beschrieben. Für die Fußnoten kann enger Zeilenabstand gewählt werden. Links sollte ein Rand von etwa 6 cm, rechts von mindestens 1 cm freibleiben. Der linke Rand ist bei Manuskripten, die zum Druck gegeben werden sollen, für Korrekturzeichen vorgesehen, über die Sie sich in jedem Konversationslexikon informieren können.

Dem Textteil sind Verzeichnisse verschiedener Art beizugeben. Wichtig ist das Literaturverzeichnis, das dem Leser Aufschluß über die benutzten Schriften geben soll; es dient gleichzeitig der Entschlüsselung von Literaturabkürzungen. Ein Verzeichnis der benutzten Materialien ist gegebenenfalls anzufertigen. Es entschlüsselt gleichzeitig die benutzten Sigel (bei Handschriften), Nummern oder sonstige Zeichen. Ein Verzeichnis der verwendeten Begriffe und Termini ist nur dann angebracht, wenn man annehmen muß, daß sie dem Leser unbekannt sind. Ein Register ist nur empfehlenswert bei größeren Arbeiten, die gedruckt werden sollen; es kann untergliedert werden in Personen-, Sach- und Ortsregister. Hier können auch die Anmerkungen in den Anhang genommen werden; man erschwert dadurch dem Leser zwar die Arbeit, spart jedoch Druckkosten. Die Titelblattgestaltung von Dissertationen und anderen Examensarbeiten wird von den Fakultäten der einzelnen Hochschulen vorgeschrieben. Der Abschluß jeder Dissertation durch einen kurzen Lebenslauf des Verfassers ist jedoch Regel.

Als der Autor des Buches „Die Technik der geistigen Arbeit“<sup>1)</sup> einem Freunde das Manuskript vorlegte, meinte dieser, daß man Schriften dieser Art verbieten müßte, da sonst die guten Gelehrten wie Pilze aus dem Boden schießen würden. Dies ist ein Irrtum. Eine gute Arbeitstechnik ist niemals eine Garantie für eine ausgezeichnete wissenschaftliche Leistung. Keine Kartei vermag Gedächtnis und Verstand zu ersetzen. Kein noch so ausgeklügeltes methodisches System verbürgt hervorragende wissenschaftliche Leistungen. Diese sind weder das Ergebnis eines umfangreichen Wissens noch einer ausgezeichneten Methode. Sie sind durchaus mehr: sie sind ebenso Intuition wie Stoffkenntnis, Großzügigkeit des Denkens wie Sorgfalt im einzelnen, Mut zur Synthese wie Vorsicht in der Hypothese, Originalität wie Anpassung an den Gegenstand. Diese Eigenschaften können weder gelehrt noch gelernt werden. Sie sind, ebenso wie künstlerische Qualität, das Ergebnis einer glücklichen Konstellation.

<sup>1)</sup> Friedrich KUNTZE, Die Technik der geistigen Arbeit, Heidelberg: Winter 1921 und 1923.

schwunden, bis der Zufall ihn wieder ans Licht bringt. Herausgenommene Zettel sind deshalb durch einen stellvertretend eingestellten Kartonstreifen zu bezeichnen. Am besten nimmt man die Zettel jedoch nie für längere Zeit aus ihrer Ordnung, sondern notiert die Titel, wenn man etwa eine Literaturzusammenstellung braucht, in der Kurzform, die ich oben im Abschnitt „Die Vorlesung“ schon beschrieb.

Um das Maß der Handlichkeit nicht zu überschreiten, genügt das Format DIN A 7 quer vollauf (10,5 x 7,4). Wer Neigung hat, kann das etwas größere internationale Bibliotheksformat (12,5 x 7,5) wählen. DIN A 7-Blätter sind in Blockform erhältlich. Es gibt auch vorgedruckte Karteikarten mit Kopfleiste und Linien in diesem Format, aber sie erübrigen sich für unsere Zwecke, da feines, festes Papier genügt und nicht soviel Platz in Anspruch nimmt wie Karton. Kleine Karteikästen von 20—25 cm Länge genügen in der Regel für ein enger begrenztes Sachgebiet. Ein fertig käufliches alphabetisches Register aus Karton erleichtert die Benutzung.

Ein Zettelkasten ist Ihr ganz persönliches Handwerkszeug. Er soll durchaus nicht die Korrektheit und Unpersönlichkeit einer Bibliothekskartei aufweisen, sondern kann die Spuren Ihrer Arbeit und Ihrer Überlegungen tragen (s. u.).

### Die Titelaufnahme

Zur bibliothekarischen Ausbildung gehört ein umfangreicher Komplex von Regeln, nach denen ein Buchtitel für die Aufnahme in der Kartei zuzubereiten ist. Da wir während wissenschaftlicher Arbeit oft mit Bibliothekskatalogen in Berührung kommen, können wir uns einige dieser Regeln merken und sie auch für unsere Kartei anwenden. (In den sogenannten „Preußischen Instruktionen“ von 1899, die vielfach angefochten, aber bisher noch gültig sind, wurden diese Regeln in 341 Paragraphen verankert: Instruktionen für die alphabetischen Kataloge der Preußischen Bibliotheken, 2. Ausg., Berlin 1909.)

Die Vorderseite der Karteikarte wird durch einen Querstrich in Kopf- und Textteil geteilt. Der Kopfteil enthält das sogenannte Ordnungswort, nach dem die Karte später alphabetisch eingeordnet wird. Bei Schrifttum mit Verfasserangabe ist das Ordnungswort mit dem Namen des Verfassers identisch. Wir können die Bibliotheksvorschriften für unsere Zwecke abwandeln und statt der umständlichen Schreibung: Meyer, Hans, den Namen in seiner natürlichen Anordnung bringen. Damit der Zuname optisch gut erkennbar ist, wird er in Majuskeln geschrieben: Claus OTTO. Bei Doppelnamen wird nur der erste Name großgeschrieben: Hans SCHMIDT-Ballow, so daß er von Titeln mit zwei Verfassernamen gut unterschieden ist: Hans SCHMIDT u. Kurt BALLOW, meist zitiert als SCHMIDT-BALLOW. Die Majuskelschreibung ist nützlich bei unbekanntem ausländischen Namensformen, wie Knud PETERSEN SOEDER oder Mary WILLIAM BARTLETT oder John Chase JAMES und bei mittelalterlichen Namen, wie WALTHER von der Vogelweide, THOMAS Becket, JOHANN von Saaz. Titel, auch der Dokortitel, werden nicht mit aufgenommen. Die Namen von Herausgebern, Übersetzern, Mitarbeitern, Kommentatoren sind im Kopfteil nur dann anzugeben, wenn der Verfassernamen fehlt. Hinter diese Namen setzt man in eckige Klammern die Abkürzungen: [Hrsg.] oder [Übers.] oder [Mitarb.] oder [Komment.].

Für den Textteil unserer Karteikarten bleibt der Titel reserviert. Er ist vollständig anzugeben, möglichst auch der Untertitel. Weitere wichtige Angaben sind bei selbständigen Schriften: die Namen der Hrsg., Übers. usw., die Angabe, welche Auflage vorliegt, ob diese verbessert, erweitert, unverändert, bearbeitet ist, die Anzahl der erschienenen Bände, schließlich die Angabe von Verlagsort, Verlag und Erscheinungsjahr. Der Verlagsort ist möglichst in der Graphie der Landessprache anzugeben, damit er für Leser aller Zungen verständlich ist. (Welcher des Italienischen unfähige Angelsache vermag z. B. das in italienischen Publikationen vorkommende „Amburgo“ mit Hamburg zu identifizieren?) Ist das Erscheinungsjahr nicht auf der Titelseite des Buches angegeben, sondern auf der Rückseite des Titels oder unter

dem Vorwort, so setzt man es in runde Klammern; ist es aus dem Buch selbst nicht ersichtlich, sondern aus Verlagskatalogen oder anderen Quellen zu erschließen, so wird es in eckige Klammern gesetzt. Die Bibliotheken vermerken schließlich noch die Anzahl der Seiten, der Beilagen, Tabellen, Bilder usw. und das Buchformat — Angaben, auf die wir verzichten können. Nützlich ist jedoch zum Schlusse die Angabe der Serie oder Sammelreihe, in der das Buch erschienen ist, weil in manchen Bibliotheken solche Werke nur unter dem Titel der Sammelreihe aufgeführt werden.

Hier ein Beispiel:

<b>Rudolph PAUL u. Peter DOUGLAS</b>	Kat. 1934 <sup>2</sup>
Lehrbuch des Katalanischen Mit einem historischen Abriß und Glossar Aus dem Engl. übers. v. Ronald FREY 2. unveränd. Aufl. 2 Abt. in 3 Bden. Leipz.: Grimm & Winter 1934 = Welt und Wissen Bd. 55	

An der rechten Seite der Kopfleiste grenzen wir ein Kästchen zur Aufnahme der S. 133 schon erwähnten Titelmarke ab. Diese Titelmarke hat drei Funktionen. Sie erleichtert das mehrfache Zitieren des gleichen Werkes, sie dient ferner zur Unterscheidung mehrerer Werke desselben Autors und sie dient schließlich zur alphabetischen oder auch chronologischen Ordnung seiner Werke.

Das oben zitierte Beispiel wird also bei mehrfacher Benutzung im Manuskript folgendermaßen abgekürzt: PAUL-DOUGLAS, Kat. 1934. Bibliotheken wählen zur alphabetischen Ordnung mehrerer Werke eines Autors das Substantivum regens des Titels, in unserem Falle also das Wort Lehrbuch, das als solches unterstrichen wird. Dies ist für unsere Zwecke nicht empfehlenswert. Angenommen, die Autoren PAUL-DOUGLAS hätten mehrere Lehrbücher verfaßt, so besäßen wir mit der Abk. Lehrb. kein hinreichendes Unterscheidungsmerkmal. Es ist deshalb stets angezeigt, die Titelmarke aus jenem Wort des Titels zu bilden, das den Inhalt der Publikation deutlich anzeigt. Die Zugabe des Erscheinungsjahres ist zwar entbehrlich, kann aber dienlich sein, wenn wir die Publikationen eines Autors zu irgendeinem Zweck chronologisch ordnen, oder wenn wir das Erscheinungsjahr verschiedener Auflagen kennzeichnen wollen, oder wenn wir Literatur für ein bestimmtes Sachgebiet in unserer Hinweiskartei (s. u.) zusammenstellen und durch Angabe des Erscheinungsjahres einen raschen Überblick über älteres und neueres Schrifttum gewinnen wollen. Die Auflagennummer selbst wird in der Regel als Exponent der Jahreszahl beigefügt.

Natürlich gibt es einfachere Abkürzungen, aber sie entbehren der Anschaulichkeit. Kommt in unserem Manuskript z. B. statt des obigen Titels die Formel PD 1 vor, so muß der Leser im Abkürzungsverzeichnis nachschlagen, um sich über den Sinn dieser Formel Klarheit zu verschaffen, es sei denn, es handelt sich um ein Standardwerk, für das sich eine bestimmte Kurzform des Titels bereits eingebürgert hat, wie BGB u. a. Wichtig ist nur, daß eine in Kartei und Manuskripten einmal eingeführte Titelmarke unverändert beibehalten wird.

Eine andere Gruppe von Publikationen wird ohne Verfassernamen zitiert: Zeitschriften, Jahrbücher, Kongreßberichte, Sammelbände u. ä. Man kann natürlich den Namen des Herausgebers in die Kopfleiste der Karte setzen, aber es ist eher üblich, den Namen der Zeitschrift aufzunehmen, da die Herausgebernamen wechseln können. Aus dem Titel einer Zeitschrift oder einer ähnlichen Publikation ist nun ein Ordnungswort herauszulösen, unter dem wir die Karte in unsere alphabetische Kartei aufnehmen. Die „Preußischen Instruktionen“ schreiben hierfür genaue Regeln vor. Wählen

wir der Anschaulichkeit halber sogleich ein Beispiel. Der Titel:

Felix Fischers Anzeiger der deutschen Museen für prähistorische Völkerkunde, hrsg. von A. METZNER u. a., Duisburg: F. Fischer 1887 ff.

wird für die Aufnahme in die Kartei folgendermaßen zubereitet:

<b>Anzeiger, Fischers, Felix, Museen, deutschen, Völkerkunde, prähistorische</b>
Felix Fischers Anzeigen der deutschen Museen für prähistorische Völkerkunde hrsg. v. A. Metzner u. a. Duisburg: F. Fischer 1887ff

Das Substantivum regens des Titels wird also zum Ordnungswort. Da es viele Publikationen mit dem Namen „Anzeiger“ gibt, folgt nach dem Ordnungswort das vom Substantivum regens abhängige Substantiv oder das zu ihm gehörige Adjektiv, z. B. Anzeiger, deutscher für: Deutscher Anzeiger. In dieser Reihenfolge wird dann ein Wort an das andere gefügt.

Natürlich können wir für den begrenzten Bereich unserer eigenen Kartei auf diese umständliche Handhabung verzichten. Es würde völlig genügen, wenn wir den Kopfteil der Karte mit: Fischers ANZEIGER beschriften, wobei ANZEIGER das Ordnungswort darstellt. Wir müssen nur die Prinzipien kennen, nach denen Bibliotheken die Titel aufnehmen, um uns dort zurechtzufinden.

Bei Satztiteln, z. B. „Wie erziehe ich mein Kind?“, ist das erste Wort des Satzes Ordnungswort.

Wollen wir einen Zeitschriftenartikel notieren, so verfahren wir wie oben angegeben und geben nur zusätzlich an, in welcher Zeitschrift dieser Artikel erschien, z. B.

<b>Luc DUBOIS</b>	Rel. 1950
Zur Regilionsgeschichte der Vorzeit in: AfeF 60: 1955, 33-97	

Die Bandzahl sollte stets in arabischen Ziffern angegeben werden, da diese übersichtlicher als römische sind. Um die Abkürzung AfeF zu entschlüsseln, legen wir für diese Zeitschrift eine besondere Karte an:

	AfeF
Archiv für ethnologische Forschung hrsg. v. Jörg Adams, Karl Schmid u. a. Steinberg: Hausen & Co 1896ff.	

Bei bekannten wissenschaftlichen Zeitschriften kann darauf verzichtet werden, das Ordnungswort in den Kopfteil der Karte aufzunehmen. Die Abkürzung AfeF genügt für die alphabetische Einordnung. Über die Art der Abkürzungen vgl. den Abschnitt „Das Referat“.

Die Literaturkartei kann gleichzeitig den eigenen Besitz wissenschaftlichen Schrifttums registrieren, indem die entsprechende Kartei einen roten oberen Rand erhält. Besitzt man nur einen Mikrofilm der betreffenden Schrift, so ist dies durch eine rote gestrichelte Linie am oberen Rand kenntlich zu machen. Läßt man dann später von dem Mikrofilm Vergrößerungen herstellen, so kann die gestrichelte Linie leicht in einen geschlossenen Randstrich verwandelt werden. Liegt ein Exzerpt des betreffenden Buches vor, so kennzeichnet dies ein roter Randstrich an der linken Seite des Kopfteils. So können Sie sich mit einfachen Mitteln immer einen Überblick über Ihren Bücher-, Exzerpt und Mikrofilmbezug verschaffen.

Die Rückseite der Karten braucht nicht ungenutzt zu bleiben. Reservieren Sie sie für Bemerkungen akzidenteller Art, für den Vermerk des Standorts in einer Bibliothek, für die Angabe von Besprechungen, Nachträgen, kommentierenden oder bezugnehmenden Zeitschriftenartikeln und ähnliches; geben Sie auch an, wer Ihnen die Schrift empfohlen hat, wann Sie sie gelesen haben usw.

Unsere Literaturkartei wird alphabetisch nach Ordnungsworten und Titelmarken geordnet. Man kann der besseren Übersicht wegen verschiedene Sachgebiete in besonderen Kästen unterbringen, auch für das Verzeichnis der Periodica läßt sich eine eigene Gruppe bilden. Umlaute werden bei der alphabetischen Einordnung zweckmäßig wie zusammengesetzte Vokale behandelt, Läufer ist also gleich Laeuer und kommt vor Lafette, nicht vor Lauffeuer. In dieser Weise verfahren sämtliche Bibliothekskataloge.

#### Die Materialkartei

Liegt Ihren Studien ein umfangreiches Material zugrunde, das bisher noch nicht oder nicht genügend bibliographisch erfaßt wurde, so ist neben der eigentlichen Materialsammlung eine für die einzelnen Stücke stellvertretend fungierende Kartei in Erwägung zu ziehen. Das Format richtet sich nach der Beschaffenheit des Materials. Wenn vorauszusehen ist, daß für die einzelnen Stücke umfangreiche Literatur vorliegt, die die einzelnen Karten verzeichnen sollen — selbstverständlich abgekürzt —, so wird Postkarten- oder Schreibheftgröße zu wählen sein. Je kleiner allerdings das Format, desto übersichtlicher und handlicher bleibt die Kartei.

Die Ordnung der Materialkartei erfolgt möglichst nicht nach einem mechanischen Ordnungsprinzip, d. h. alphabetisch oder chronologisch oder nach Nummern, sondern sachlich. Die sachliche Ordnung des Materials ist eine erste Stufe zur systematischen Durchdringung des Stoffes. Sie werden im Verlaufe Ihrer Arbeit die sachliche Ordnung mehrmals umstellen müssen, bis sie schließlich alle Ansprüche an einen logischen und dem Objekt angemessenen Aufbau erfüllt. Für die Kennzeichnung genügen nun keine Leitkarten mit starrem Ordnungsschema mehr, sondern es sind die sogenannten Fensterreiter vorzuziehen, die in verschiedenen Größen und Farben erhältlich sind, nach Belieben beschriftet und den Leitkarten aus Karton aufgesetzt werden können. Diese Leitkarten sind in Größe, Farbe und Anordnung so einzurichten, daß sie die begrifflich abgestufte Ordnung des Materials möglichst sinnfällig veranschaulichen.

#### Die Hinweiskartei

Eine Literaturkartei wäre eine bloße Anhäufung von Zetteln, wenn wir darauf verzichten würden, sie gleichzeitig sachlich zu ordnen. Diesem Zweck dient die Hinweiskartei. Sie ist grundsätzlich systematisch geordnet. Die einzelnen Zettel verzeichnen die in der Literaturkartei genannten Titel

nach sachlichen Gesichtspunkten. Als Beispiel ein solcher Zettel:

<b>WISSENSCHAFTSLEHRE</b> Geisteswissenschaft Allgemeines	
ROTHACKER, Einl. 1920+1930 <sup>2</sup> DILTHEY, Einl. 1883 BECHER, Geist. 1921 BOLLNOW, Geist. 1950 ROTHACKER, Geist. 1927 SCHMIDT, Geist. 1938 SCHMIDT, Theor. 1931 RICKERT, Kult. 1921	Forts. auf der Rückseite.

Die Literaturhinweise werden unter einem Sammelbegriff zunächst zwanglos notiert, wie sie uns während der Arbeit unterkommen. Befast man sich näher mit dem Stoff, so können die einzelnen Titel auf weitere Untergruppen verteilt werden, in unserem Falle also z. B. auf eine Untergruppe „Methodik der Gw“, „Geschichte der Gw“, „Systematik der Gw“ usw.

Methodisch gesehen gehen wir in diesem Falle also deduktiv-analytisch vor, indem wir einen allgemeinen Oberbegriff fortschreitend in seine Unterbegriffe zerlegen. Der umgekehrte Fall ist ebenfalls anwendbar. Man sammelt zunächst allen erreichbaren Stoff zu einem enger begrenzten Thema und bildet aus ihm heraus durch Vergleichen bestimmte Gruppen, denen man bei zunehmender Kenntnis des Gegenstandes immer umfassendere überordnet. Dieses als induktiv oder synthetisch-generalisierend bezeichnete Verfahren war z. B. für die Ordnung unserer Materialkartei verbindlich. Keines der beiden Verfahren besteht aber im Grunde für sich, sondern sie sind in gegenseitiger Ergänzung anzuwenden.

Die Hinweiskartei ist ein außerordentlich nützliches Instrument zur Beherrschung des Wissensstoffes. Sie vereinigt eine Reihe von Vorzügen in sich, die ähnliche Einrichtungen nur teilweise aufweisen: Gegenüber einer systematisch geordneten Fachbibliographie, der sie im Prinzip sehr ähnelt, hat sie den Vorteil, daß sie an kein Erscheinungsjahr gebunden ist, sondern immer den neuesten Stand der Forschung repräsentieren kann — sie ist eine Art Dauerbibliographie in Zettelform; gegenüber ähnlichen Katalogen der Bibliotheken, den Real- und Schlagwortkatalogen, bietet sie nicht den Bibliotheksbestand dar, sondern alles zuständige Schrifttum; gegenüber dem alphabetisch geordneten Schlagwortkatalog besitzt sie außerdem die Vorteile der systematischen Ordnung, die das begriffliche Denken schult und eine Vorarbeit für den Aufbau unseres Manuskripts darstellt.

Mag Ihre Hinweiskartei nun auch noch so logisch geordnet sein, so erfüllt sie doch nicht alle Anforderungen, die geisteswissenschaftliches Arbeiten an sie stellt. Wir legten oben im I. Teil schon dar, daß geistesgeschichtliche Phänomene nie völlig eindeutig sich unserem Auge darbieten, sondern immer neue Aspekte zeigen können. Diese Eigenart unseres Stoffes ist auch bei der Anlage der Hinweiskartei zu berücksichtigen. Nehmen wir irgendeinen Komplex, z. B. den des Abenteurerromans, den wir in seine verschiedenen Arten wie: Robinsonaden, Simpliziaden, Schelmenromane, Reise-romane usw. gliedern wollen. Während der Beschäftigung mit diesem Problem werden wir uns Notizen verschiedener Art machen, die, ehe sie in das Manuskript eingearbeitet werden, zweckmäßig in der Kartei vorzuordnen sind. Als Ordnungsmittel wählen wir Leitkarten mit Kartenreitern in den Farben gelb, blau, grün, rot und ohne Beschriftung. (Sie können auch für alle anderen Sachverhalte verwendet werden.) Der gelben Karte ordnen wir zunächst unsere Literaturzusammenstellung zu, der blauen alle Tatsachen, die relativ feststehen und für unsere Betrachtungen von Nutzen sind; der grünen Karte werden alle wesentlichen Betrachtungen, Schlüsse, Sichtweisen anderer Autoren zugeordnet und der roten Karte unsere eigenen Meinungen, Gedankengänge usw. Diese Notizsammlung kann nach Belieben weiter differenziert werden. Sie bietet wertvolles Material für unser Manuskript und kann, wenn sie

eingearbeitet worden, als Material für die Kartei, die vernichtet werden.

Alle drei Arten von Karteien sind nur dann brauchbar, wenn sie konsequent und sorgfältig angelegt und bearbeitet werden. Die nötige Konsequenz ist nur dann zu erreichen, wenn man sich zunächst auf ein kleines Arbeitsfeld beschränkt und alles, was ihm nicht unmittelbar zugehört, fortläßt. Alle anderen Notizen, seien es Zitate, die man aufbewahren möchte oder empfohlene Literatur, die man lesen oder kaufen möchte, oder Pläne für spätere Arbeiten, lassen sich gut in einer eigens eingerichteten Kartei für Varia unterbringen.

#### Geisteswissenschaftliche Methodik

Eine Universalmethode für geisteswissenschaftliches Arbeiten gibt es nicht. Dagegen wird das Ziel und die Hauptrichtung, die wir zu diesem Ziel einschlagen müssen, für jede Art geisteswissenschaftlicher Betätigung gleich sein: das Trachten nach Erhellung eines Objekts, nach Erkenntnis seines Seins, seiner Herkunft und Bedeutung. Wir skizzierten zu Beginn des III. Teils bereits den Weg und seine drei Hauptstationen, die wir absolvieren müssen, um unserem Ziel näher zu kommen. Diese Hauptstationen sind gleichsam Gesichtspunkte, Anschauungsweisen, Blickeinstellungen, die wir annehmen müssen, um das Geheimnis zu durchdringen, das sich hinter dem Erscheinungsbild eines Objekts verbirgt.

Diese methodischen Grundgesetze werden so vielfältig zu modifizieren sein, wie es geisteswissenschaftliche Objekte gibt. Da theoretische Betrachtungen uns hier aber ins Uferlose führen würden, gebe ich als Beispiel einen methodischen Entwurf für die Erforschung des europäischen mittelalterlichen Kunstliedes.

Unsere Aufgaben gruppieren sich um folgende drei Hauptpunkte, die allerdings in unserem besonderen Falle erst in Angriff genommen werden können, wenn die Vorfragen der Rhythmusdeutung und Textkritik gelöst worden sind:

- I. Sammlung und Ordnung des Liedgutes und seine Beschreibung nach zunächst äußerlich erkennbaren Merkmalen.
- II. Erforschung der Einzellieder nach Struktur und stilistischer Artung.
- III. Erhellung der Bezüge zwischen dem einzelnen Objekt (sei es Lied, Liedwerk eines Autors oder Liedgattung) und der historischen Entwicklung.

Wir können — wie jede andere geisteswissenschaftliche Disziplin — unsere Aufgaben nur dann befriedigend lösen, wenn wir sie folgerichtig, also Stufe um Stufe in Angriff nehmen. Ohne Materialsammlung und -ordnung keine systematische Erforschung der Materialstruktur, ohne diese wiederum keine Möglichkeit, den historischen Ablauf zu eruieren. Haben wir unser Material zusammengetragen und die Fülle des Liedgutes nach zunächst äußeren Merkmalen geordnet, so wird die nächste Aufgabe sein, in die Struktur des einzelnen Liedes einzudringen und die ihm innewohnenden Gestaltungsgesetze zu ergründen. Ist dies sodann Lied für Lied, Autor für Autor, Liedgattung für Liedgattung geschehen, so mag es an der Zeit sein, eine Klassifikation und Gruppierung des Liedgutes nach inneren Merkmalen, vor allem also nach Stilmerkmalen vorzunehmen. Doch wird auch diese Forschungsarbeit ihre rechte Abrundung erst erfahren, wenn es gelungen ist, die Verhaftung des einzelnen Objekts im kunsthistorischen Gesamt zu klären. Dieser III. Hauptpunkt kann folgerichtig wiederum nur in einzelnen Etappen behandelt werden:

1. Erschließung der historischen, materiellen und geistigen Faktoren, welche die besondere Artung eines Liedes oder einer Liedgruppe bestimmten.
2. Erschließung der Stellung, welche ein Lied oder eine Liedgruppe im zeitgenössischen Kunstleben einnahm.
3. Erschließung der Wirkung, welche ein Lied oder eine Liedgruppe auf die weitere Entwicklung ausübte.

# Briefe an die Redaktion

## Der Bundesminister des Innern schreibt:

Zu Ihrer Glosse „Versuchsballon“ in der Januar-Nr. 1956 des DISKUS bitte ich um baldigen Abdruck der folgenden Stellungnahme:

Die Meldung, es sei von der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums beabsichtigt, ein „Kulturblatt“ herauszugeben, ist frei erfunden. Dies gilt selbstverständlich auch für die der Kulturabteilung hierbei unterstellten Motive.

Die Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums richtet ihre weit über alle Hochschulkreise hinaus bekannte Aktivität im studentischen Bereich auf die Förderung der Flüchtlingsstudenten, das Studentische Arbeitsprogramm, den Bau von Studentenwohnheimen, das Tutorenprogramm, den Austausch mit Berlin, die Bereitstellung von Hochschulstipendien für ausländische Studierende sowie die übrigen Maßnahmen im studentischen Sektor des Bundesjugendplans.

Im Auftrag:  
(Unleserlich)

Die Redaktion des DISKUS freut sich, daß das „Kulturblatt“ nicht erscheint. Sie wundert sich aber, warum die in der Liberalen Studentenzeitung (Oktober/November-Ausgabe) und im Profil (Dezember-Ausgabe) verbreiteten Meldungen gleichen Inhalts noch nicht dementiert wurden. Sie freut sich wiederum, daß anscheinend der DISKUS auch in Bonn besonders aufmerksam gelesen wird.

## Nationalismus ist keine Schande!

Ich las mit großem Interesse Ihre Kritik über meinen Frankfurter Vortrag.

Ich glaube nicht, daß der Konservatismus die stärkste Seite meiner politischen Tätigkeit ist. Die Arbeit für ein einiges Europa, der ich seit 33 Jahren diene, ist nichts weniger als konservativ. Unter meinen Mitarbeitern befinden sich von allem Anfang an Konservative, Liberale und Sozialisten. Der erste Präsident der Paneuropa-Union Deutschland war Herr Paul Loebe. Unter den jetzigen Vizepräsidenten der Paneuropa-Union finden Sie den sozialistischen Kammerpräsidenten Frankreichs, André Le Troquer. Ich teile den Standpunkt Disraelis, der auf die Frage, ob er konservativ oder radikal ist, geantwortet haben soll: „Ich bin konservativ, soweit es sich um die Beibehaltung guter Einrichtungen handelt und radikal, soweit es sich um die Beseitigung schlechter Einrichtungen dreht.“

Ich sende Ihnen meine Autobiographie, der Sie die ganze Geschichte der Paneuropa-Bewegung entnehmen können.

Von einem Verzicht auf die Wiedervereinigung kann bei meiner politischen Einstellung keine Rede sein. Die Paneuropa-Union verlangt nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern die Wiedervereinigung Europas bis zu den Grenzen Sowjetrußlands. Daß diese Wiedervereinigung heute nur um den Preis einer Bolschewisierung Deutschlands möglich ist, liegt nicht an Paneuropa, sondern an deren erbittertstem Gegner, der Sowjetunion.

Obgleich ich selbst Weltbürger bin, betrachte ich die Bezeichnung „Nationalist“ keineswegs als herabsetzend. Der von mir hoch geschätzte Winston Churchill war und ist zeitweiliger britischer Nationalist.

Ich lege Ihnen meinen jüngsten Vortrag in Heidelberg bei, der die Ergänzung zu meinem Frankfurter Vortrag bildet.

Richard Coudenhove-Kalergi

## Ein Tänzchen in Ehren...

Frankfurts Studenten haben (und lesen hoffentlich auch!) eine ausgezeichnete Studentenzeitung, einen DISKUS, der nicht nur weiträumig, sondern offenbar auch zielsicher geworfen wird. Verständlich, daß die Seite mit den „amtlichen Mitteilungen“ etwas trockener ausfällt, aber auch sie muß sein — und um sie geht es uns sogar hier. Da befaßt sich nämlich in der Januar-Ausgabe der Geschäftsführende Vorstand des Studentenhauses in einer Erklärung mit einer Meldung der KNA-Katholische Nachrichten-Agentur, und der frische Geist der Studentenzeitung selbst konnte sich nur in die Überschrift retten: „Wir bitten zum Tanz...“ Diese Überschrift ist eine Reminiszenz des Vorfalls selbst: Das Studentenhaus bat nämlich zum Tanz, zu einem „Märchenball“, ausgerechnet am dritten Adventssonntag. Der studentische Vertreter im Vorstand des Studentenhauses sprach sich dagegen aus — unter Hinweis auf die Verletzung der religiösen Gefühle der Angehörigen beider Konfessionen —, wurde aber von Kurator und Professor, den übrigen Vorstandsmitgliedern, überstimmt. Und die KNA, die davon erfuhr, machte eine Meldung daraus, die den Vorgang durchaus sachlich darstellt, die Gegenmeinung des Studenten einen „Protest“ nennt und am Schluß als sicher ärgerlicher Gegensatz anführt, daß die Frankfurter Gastwirte in der Zeit vor Weihnachten auf Tanzveranstaltungen verzichten...

Und nun tanzt der Frankfurter Vorstand! Die Berichterstattung sei unvollständig und geeignet, die Leitung des Studentenhauses zu diskriminieren! Der „Märchenball“, Initiative einer Gruppe von Studenten und der Studio-Bühne, setze als Einführungsball (?) für junge Semester eine „begonnene Tradition“ fort. Und er sollte — „mit Rücksicht auf die Adventszeit“ — durch eine Festaufführung des „Tapferen Schneiderleins“ und die Absicht, den Gewinn bedürftigen Studenten als Weihnachtsgabe zuzuführen, einen „der Zeit angemessenen Hintergrund“ erhalten... Schließlich war auch der Protest des studentischen Vertreters kein „Protest“, sondern ein faires Unterliegen in demokratischer Abstimmung, und er war auch nicht etwa nur aus Rücksicht auf die Adventszeit, sondern auch aus Bedenken wegen des finanziellen Risikos dagegen... (Der Arme, der die Erklärung des Vorstandes nun selbst mit unterschreiben mußte, traute also wohl schon damals dem „der Zeit angemessenen Hintergrund“, nämlich dem Gewinn für die bedürftigen Studenten nicht...)

Da man mit Professoren ja Latein reden darf, möchte man nur sagen: „Si tacuisses... Hättest du doch geschwiegen...“ Das „Tapferer Schneiderlein“, dessen Kindervorstellung die gleiche DISKUS-Ausgabe in einer Besprechung rühmt, ist sicher zu manchem gut, aber als ideologisches Feigenblatt für eine ohne Zweifel erkannte Panne doch gar zu dürftig. Und daß Wohltätigkeitszwecke, deren Erfolg offenbar sogar unsicher schien, das hier zur Debatte stehende Mittel des Tänzchens zur geschlossenen Zeit heiligten, ist auch eine neue, unangenehm pharisäische Lesart. Der Geschäftsführende Vorstand glaubte sich — laut Erklärung — in seiner Mehrheit trotz der bestehenden Bedenken den Wünschen der Studenten — gegen deren offiziellen Vertreter — unter den oben erwähnten Umständen „nicht verschließen zu sollen“ und ließ das Schneiderlein und die Studenten tanzen. Aber nun bedauert er „einstimmig, daß von unverantwortlicher Seite offenbar mit tendenziöser Absicht wohlwollene interne

Beschlüsse für die Presse weitergegeben werden“. Das mag eine interne Seite haben, es hat aber auch eine externe: Sollen die Studenten, die nun mit den „wohlwollenen Beschlüssen“, dem „zeitgemäßen Hintergrund“ und dem ganzen Märchenball im Advent nicht einverstanden waren, in ersterbender Ehrfurcht vor den dick gepolsterten Türen stehen und sich (und anderen) den Finger auf den Mund halten? Das dürfte mit der fairsten demokratischen Übereinstimmung nichts mehr zu tun haben. Wahrscheinlich tanzte der „Tanz im Advent“ im Frankfurter Studentenhaus auch nicht gerade hinter gepolsterten Türen, und schließlich macht der DISKUS keineswegs den Eindruck, daß er sich den Finger auf den Mund legen ließe. Geben wir ihm also auch in dieser Sache das treffsichere Wort, denn er schrieb dem erklärungswütigen Vorstand seines Studentenhauses auf Seite 1 der gleichen Ausgabe im letzten Satz seines Leitartikels bereits die einzig richtige Antwort, daß nämlich nur die in der größeren Auseinandersetzung zum Zuge kommen, die von der Verbindlichkeit christlicher Werte überzeugt sind. Und hätte der Philosoph geschwiegen, dann hätte man jetzt um das „Tänzchen in Ehren“ gewiß nicht so große Worte zu machen brauchen...  
Katholische Nachrichtenagentur

## Nochmals Exilstudenten

In der Dezember-Ausgabe des DISKUS veröffentlichten Sie einen Artikel von Herrn Friedrich Zölls „Exilstudenten in Deutschland“. Dieser Artikel bedarf einiger Richtigstellungen.

1. Zur Rechtstellung heimatloser Ausländer in der Bundesrepublik:

Personen, die bereits vor dem 30. Juni 1950 ihren Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes hatten, fallen unter das Gesetz für heimatlose Ausländer vom 25. 4. 1951. Auf heimatlose Ausländer, die nach diesem Zeitpunkt in das Gebiet der Bundesrepublik kamen, finden die Bestimmungen der internationalen Flüchtlingskonvention Anwendung, die die Rechtslage völkerrechtlich regelt. Sie ist im Dezember 1953 in Kraft getreten.

2. Ausbildungsbeihilfen:

a) Das Lastenausgleichsgesetz ist nicht anwendbar auf Verfolgte des Naziregimes. Für diese gibt es das Bundesentschädigungsgesetz. Das erfaßt wiederum nur solche Exilstudenten, die irgendwelchen Schaden durch das NS-Regime infolge Verfolgung nachweisen können. In Dauer und Höhe sind diese Mittel begrenzt.

b) Das Kriegsfolgengesetz kann nur in ganz wenigen Fällen angewandt werden, nämlich dann, wenn ein Abbruch des Studiums unzumutbar ist. Bis jetzt ist noch kein solcher Fall bekanntgeworden.

c) Das Sozialamt des Bundesstudentenringes behandelt Exilstudenten nur im Rahmen der Eingliederungshilfe wie deutsche Flüchtlinge aus der SBZ. Voraussetzung für Erhalt dieser Hilfe ist die erstmalige Aufnahme des Studiums nach der Flucht.

3. Arbeit des WUS:

a) Erfolge in der Förderungsarbeit blieben deshalb lange aus, weil die Bundesregierung nicht bereit war, diese Last alleine auf sich zu nehmen, da die Lösung des DP-Problems internationale Aufgabe sei. Aber auch internationale Mittel standen lange Zeit nicht zur Verfügung.

b) Das Mitentscheidungsrecht in Exilstudentenfragen wird vom WUS den Exilstudenten nicht vorenthalten. So ist die AdE z. B. in dem Ausschuß, durch den die Mittel aus dem UN-Refugee-Fond zur Verteilung kommen, vertreten. Bei einigen Stellen war lange Zeit eine Skepsis gegen ein unmittelbares Mitentscheidungsrecht vorhanden, da man wegen der Heterogenität der Exilstudenten fürchtete, keine repräsentative Vertretung zu haben.

Im WUS ist keine Organisation direkt vertreten. Die Organisationen werden eingeladen, Mitglieder aus ihren Reihen zu benennen, die dann von der Hauptversammlung des Deutschen Komitees des WUS qua Person gewählt werden können. Zu den Mitgliedern des Deutschen Komitees zählt auch ein auf diese Weise von der AdE benannter und von der Hauptversammlung gewählter Exilstudent. Der Grundsatz der Persönlichkeitswahl wird in allen nationalen und internationalen Komitees des WUS befolgt. Da das Deutsche Komitee des WUS über die Studienförderung der Exilstudenten hinaus weitere wichtige Aufgaben hat, wurde von der Hauptversammlung die direkte Wahl eines Vertreters der AdE in den Vorstand abgelehnt. F. Eckstein

## Wieder einmal die Lehrer

Wenn irgendein nationales Unglück in der Luft liegt, wenn es gilt, die deutsche Seele mobil zu machen, wenn es gilt, das Volk zu entnazifizieren, wenn es gilt, die Schlacht von Königgrätz zu gewinnen oder nicht zu gewinnen, wer ist schuld? Die Lehrer! Wer soll in die Bresche springen? Die Lehrer? Es scheint, daß sie auf ewig dazu verdammt sind, nationaler Lückenbüßer zu sein, wenn nicht gar nationaler Prügelknabe. Es scheint geradezu das Vergnügen des emanzipierten Erwachsenen zu sein, die Lehrer zu „verprügeln“.

Joachim hat so ein passantes Beispiel aus einer Berufsgruppe gebracht, als er die mangelnden politischen Kenntnisse der Lehrer rügte. Aber war es Zufall, daß er gerade die Lehrer nannte?

Leider kann ich nicht sagen, wie es mit den Kenntnissen der im Dienst befindlichen Lehrer bestellt ist. Immerhin muß man bedenken, daß ein gewisser Horror vor den politica gerade in

diesem Stand — wenn schon nicht zu entschuldigen — so doch verständlich ist. Aber ist denn das Bedürfnis, in Ruhe seinem Beruf nachzugehen, und nichts zu riskieren, nur bei den Lehrern vorhanden? Gewiß nicht! Außerdem ist die Demokratisierung der Schulverwaltung noch weit zurück, und wenn die Lehrer kümmerlich bezahlt werden, darf die Gesellschaft auch nicht allzu anspruchsvoll sein.

Joachim hat vollkommen recht, wenn er rügt, daß bei uns derart geringe geistige Vorbereitungen für die Wiedervereinigung getroffen werden. Man sollte wenigstens annehmen, daß in der Lehrerbildung Kenntnis davon gegeben würde, was die Kinder in der SBZ lernen, und man sollte gerade die ehemaligen Lehrer aus der SBZ viel mehr darüber berichten lassen. Erste Ansätze zur Information über diese Dinge und zur geistigen Auseinandersetzung sind jedoch vorhanden. Aber es gibt immer noch viele, die es für vertane Zeit halten, sich mit der kommunistischen Ideologie und ihren sehr praktischen Auswirkungen auf die Kinder in der SBZ zu befassen, die sich mit dem „Irgendwie“ abschirmen und in die lichten Höhen der Philosophie und der musischen Disziplin entschweben.

Hier soll nichts gegen den Wert dieser Fächer gesagt werden. Aber es ist bedauerlich, daß am Pädagogischen Institut in Ingenheim nun schon seit 4 Semestern kein hauptamtlicher Dozent für politische Wissenschaften lehrt. Wenn es so schwierig ist, einen solchen Lehrstuhl mit einem Dozenten zu besetzen — vielleicht wäre es einfacher, zwei Dozenten anzustellen? Sollte hierfür das Geld fehlen? Andere Dozenten übernehmen einen Teil der politischen Bildung, und Studentengruppen tun das Ihrige. Aber auf die Dauer kann ein Dozent nicht entbehrt werden.

Aber bedenken Sie bitte eines: Der Zwang, Lehrer für alle 8 Schuljahre in allen Fächern mehr oder weniger auszubilden, ist der größte Feind der schöpferischen Muße. Zuerst soll ja der Beruf bewältigt werden. In den Ferien: Praktika und Werkarbeit. Ich kann es den Kommilitonen gar nicht verdenken, wenn sie dann keine Zeit mehr finden, sich mit den Problemen der Politik zu befassen. Sie haben oft nicht einmal Zeit, sich mit den Fragen zu befassen, die ihnen am nächsten liegen: der Gestaltung der Lehrerbildung.

Vielleicht findet die Wiedervereinigung deshalb nicht statt, weil wir keine Zeit dafür haben — wir alle — nicht nur die Lehrer.

Winfried Staebe

## Staatliches Emissionsprivileg

Die „Überwindung der Monopole“, die der DISKUS in seiner Januarnummer mit dem gleichnamigen Aufsatz zur Diskussion gestellt hat, ist offensichtlich eines der dringendsten Probleme der heutigen Wirtschaftspolitik. Mit Recht schreibt der Verfasser, daß „die westliche Welt eine neue Wirtschaftskatastrophe... nicht überleben würde“, und gerade auf das angeblich unvermeidliche Heraufkommen einer allgemeinen Krise der freien Wirtschaft bauen ja die Führer des Bolschewismus ihre Hoffnung auf den endgültigen Sieg ihrer Ideologie und ihres Systems. In dem zitierten Aufsatz soll nun ein Weg zur Vermeidung einer solchen Katastrophe gezeigt werden.

Man kann nicht leugnen, daß die liberale Wirtschaft in ihrer Geschichte immer wieder von Krisen heimgesucht worden ist;



nicht umsonst hat sich ja der Staat im Laufe der Zeit veranlaßt gesehen, an vielen Stellen und in mannigfaltiger Weise in das Getriebe der freien Wirtschaft dirigistisch einzugreifen.

Die dirigistische Wirtschaftspolitik des Staates ist begründet in der richtigen Erkenntnis, daß das liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem nicht in Ordnung ist; die wahre Ursache der Krisen, die Natur des Fehlers im System, wurde jedoch nicht richtig gesehen. Der Mangel der liberal-kapitalistischen Wirtschaft liegt nämlich, wie der Verfasser richtig feststellt, nicht in einem Zuviel an Freiheit, sondern vielmehr in einem Zuwenig. Die sogenannte „freie“ Wirtschaft ist in Wirklichkeit nie frei gewesen, sondern wurde durch eine ganze Reihe von Monopolen eingeschränkt, von denen das natürliche Bodenmonopol und das künstliche Goldmonopol die wichtigsten sind.

Der Verfasser bemüht sich nun, den Weg für die Überwindung dieser primären Monopole und damit für die Herstellung einer wirklich „freien“ Wirtschaftsordnung zu zeigen. Mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum konnte das natürlich nur in grundsätzlichen Hinweisen geschehen; deshalb muß die Diskussion an dieser Stelle weitergehen. Es steht zu hoffen, daß der DISKUS, der dankenswerterweise seinen Lesern eine hervorragende Diskussionsgrundlage geboten hat, seine Spalten auch einer Fortsetzung des Gesprächs öffnen wird. Man wird dabei besonders um die Ausgestaltung der einzelnen Programmpunkte reden müssen. Zum Beispiel dürfte eine stabile Währung nur dann zu verwirklichen sein, wenn das Emissionsprivileg einer staatlichen Behörde übertragen wird, die mit richtiger Unabhängigkeit arbeitet, dem parlamentarisch-parteilichen Einfluß entzogen und gesetzlich verpflichtet sein muß, den allgemeinen Preisstand durch Regulierung der umlaufenden Geldmenge stabil zu halten. Ferner müßte darüber diskutiert werden, ob eine Brechung des Bodenmonopols die Überführung des Bodens in Gemeineigentum mit anschließender Verpachtung erfordert, wie der Verfasser meint, oder ob es vielleicht ausreicht, die infolge der durch die starke Bevölkerungszunahme und die damit zusammenhängende Bodenverknappung bewirkte Erhöhung der Grundrente durch eine Bodenzinszuwachssteuer der Allgemeinheit zuzuführen. Auch die Technik der Umlauficherung des Geldes, für die eine ganze Reihe von Vorschlägen bereits gemacht worden sind, bedarf eingehender Untersuchung.

Es ist leicht einzusehen, daß es sich bei diesen Problemen um Lebensfragen der freien Wirtschaft und damit der freien Welt handelt. Damit liegt die Wichtigkeit einer öffentlichen Diskussion auf der Hand. Gerade die Studentenschaft, die ja die geistige Elite der Nation bilden soll, muß sich an dieser Diskussion intensiv beteiligen.

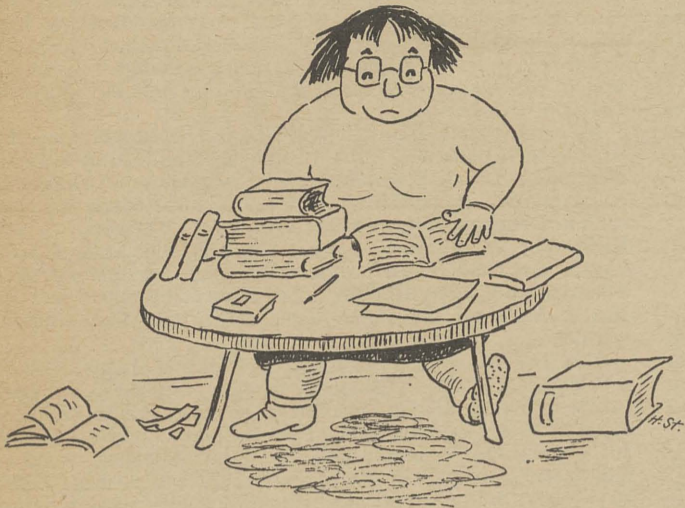
Hanns Christian Engelhardt

Es ist die Tradition des DISKUS, sachlichen Diskussionen jederzeit seine Spalten zu öffnen. Wir sind aber bestürzt darüber, daß sich von rund 2 1/2 Tausend Studenten der Wirtschaftswissenschaften nur einer zu einer kurzen Antwort bereitfindet.

Die Redaktion

Strichätzungen  
Farbätzungen  
Autotypien  
Galvanos  
Rotaprintfolien  
Matern. Stereos

# TYPEN



„Wissen ist Macht“



„Tja, Philosophie is ja schrecklich langweilig, aber, was soll man machen?“



„Hab wieder'n dollen Dschob!“

# TYPEN

# TYPEN

Zeichnungen: H. Sturmhoefel



„Studio-Bühne“



„Von weit her“

\*



„Hach, Entschuldigen Sie, wo ist denn der Hörsaal A?“



Ein Verbindungs-Typ



„a la mode“